Free21 Magazin
05
Nr. 2026/05
Ausgabe 05
25. 10. 2026
www.free21-magazin.de



DER EINE WESTEN

Der „Eine Westen“
als politischer Körper
ab S. 4

+++ Zerfall und Repression: Die Transnationalisierung der Elite +++ Verdeckter Krieg gegen IStGH: Die Absetzung Karim Khans +++ MAGAs Mann in Lateinamerika: Wahlmanipulationen, Desinformation und Mordversuch +++ AFD, Staatsideologie und die verdrängte Klassenfrage +++ Drohnenquatsch in Leipzig +++ Volksinitiative Friedliche Ukraine +++

Free21
Credible news mounted on paper
Magazin
Nr. 5, 13. Jg., Oktober 2026

Impressum

Free21 Magazin ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass die layouteten Seiten als PDF-Datei heruntergeladen und auf DINA4-Papier ausgedruckt werden können.

Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne, Konzern-, Partei- oder Staatsinteressen agieren kann und dem Leser bei seiner Meinungsbildung eine wirkliche und ehrliche Hilfe ist.

Herausgeber:
Free21
Tobias Augenbraun
Gießener Straße 66
35415 Pohlheim
Ust-ID: DE459083339

Redaktion:
Tobias Augenbraun

ViSdPR:
Tobias Augenbraun
Gießener Straße 66
35415 Pohlheim

Kontakt
Telefon:
01578-5517855
E-Mail:
redaktion@free21-magazin.de
Web:
www.free21-magazin.de
Abo:
www.free21abo.de
Mail:
info@free21abo.de

Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0.
Alle Artikel auf free21-magazin.de können (sofern nicht anders angegeben) für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei genutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Bildrechte auf Seite 1, 3 und 11 dieses Magazins: ©Shooft

GEOPOLITIK

4 **Der „Eine Westen“**

Der Westen bewertet Kriege, je nachdem wer sie führt, unterschiedlich. Es hängt von der Zugehörigkeit zum „Einen Westen“ ab, ein Konzept, das das Gebilde des Westens als Körper beschreibt. Demnach gibt es Uns und die Anderen. Die Heuchelei des Westens ist integraler Bestandteil. Eine *Analyse von Pascal Lottaz*



22 **Die Absetzung von Karim Khan**

Karim Khan wurde als Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes abgesetzt. Die USA und Israel erhöhten den Druck auf den IStGH und drohten bereits den Vorgängern Khans. Über die Vorgänge informiert *Jonathan Cook*

28 **Fernando Cerimido: Trumps Wahleinmischung in Lateinamerika enthüllt**

Ein Skandal um „MAGAs Mann in Lateinamerika“ umfasst mutmaßlich versuchten Mord, Wahlmanipulation, Fake News und einflussreiche Verbindungen zu rechten und extrem rechten Präsidenten. Von *Michael Fox*

GESCHICHTE & GESELLSCHAFT

12 **Die atlantische Herrschafts-Klasse von Milner bis Epstein**



Über die Entstehung des Kapitalismus und der Global Governance, entstand eine transnationale atlantische Herrschaftsklasse, die sich bis heute zu einer transnationalen zionistisch-atlantischen Herschaftsklasse gewandelt hat. Die Entwicklungen beschreibt *Kees van der Pijl*

INNENPOLITIK

36 **Warum die AFD in Sachsen-Anhalt einen Erdrutschsieg einfährt**



Es geht um Staatsidealismus, Nation und die verdrängte Klassenfrage. Opfert der normale Bürger seine eigenen Interessen einem vermeintlichen deutschen Staatswohl unter und leistet damit Beihilfe zu seiner eigenen Unterdrückung? Interessante Antworten liefert *Düzgün Polat*

KRIEG & FRIEDEN

42 **Drohnenunsinn und Nowitschok**



Was hat es mit der Drohne am Leipziger Flughafen auf sich? War er genauso inszeniert wie der vermeintliche Nowitschok Angriff in Großbritannien? Dient es nur dazu, einen Krieg mit Russland zu beginnen? Von *Craig Murray*

45 **Volksinitiative „Friedliche Ukraine“**

Ein Vorschlag einer Privatperson aus Russland für Frieden in der Ukraine. Versuchen wir es mit Bürgerdiplomatie. Von *Mikhail Podobrij*



Die Tentakel des *Einen Westens*

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

UN-Generalversammlung, der US-Präsident hält eine fast einstündige Rede. Er sagt, entweder der Iran könne das „großartigste Land“ werden, wenn er sich dem Westen unterwirft, andernfalls könne er, Trump, auch den Iran auslöschen und verhindern, dass es zukünftige Generationen geben wird. Das bedeutet, Trump droht damit, eine der ältesten Zivilisationen von der Erde zu tilgen, was nur durch den Einsatz von Atomwaffen geschehen kann. Die UNO hat damit jede Glaubwürdigkeit verloren. Einst nach dem 2. Weltkrieg gegründet, um Frieden zu schaffen und zu erhalten und Konflikte auf friedlichem Wege zu lösen, werden nun nicht mehr Höflichkeiten, sondern Drohungen ausgetauscht.

In seiner Rede kritisierte Bombasticus Maximus Trump Deutschland für seine „kranke“ Migrations- und Energiepolitik. Wahrscheinlich ist es nur Donald Trump zu verdanken, dass Deutschland nicht zu einem „Höllenland“ wird und nun endlich den „kranken“ Weg in der Energiepolitik verlassen hat.

In diesem Zusammenhang sei einmal an die „kranke“ Energiepolitik erinnert, die man vor der Sprengung der Nordstream Pipelines verfolgte. Günstiges Gas aus Russland war der Erfolgsgarant der deutschen Wirtschaft. Nun will Deutschland – natürlich wegen des Ukrainekriegs, der als Rechtfertigung für alles herhalten muss – gar nie nicht mehr Gas aus Russland haben. Damit bleibt nur die totale Abhängigkeit vom größten LNG-Exporteur der Welt, den USA. EU-Königin Ursula lobte die Rede Donald Trumps und stimmte ihm zu, dass man kein Gas mehr aus Russland beziehen dürfe.

Und selbst der deutsche Außenminister Wadephul hat ein „positives Gefühl“ nach der Rede Trumps. Gutes Gefühl? Echt jetzt? Na klar, Trump wolle „mit und bei den Vereinten Nationen etwas erreichen und das ist doch gut“, sagte Wadephul. Das Motto scheint zu sein, Trump bloß nicht zu verärgern – nachher ist man noch der Nächste, der ins Visier gerät.

Diese Heuchelei, schreibt Pascal Lottaz in der Titelstory dieser Ausgabe, ist Teil des Systems. Ein System, das funktioniert wie ein Körper, in dem alle Teile ihren Platz und ihre Aufgabe kennen. Das ist der sogenannte Eine Westen.

Das gilt auch für den Grönland-Deal zwischen den USA und Dänemark, natürlich der „großartigste“ Erfolg überhaupt. Anfang des Jahres machte Trump den Vorschlag, Grönland von Dänemark zu kaufen, was abgelehnt wurde. Mit dem neuen Abkommen dürfen die USA nun Stützpunkte errichten und erhalten im Grunde die komplette Kontrolle über die Insel. Damit haben die Dänen, aus Angst vom Westkörper abgestoßen zu werden, es in etwa so gehandhabt: „Nein, wir werden Grönland niemals verkaufen! Warum nehmt ihr es nicht kostenlos?“

Damit hört das ganze Schauspiel aber immer noch nicht auf. Ein Trump/MAGA Netzwerk manipulierte Wahlen in Lateinamerika, um Rechte und Ultra-Rechte Kräfte an die Macht zu befördern. Ganz im Sinne der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA versucht man im gesamten Westen, nationalistische Regierungen zu fördern, um noch mehr Einfluss ausüben zu können. Dabei geht es um Wahlmanipulation, Desinformation und sogar Mord. Die Verbindungen dieses rechten Netzwerks reichen auch nach Europa.

Nach dem Wahlerfolg der AfD in Sachsen-Anhalt frohlockten Donald Trump und Elon Musk auf Social Media. Die AfD steht schon seit längerem fest an der Seite von Donald und Elon und reiht sich somit in den techno-feudalen Gleichschritt des *Einen Westens* ein. Musk schrieb sogar, dass nur die AfD Deutschland retten könne. Das deutsche Interesse erscheint hier sehr transatlantisch. Diese Allianz sollte zu Denken geben, denn: „Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr.“ Oder um einmal Henry Kissinger zu Wort kommen zu lassen:

„Es ist gefährlich Amerikas Feind zu sein, Amerikas Freund zu sein ist tödlich.“

Ihr
Tobias Augenbraun,
Chefredakteur Free21



Dieser Text wurde zuerst am 29.07.2026 auf www.website.com unter der URL ‹https://pascallottaz.substack.com/p/the-one-west› veröffentlicht. Lizenz: ©Pascal Lottaz



‹*https://pascallottaz.substack.com/p/the-one-west*›

Der „Eine Westen“

Eine zivilisatorische Interpretation des politischen Systems des Westens

Autor: Pascal Lottaz



Pascal Lottaz ist ein (Schweizer) Wissenschaftler in Japan und außerordentlicher Professor an der Universität Kyoto, der sich mit dem Thema Neutralität in den internationalen Beziehungen befasst. Außerdem moderiert er die YouTube-Sendung „Neutrality Studies“, in der er gemeinsam mit verschiedenen Gästen die Weltpolitik beleuchtet.

Krise des Westens, Krise des Realismus

Wie lassen sich die selbstzerstörerischen und selbstschädigenden politischen Maßnahmen westlicher Staaten erklären?

Europa scheint sich fröhlich zu deindustrialisieren [1], der von den USA geführte Stellvertreterkrieg in der Ukraine kostet Hunderttausende (wenn nicht Millionen) Ukrainer das Leben – genau jene Menschen, die die NATO schwört zu beschützen – und mittlerweile droht dieser Krieg auf den Kontinent überzugreifen. Und was tut Europa? Es setzt noch stärker auf die Politik, die seit zwölf Jahren versagt – und schnürt ein 21. Sanktionspaket (!). Von Diplomatie keine Spur. Gleichzeitig zerstört der Krieg, den das US-israelische Bündnis gegen den Iran begonnen hat, nicht nur deren militärische Einrichtungen, sondern auch die US-Hegemonie in Westasien. Dennoch scheint die gesamte euro-atlantische Führung fest entschlossen, einen Kurs fortzusetzen, den viele von uns kritischen Kommentatoren als offensichtlich ruinös und selbstmörderisch für die meisten Mitglieder des Clubs ansehen.

Natürlich hat jeder Schauplatz, jeder Krieg, jede Schlacht auf beiden Seiten ihre eigene narrative Begründung. Aus der Vogelperspektive muss man sich jedoch wirklich fragen: Was treibt die Menschen an, die diese Entscheidungen treffen? Nur ein Beispiel: Der größte Fall von Industriesabotage in der Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg – der Anschlag auf die Nord-Stream-Pipeline – ist auch vier Jahre nach dem Vorfall noch immer ungeklärt. Wir wissen inzwischen, dass dies beabsichtigt ist, da es die inneren Zusammenhänge des Verbrechens aufdecken würde. Im besten Fall handelte es sich um abtrünnige Elemente in der Ukraine (wie die Deutschen vage zu belegen versuchen), im schlimmsten Fall war es ein NATO-Coup (wie Seymour Hersh behauptet). Doch es gibt noch mehr. Warum sollten Schweden und Finnland genau jene Sicherheitspolitik aufgeben, die ihnen für Jahrzehnte und Jahrhunderte Sicherheit garantierte? Warum zieht niemand im Westen eine Kompromisslösung wie eine neutrale Ukraine in Betracht, um den Krieg zu vermeiden (oder zu beenden)? Warum sollten die USA einen weiteren Krieg mit dem Iran führen wollen, an-

Publiziert auf Free21 am 25.10.2026, 6:00 Uhr

statt zum JCPOA (Joint Comprehensive Plan of Action) zurückzukehren, das im Grunde alles erreicht hatte, was die „Never-an-Iranian-Bomb"-Fraktion in den USA und Israel gewollt hatte? Die Liste der selbstzerstörerischen und selbstschädigenden politischen Maßnahmen lässt sich endlos fortsetzen.

Meiner Meinung nach handelt es sich hierbei nicht nur um eine Krise des Westens, sondern auch um eine Krise des (scholastischen) Realismus. Schließlich ist eine der Kernannahmen des Realismus, dass das Handeln von Staaten vom nationalen Interesse geleitet wird. Dies gilt insbesondere für Großmächte. Der Realismus behauptet zwar nicht, dass größere Staaten kleinere Länder nicht durch Zwang und Bestechung unterwandern und ausbeuten können, doch sollte dies umgekehrt nicht möglich sein oder zu einer zirkulären Logik führen, in der plötzlich der Schwanz mit dem Hund wedelt.

Ja, wir könnten an dieser Stelle entweder in Detaildiskussionen über die politische Entwicklung der einzelnen Fälle, die Entscheidungsträger, die Pfadabhängigkeit des politischen Verlaufs an jedem Punkt einsteigen. Oder wir könnten eine Diskussion über die „Große Strategie", Brzezinskis Sicht auf den eurasischen Kontinent, die Strategie des „Teile und herrsche", ja sogar über die marxistische Sichtweise auf die Vorrangstellung der wirtschaftlichen Struktur als Grundlage des Imperialismus führen, oder all die anderen übergeordneten Ziele des Imperiums, auf die Analysten wie Brian Berletic [2] immer wieder hinweisen. Ebenso könnten wir auf psychologische Faktoren [3], Massenbildung [4], Elitenvereinnahmung [5], Narrativkontrolle [6] oder Propagandaforschung [7] eingehen. All dies sind wichtige und relevante Aspekte der aktuellen Geschehnisse.

Ich möchte jedoch lieber über eine theoretische Frage nachdenken, die mich beschäftigt. Die stillschweigende Annahme, die viele in unserem Berufsfeld zu teilen scheinen, lautet, dass die höchste Ebene der Akteure in den internationalen Beziehungen der Nationalstaat sei. Darf ich fragen: Was wäre, wenn es eine noch höhere Ebene gäbe, die über dem Nationalstaat steht und als (teilweise) strukturierende Kraft hinter dem Massenverhalten wirkt?

Der Realismus neigt dazu, die internationale Welt als ein Feld aus einzelnen Staaten zu betrachten. Diese werden als Einheiten behandelt, ähnlich wie Billardkugeln, die in einem anarchischen internationalen System miteinander interagieren: Sie kooperieren, konkurrieren, bilden Bündnisse, führen Kriege und verfolgen ihre Interessen. Vor allem aber sind sie trotz offensichtlicher Machtunterschiede letztlich alle gleich, in dem Sinne, dass der Staat die höchste Analyse-Ebene bleibt. Der (neo-)klassische Realismus lässt ausdrücklich außer Acht, was innerhalb der „Black Box" des Staates geschieht und betrachtet innenpolitische Faktoren, als (weitgehend) irrelevant für das Handeln der Staaten, das er unter dem Gesichtspunkt von Machtunterschieden und Sicherheitswettbewerb betrachtet. Er verschließt aber auch die Augen vor Metastrukturen, die über die Machtverteilung im anarchischen System hinausgehen. Themen wie „Normen" oder „Werte" fallen gänzlich außerhalb des realistischen Rahmens – diese überlässt er den Konstruktivisten.

Die Diskussion des Realismus lässt jedoch auch Überlegungen zur *Qualität* und zu den *Ursprüngen* der Interaktion zwischen Staaten außer Acht, insbesondere zu den unterschiedlichen Integrationsgraden, die diese annehmen können. Manche Staaten sind nicht nur miteinander verbündet. Sie sind so tief miteinander verflochten, dass sie sich weniger wie eigenständige Einheiten, sondern vielmehr wie Teile eines Teams verhalten – selbst auf Kosten dessen, was der Realismus als ihre Kerninteressen bezeichnen würde.

Um dies zu verstehen und insbesondere das Verhalten westlicher Nationen in einen neuen Kontext zu rücken, möchte ich das Konzept des *Einen Westens* vorschlagen, um die zivilisatorische Dimension des westlichen Verhaltens auf der internationalen Bühne zu beleuchten.

Der „Eine Westen"

Was ich unter dem *Einen Westen* verstehe, ist weder mit Richard Sakwas „politischem Westen" identisch, noch mit dem, was in Russland und anderswo oft als „kollektiver Westen" bezeichnet wird. Es steht zwar mit beiden in Zusammenhang, verweist jedoch auf etwas leicht anderes. Sakwas „politischer Westen", den er unter anderem in *Russia Against the Rest* entwickelt hat, beschreibt einen institutionellen und ideellen Block – die euro-atlantische Ordnung, die sich um die NATO und die EU herum aufgebaut hat und sich als universeller Endpunkt der Geschichte präsentiert. Sakwas Argumentation ist durch und durch geopolitisch und befasst sich mit dem Anspruch des Westens, eine universelle Ordnung zu verkörpern [8]. Das gilt auch für den Begriff „kollektiver Westen", den viele in der internationalen Blogosphäre verwenden, um eine oppositionelle Struktur westlicher Institutionen zu beschreiben, die einer multipolaren Ordnung gegenübersteht. Mit anderen Worten: Beide Begriffe bezeichnen einen politischen Block. Mit dem Begriff des *Einen Westens* möchte ich hingegen ein zivilisatorisches politisches Gebilde bezeichnen, das sich über mehrere Staaten, Nationen, Gesellschaften, Institutionen und Zeiträume erstreckt. Kein einzelnes Land, kein Imperium und keine formale Föderation, sondern eine historisch gewachsene Formation, die sich aus verschiedenen politischen Organen zusammensetzt, die zusammenwirken, sich untereinander abstimmen und ein gemeinsames zivilisatorisches Projekt über Generationen hinweg fortsetzen. Eine organismusähnliche Einheit.

Das mag vielleicht ungewöhnlich klingen, aber folgen Sie mir bitte.

Internationale Beziehungen haben sich aus guten Gründen generell von biologischen Metaphern ferngehalten – sie haben eine ziemlich düstere Geschichte. Herbert Spencers Soziologie des 19. Jahrhunderts betrachtete die Gesellschaft selbst als einen wachsenden Organismus, der sich in spezialisierte Teile differenziert, so wie sich ein Embryo in Organe differenziert, obwohl Spencer sorgfältig darauf bestand, dass die Analogie lediglich eine Parallele zwischen sozialem und biologischem Wachstum aufzeigte, nicht aber eine wörtliche Identität zwischen beiden [9]. Seine Vorsicht hielt jedoch nicht lange an. Friedrich Ratzels

organische Staatstheorie und Rudolf Kjelléns explizite Beschreibung des Staates als „Lebensform“ – eine lebendige Form, die Territorium und Volk vereint – behandelten das Wachstum und die Expansion des Staates als buchstäblich biologisch, als eine Frage des Überlebens und des „Lebensraums“ und nicht als Metapher [10]. Dieser Literalismus wurde später in verzerrter und weitaus gefährlicherer Form in die nationalsozialistische Geopolitik unter Karl Haushofer übernommen. Aus diesem Grund behandelt die Disziplin biologische Sprachbilder in Bezug auf Staaten und Zivilisationen seitdem als tabu [11].

Ich möchte deutlich klarstellen, dass ich diese Tradition nicht wiederbelebe. **Eine sorgfältig gewählte biologische Metapher muss keinen biologischen Determinismus implizieren.** Ich behaupte weder, dass Zivilisationen im wörtlichen Sinne Organismen sind, noch dass politisches Verhalten genetisch festgelegt ist. Ich schlage vielmehr vor, dass sich manche politischen Formationen durch Konzepte wie Körper, Organe, Membranen, Nervensysteme, Stoffwechsel, Immunreaktionen und Fortpflanzung besser verstehen lassen als allein durch die Sprache souveräner Einheiten. Mit anderen Worten: Die Metapher gehört zur selben Familie wie Talcott Parsons’ Darstellung der Gesellschaft als ein System aus voneinander abhängigen Teilsystemen, die jeweils spezifische Funktionen für das Ganze erfüllen, oder wie Niklas Luhmanns Verwendung des biologischen Konzepts der Autopoiesis – der Selbstreproduktion –, um zu beschreiben, wie moderne gesellschaftliche Teilsysteme ihre eigenen Grenzen gegenüber einer komplexen Umwelt aufrechterhalten [12]. Beide bedienen sich biologischer Begriffe als analytisches Werkzeug, und in diesen Kontext (nicht in den von Ratzel oder Spengler) möchte ich die folgenden Ausführungen einordnen.

Der „Staatskörper“ selbst ist in der Tat ein weitaus älteres Gebilde als all dies: Johannes von Salisbury beschrieb das mittelalterliche Gemeinwesen als einen Körper, dessen Haupt der Fürst und dessen Füße das Bauernvolk seien, und Ernst Kantorowicz zeigte auf, wie dieses Bild es den Europäern des Mittelalters und der Frühen Neuzeit ermöglichte, den sterblichen Körper des Königs vom unsterblichen Körper aus dem Reich zu unterscheiden, das er verkörperte [13]. Natürlich kommt einem dabei auch Thomas Hobbes’ „Leviathan“ in den Sinn, auch wenn dieser in einem anderen nationalen politischen Kontext formuliert (und gezeichnet) wurde.

Was ich vorschlage, ist eine Variante dieser alten Denkweise, die so umgedeutet wird, dass sie nicht mehr nur ein einzelnes Königreich, sondern eine ganze Zivilisation erfasst. Der Begriff *Ein Westen* bezeichnet somit das kollaborative Verhalten von etwa fünfzig Staaten – hauptsächlich der europäischen Kolonialmächte und ihrer Nachfolgestaaten – in den letzten fünf- oder sechshundert Jahren.

Der Staat: Keine eigenständige Einheit

Wenn wir von der Annahme ausgehen, dass Nationalstaaten von Natur aus voneinander getrennt sind, liegt es nahe, nach dem Einfluss einer Einheit auf eine andere zu fragen, da wir eindeutig verschiedene Arten gegenseitiger Wechselwirkungen beobachten. Und so sind wir, wenn eine Einheit Einfluss auf eine andere auszuüben scheint, versucht zu fragen, wer wen kontrolliert. In ihrer krudesten Form lautet die Frage beispielsweise: Kontrollieren die Vereinigten Staaten Israel, oder kontrolliert Israel die Vereinigten Staaten? Führt Washington Europa an, oder folgt Europa freiwillig Washington? Sind die NATO-Staaten souveräne Akteure, oder sind sie einem amerikanischen Imperium untergeordnet?

Diese Fragen sind nicht bedeutungslos, aber irgendetwas sagt mir, dass sie schlecht formuliert sind, um eine gewünschte Interpretation zu bewirken. Betrachtet man die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen diesen Akteuren – nicht nur durch vertragliche Vereinbarungen, sondern auch durch die soziale Verflechtung von Handel, Personenfreizügigkeit und insbesondere die Vermischung der Eliten, die eine freiwillige politische Koordination aufbauen –, so erkennt man eine ganze epistemische Gemeinschaft, die sich durch den Diskurs über „gemeinsame Werte“ und Glaubenssysteme bildet, in denen Russland als „Bedrohung“ gilt, China ein „Herausforderer“ ist, Israel ein „Opfer“ usw.. Nel Bonilla [14] hat sich intensiv mit diesem Thema beschäftigt (auf meinem Kanal [15, 16, 17]).

Was wäre also, wenn wir aufhören würden, einige dieser Akteure als voneinander unabhängig zu betrachten, wie es das nationalstaatlich zentrierte Modell voraussetzt? Vielleicht ist die Verflechtung so tiefgreifend, dass es angemessener wäre, sie durch eine andere Perspektive zu betrachten, etwa durch die Anatomie.

In diesem Fall ähnelt die Frage nach den Beziehungen zwischen den USA und Israel der Frage, ob das Herz das Gehirn steuert oder das Gehirn das Herz. Es handelt sich um unterschiedliche Organe, die jedoch beide notwendig sind, um das Ganze am Laufen zu halten. Sie haben unterschiedliche Funktionen, unterschiedliche Fähigkeiten und unterschiedliche Arten von Einfluss. Es kann sogar zu Spannungen zwischen ihnen kommen. Aber sie bleiben Teil derselben systemischen Formation und halten sich gegenseitig am Leben. Dies ist eine andere These als Alexander Wendts bekanntes Argument, dass Staaten als einheitliche „Personen“ betrachtet werden können, deren Interessen und Identitäten durch soziale Interaktion konstituiert werden [18]. Wendt personifiziert den Staat als einen einzelnen Akteur, der anderen Akteuren gegenübersteht; hier geht es eher um das Gegenteil: darum, eine Gruppe von Akteuren zu entpersonifizieren, die die internationalen Beziehungen beharrlich als getrennt behandeln, und zu fragen, ob einige von ihnen besser als Teile eines Organismus modelliert werden können, statt als Personen im Dialog miteinander.

Der „Eine Westen“ als politischer Körper

In diesem Sinne schlage ich vor, den *Einen Westen* als einen dezentral organisierten, zivilisatorischen politischen Körper zu verstehen. Zu seinen Bestandteilen gehören Staaten, Streitkräfte, Geheimdienste, Mediensysteme, Finanzinstitute, Universitäten, Rechtsordnungen, Think-

Publiziert auf Free21 am 25.10.2026, 6:00 Uhr

tanks, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, philanthropische Netzwerke, ideologische Traditionen und religiöse Institutionen. Diese Bestandteile werden natürlich nicht zentral gesteuert. Der *Eine Westen* benötigt weder eine Weltregierung noch einen geheimen Masterplan. Seine Einheit ist „organisch" in dem Sinne, dass es sich um eine soziologisch erklärbare Form der Interaktion und Integration handelt, die sich über einen langen Zeitraum hinweg auf natürliche Weise entwickelt hat.

Ein Organismus funktioniert nicht, weil jede Zelle direkte Befehle vom Gehirn erhält. Ein Großteil seines Verhaltens ergibt sich aus verinnerlichten Mustern, Rückkopplungsschleifen, Homöostase, Anpassung an die Umwelt und natürlich einem gemeinsamen genetischen Code. Etwas Ähnliches mag auch für tief integrierte zivilisatorische Formierungen gelten. Sie benötigen keine ständige explizite Koordination, um sich in weitgehend ähnliche Richtungen zu bewegen. Ihre Teile wurden in dasselbe historische, nicht-teleologische Projekt eingebunden.

Sie teilen Annahmen, moralische Hierarchien, Bedrohungswahrnehmungen, institutionelle Gewohnheiten und Legitimationsnarrative, die als Koordinationsmechanismen fungieren.

Dies hilft zu erklären, warum sich bestimmte Staaten und Gesellschaften immer wieder an denselben strategischen Projekten angleichen, selbst wenn sie untereinander uneinig sind. Der *Eine Westen* hat interne Kriege, Rivalitäten und Krisen durchlebt. Großbritannien kämpfte gegen Deutschland. Frankreich geriet mit Großbritannien aneinander. Die Vereinigten Staaten verdrängten ältere europäische Imperien. Doch diese Konflikte haben die tiefere zivilisatorische Kontinuität des westlichen Expansionismus, der kolonialen Herrschaft, der Rassenhierarchie, der kapitalistischen Integration und der geopolitischen Ordnung nicht ausgelöscht.

Der Körper kämpfte mit sich selbst, doch er blieb ein Körper.

Organe, Funktionen und dezentrale Energieversorgung

Ein biologisches Verständnis ermöglicht es uns zudem, Macht anders zu betrachten. In der Analyse des klassischen Realismus wird Macht oft vertikal gedacht: Ein Akteur befiehlt, ein anderer gehorcht. In einem Organismus hingegen ist Macht funktional verteilt. Verschiedene Organe erfüllen unterschiedliche Aufgaben. Manche verteilen Ressourcen. Manche erzeugen kognitive Prozesse. Manche wenden Zwang an. Manche filtern Giftstoffe heraus. Manche reproduzieren Identität. Manche erkennen Bedrohungen. Parsons bezeichnet dies als die funktionalen Anforderungen jedes sozialen Systems: Anpassung, Zielerreichung, Integration und Aufrechterhaltung von Mustern, die jeweils von einem anderen Teilsystem bewältigt werden, damit das Ganze überleben kann. [19]

Innerhalb des *Einen Westens* könnten die Vereinigten Staaten als zentrales militärisches und strategisches Organ fungieren. Großbritannien fungiert häufig als diplomatisches, nachrichtendienstliches und narratives (propagandistisches) Organ. Die Europäische Union könnte als regulatorisches und wirtschaftliches Organ fungieren. Die NATO fungiert als militärisches Nervensystem, und zwar in einem Sinne, der dem von Karl Deutsch für diesen Begriff verwendeten nahekommt: ein Netzwerk zur Sammlung, Weitergabe und Umsetzung von Informationen unter Stressbedingungen – ein integriertes Kommunikations- und Kontrollsystem [20]. Israel fungiert als Grenzorgan, als Testfeld und als konzentrierter Ausdruck der Siedlerkoloniallogik in Westasien. Große Medieninstitutionen fungieren als sensorische und narrative Systeme. Universitäten und Denkfabriken fungieren als kognitive und legitimierende Organe. Finanzinstitutionen sorgen natürlich für den Geldumlauf. Rechtliche Institutionen definieren, was das System als Ordnung, Regeln und Legitimität anerkennt.

Das bedeutet nicht, dass sich die Organe immer einig sind. Sie können um Ressourcen konkurrieren, Fehlfunktionen aufweisen oder widersprüchliche Signale senden; sie können sogar dem Körper, zu dem sie gehören, Schaden zufügen. Dennoch bleiben sie durch eine tiefere Struktur der gegenseitigen Abhängigkeit miteinander verbunden, weshalb die Suche nach einem einzigen Kontrollzentrum so oft scheitert. Der *Eine Westen* funktioniert in der Regel nicht durch Verschwörung oder Befehl. Er funktioniert durch Integration, wobei seine Stärke darin liegt, dass seine Organe oft im Einklang handeln, ohne dazu aufgefordert werden zu müssen.

Ich habe bereits zuvor etwas strukturell Ähnliches beschrieben allerdings eher auf systemtheoretischer als auf biologischer Ebene: Zusammen mit Andreas Nishikawa-Pacher haben wir beschrieben, wie dauerhafte Neutralität dem diplomatischen System hilft, in einem komplexen Umfeld stabil zu bleiben – eine Leistung, so schrieben wir, „die nur ein autonomes System erreichen kann, nur ein System, das interne Mechanismen hervorbringt, die seinen inneren Zustand relativ konstant halten." [21] Das *Ein Westen*-Konzept ist das Spiegelbild dieser Argumentation: ein Fall, in dem eine Gruppe von Akteuren interne Mechanismen hervorgebracht hat, die ihr kollektives Verhalten durch gegenseitige Integration konstant halten.

Die Membran: Wer gehört dazu und wer nicht?

Ein wesentlicher Aspekt dieser Metapher betrifft die Frage, was zum zivilisatorischen politischen Körper gehört, was nicht und warum. Wir können dies als die Frage nach der Membran des Körpers bezeichnen. Jeder Organismus muss zwischen Selbst und Nicht-Selbst unterscheiden. Er muss wissen, was zum Körper gehört und was fremd, gefährlich oder kontaminierend erscheint. Der *Eine Westen*, so können wir annehmen, verfügt ebenfalls über eine solche Membran. Auch Luhmanns Systemtheorie beruht auf dieser Unterscheidung. Er argumentiert, dass ein sich selbst reproduzierendes System dies durch selektive kommunikative Operationen tut, indem es sich kontinuierlich von seiner Umwelt abgrenzt und entscheidet, was als interne Kommunikation gilt und was als externe. [22]

Diese Membran, diese Grenze ist wahrscheinlich weder zeitlich feststehend noch geografisch eindeutig zu verorten. Japan beispielsweise gehört historisch gesehen nicht zum Kern der westlichen Zivilisation, wurde jedoch teilweise in die westliche Sicherheitsarchitektur eingebunden. Osteuropa wurde durch die Erweiterung der NATO und der EU schrittweise in den westlichen Verbund integriert. Israel liegt geografisch in Westasien, fungiert jedoch als eng verbundenes Organ des *Einen Westens*. Russland, China, der Iran und ein Großteil der arabischen und islamischen Welt werden hingegen immer wieder als „bedeutsame Andere" konstruiert.

Demnach scheint die Membran nach politischen, ideologischen und strategischen Gesichtspunkten zu unterscheiden. Sie legt fest, wer integriert, wer diszipliniert, wer toleriert und wer bekämpft werden muss – sowohl nach außen als auch nach innen.

Man betrachte die jüngsten Sanktionen gegen einzelne Mitglieder des *Einen Westens*: Die EU hat gegen den Schweizer Militäranalysten Jacques Baud, die schweizerisch-kamerunische Aktivistin Nathalie Yamb und den deutschen Journalisten Hüseyin Doğru Vermögenssperren und Reiseverbote verhängt, offiziell im Rahmen ihres Sanktionsregimes gegen russische „hybride Bedrohungen" und Informationsmanipulation, obwohl zumindest einer der drei, nämlich Doğru, sich in der Öffentlichkeit vor allem durch seine Berichterstattung über den Gazastreifen und nicht über Russland einen Namen gemacht hatte [23]. Wie auch immer man die zugrunde liegenden Beweise bewerten mag – die von mehreren der sanktionierten Personen und externen Rechtswissenschaftlern öffentlich angefochten wurden –, der Mechanismus selbst ist ein anschauliches Beispiel für ein funktionierendes Immunsystem: ein Körper, der seine eigenen Zellen für ein Verhalten diszipliniert, das er nicht als illegal einstuft (was sie getan haben, ist nach den Regeln, die sich der *Eine Westen* selbst auferlegt, ausdrücklich erlaubt), sondern als Kontamination von außen, wobei er denselben institutionellen und rechtlichen Apparat nutzt, den er in anderen Bereichen auch gegen vollständig externe Akteure einsetzt (Sanktionen sind außenpolitische Instrumente) [24].

Auf internationaler Ebene hilft dies zu erklären, warum manche Staaten außerordentliche Gewalt ausüben können und dennoch Teil des moralischen Gefüges des Westens bleiben, während andere als dauerhafte Bedrohung behandelt werden, selbst wenn ihr Verhalten weniger zerstörerisch ist. Man betrachte nur die Ungleichheiten des Ausmaßes zwischen dem Gaza-Krieg und dem Krieg in der Ukraine. Nach den sorgfältigsten verfügbaren Vergleichsschätzungen kam das „Costs of War"-Projekt der Brown University zu dem Ergebnis (sehr, sehr konservativ geschätzt), dass Zivilisten etwa achtzig Prozent der Todesopfer in Gaza ausmachten, während der Anteil der Zivilisten im Russland-Ukraine-Krieg, der vergleichsweise ein Krieg zwischen Streitkräften geblieben ist, im niedrigen einstelligen Bereich lag [25]. Die Zahlen beider Seiten sind umstritten und werden ständig revidiert; sie sollten mit der Vorsicht behandelt werden, die jede Zählung von Kriegsopfern verdient. Doch selbst unter Berücksichtigung dieser Unsicherheit ist das Ausmaß der zivilen Todesopfer in Gaza nicht ernsthaft umstritten, und es hat keineswegs zu einem Sanktionsregime, diplomatischer Isolation oder Vermögensbeschlagnahmungen geführt, wie sie die russische Invasion innerhalb weniger Wochen nach sich zog. Der *Eine Westen* erkennt die Gewalt Israels als notwendig an; diejenige Russlands hingegen als inakzeptabel.

Bei dieser Unterscheidung geht es also nicht in erster Linie um universelle Regeln, sondern um Zugehörigkeit. Diejenigen, die Teil des Ganzen sind, werden durch die Sprache der Sicherheit, der Tragödie, der Demokratie, der Komplexität oder der Notwendigkeit interpretiert. Diejenigen, die außerhalb stehen, werden durch die Sprache der Aggression, der Barbarei, des Terrorismus, des Autoritarismus oder der Irrationalität interpretiert. Daher kritisieren viele von uns in den Online-Kommentaren den Westen für seine „Heuchelei". Diese ist jedoch fest im System verankert. Sie ist untrennbarer Bestandteil der Art und Weise, wie der *Eine Westen* als zivilisatorischer politischer Körper mit dem „Selbst" und dem „Nicht-Selbst" umgeht. Heuchelei ist die Membran, die hier am Werk ist.

Der „Eine Westen" und die bedeutsamen Anderen

Der *Eine Westen* definiert sich durch seine bedeutsamen Anderen. Russland, China, der Iran und die arabische Welt sind geopolitische Konkurrenten, unter anderem, weil sie als Außenseiter der Zivilisation behandelt werden. Sie mögen mit dem *Einen Westen* Handel treiben, mit ihm verhandeln, an seinen Universitäten studieren oder einige seiner Institutionen adaptieren. Auf individueller Ebene könnten sie sogar perfekt in den *Einen Westen* integriert sein. Man denke nur an das jüngste hochrangige Treffen zwischen dem amtierenden US-Marineminister Hung Cao, einem US-Beamten mit (süd-)vietnamesischen Wurzeln, und Vietnams Präsident To Lam [26]. Nichts steht dem im Wege, dass Einzelpersonen Teil des Gefüges des *Einen Westen* werden.

Auf politischer Ebene werden bedeutsame Andere jedoch nicht als Teil desselben zivilisatorischen politischen Körpers anerkannt. Dies bestimmt die Grenzen von Empathie und Integration. Der *Eine Westen* kann mit Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Israel oder den Vereinigten Staaten uneinig sein, ohne sie aus dem politischen Körper auszuschließen. Selbst etwas so Dramatisches wie ein Weltkrieg führt lediglich zu einer Neuordnung innerhalb des politischen Körpers, wer welche Rolle für das System übernimmt. Nicht zu einem zivilisatorischen Bruch. Im Gegenteil: Es waren die Verbündeten des Zweiten Weltkriegs, die schließlich zu Rivalen im Kalten Krieg wurden, während die ehemaligen Feinde in Europa und Asien wieder in das westliche Projekt integriert wurden.

Konflikte mit Russland, China, dem Iran oder palästinensischen Widerstandsbewegungen werden anders behandelt und als Begegnungen mit der Außenwelt dargestellt: mit dem Barbaren, dem Au-

Publiziert auf Free21 am 25.10.2026, 6:00 Uhr

toritären, dem Terroristen, dem Asiaten, dem Irrationalen oder dem Bedrohlichen.

Das bedeutet nicht, dass der *Eine Westen* nicht in der Lage wäre, taktisch mit Außenstehenden zusammenzuarbeiten. Organismen stehen in ständiger Wechselwirkung mit ihrer Umwelt. Sie nehmen auf, tauschen sich aus, passen sich an und verhandeln. Doch Wechselwirkung ist nicht gleichbedeutend mit Einbindung. Die entscheidende Frage ist, ob ein Akteur als Teil des Organismus oder als Teil der Umwelt anerkannt wird, gegenüber der sich der Organismus definiert.

Das kolonialistische Projekt

So wie ich es derzeit sehe, ist der *Eine Westen* das Ergebnis eines fünf- bis sechshundertjährigen historischen Prozesses, der seine Wurzeln in der westeuropäischen Expansion, dem atlantischen Kolonialismus, dem Siedlerkolonialismus, der Sklaverei, dem imperialen Wettstreit, der kapitalistischen Weltgestaltung und der schrittweisen Entstehung einer globalen Hierarchie hat, in deren Zentrum Europa und seine Ableger stehen.

Die Expansion der anglo-europäischen Welt nach Westen in Richtung Nordamerika, über den gesamten Kontinent bis zum Pazifik und weiter nach Hawaii war Teil dieser zivilisatorischen Bewegung. Dasselbe gilt für die imperialen Projekte Spaniens, Großbritanniens, Frankreichs, der Niederlande, Portugals und später der USA. Diese Mächte standen oft miteinander im Wettbewerb, manchmal sogar erbittert. Doch ihr Wettbewerb fand innerhalb desselben übergeordneten Rahmens statt: der Ausdehnung der westlichen Welt nach außen und der Unterordnung, Eingliederung oder Zerstörung derer, die außerhalb dieser Welt standen.

Ein wunderbares Beispiel für die gemeinsame kooperative DNA innerhalb der wettbewerbsorientierten Ausprägung des Kolonialismus sind die vielfältigen Formen der Zusammenarbeit zwischen den Kolonialmächten, die auch dann noch stattfanden, wenn diese in ihren jeweiligen Einflussbereichen um die Vorherrschaft rangen. Man denke beispielsweise an die Neuerung der „konsularischen Gerichtsbarkeit“, die in der Regel allen Handelsgesellschaften und ausländischen Staatsangehörigen (westlicher) Kolonialmächte gewährt wurde, nicht nur der Hauptkolonialmacht. Dies war für die Schweizer besonders wichtig. Sie besaßen zwar keine eigenen Kolonien, doch ihre Handelshäuser waren weltweit tätig: Wo immer eine Hauptkolonialmacht präsent war, begaben sich die Schweizer dorthin und betrieben einen „Kolonialismus aus zweiter Hand“, indem sie sich an den europäischen Staat dranhängten, der in den fremden Ländern das Sagen hatte und die konsularische Gerichtsbarkeit ausübte.

Daher würde ich argumentieren, dass die europäischen Imperien zwar untereinander um Kolonien kämpften, die koloniale Logik selbst jedoch geteilt wurde. Der *Eine Westen* kann sowohl interne Rivalität als auch externe Einheit vereinen. Dies ist auch der Grund, warum die Vereinigten Staaten Spanien auf Kuba und den Philippinen verdrängen konnten und später die europäischen imperialen Praktiken an anderen Orten übernahmen oder umgestalteten, ohne dass sich für die Kolonisierten vor Ort nennenswerte Veränderungen ergaben. Auch auf Frankreichs Kolonialkrieg in Vietnam folgte der Krieg der USA in Vietnam, der ebenso brutal war und in hohem Maße die Fortsetzung desselben zugrunde liegenden Prozesses darstellte. Obwohl sich die Details unterscheiden, waren beide Fälle Teil der Ausdehnung des westlichen Körpers in die nicht-westliche Welt.

Der *Eine Westen* lässt sich daher nicht auf die NATO, den Transatlantizismus oder das amerikanische Imperium reduzieren. Dies sind lediglich zeitgenössische Erscheinungsformen eines viel älteren Körpers.

Gaza, Russland und China

Werfen wir nun einen Blick auf die aktuelle Lage. Der Gaza-Krieg, die Konfrontation mit Russland und das Streben nach einer Konfrontation mit China werden oft als separate Krisen analysiert. Allerdings können sie – und sollten wahrscheinlich auch – als Ausdruck desselben

Quellen:

[1] Robert Bryce (12.02.2024): „The Deindustrialization Of Europe In Five Charts“. RobertBryce Substack. *<https://robertbryce.substack.com/p/the-deindustrialization-of-europe>*

[2] The New Atlas. YouTube. *<https://www.youtube.com/@TheNewAtlas>*

[3] Pascal Lottaz (29.03.2026): „Psychiatrist EXPOSES the Sickness of Collective West Leadership | Niall McLaren“. Neutrality Studies. *<https://neutralitystudies.com/videos/h2u56G_IRSQ>*

[4] Pascal Lottaz (03.05.2026): „Top-Expert REVEALS: EU in Grip of Deadly Mass-Formation | Prof. Mattias Desmet“. Neutrality Studies. *<https://neutralitystudies.com/videos/fJBrhz-jJETQ>*

[5] Pascal Lottaz (17.05.2026): „Professor EXPOSES the Transatlantic Epstein Class (Formation) | Prof. Kees v.d. Pijl“. Neutrality Studies. *<https://neutralitystudies.com/videos/voUQNIZPacY>*

[6] Pascal Lottaz (20.01.2026): „The West Got Regime Changed by the Transatlantic Securitocracy | Nel Bonilla“. Neutrality Studies. *<https://neutralitystudies.com/videos/li_TffCUdtk>*

[7] Pascal Lottaz (22.05.2026): „Brave Researcher EXPOSES NATO Targeting EU Citizen's Brains | Dr. Jonas Tögel“. Neutrality Studies. *<https://neutralitystudies.com/videos/ckFvBGxHwug>*

[8] Richard Sakwa, Russia Against the Rest: The Post-Cold War Crisis of World Order (Cambridge: Cambridge University Press, 2017). On the distinction between the “political West” and the wider international order it claims to embody, see Gerard Toal’s review, H-Diplo, May 2018.

[9] Herbert Spencer, “The Social Organism,” Westminster Review, January 1860, later expanded in The Principles of Sociology(New York: D. Appleton, 1876–1896).

[10] Friedrich Ratzel, Politische Geographie (Munich: Oldenbourg, 1897); Rudolf Kjellén, Staten som Lifsform (Stockholm: Hugo Gebers Förlag, 1916), translated as Der Staat als Lebensform (Leipzig: Hirzel, 1917).

politischen Systems verstanden werden, das sich selbst verteidigt, ausdehnt und reproduziert.

Wie oben bereits angedeutet, wird in Gaza die moralische Membran des *Einen Westens* sichtbar. Israel wird nicht als externer Akteur behandelt, der gegen die Normen des Westens verstößt; es wird als Teil des westlichen Körpers selbst betrachtet, sodass seine Gewalt erklärt, kontextualisiert oder abgeschirmt wird. Die Palästinenser hingegen werden außerhalb dieses moralischen Körpers positioniert. Ihr Leiden mag zwar sentimental anerkannt werden, doch ihre politische Handlungsfähigkeit wird pathologisiert und nicht nur abgetan, sondern als das eigentliche Problem dargestellt – nämlich als Terrorismus.

In der Konfrontation mit Russland funktioniert diese Membran anders. Russland ist geografisch gesehen europäisch und in weiten Teilen seiner Geschichte christlich geprägt sowie tief in die europäische Politik verstrickt, wird jedoch immer wieder als nicht-westlich, asiatisch, despotisch und zivilisatorisch fremd dargestellt – vor allem durch politisch geschürte Russophobie, über die ich bereits früher geschrieben habe [27]. Sein Ausschluss ist für die Selbstdefinition des *Einen Westens* notwendig – nicht aus rassischen oder geografischen Gründen, sondern aufgrund der pfadabhängigen Natur des Selbstverständnisses des *Einen Westens*. Da Russland seit mindestens 250 Jahren als „der Andere" ausgegrenzt wird, ist diese Unterscheidung unverzichtbar und tief verwurzelt; daher wurde Russland, selbst als es sich verwestlichen und sogar der NATO beitreten wollte [28], zurückgewiesen und nie wie andere Teile Osteuropas integriert.

China nimmt noch eine weitere Rolle ein: die des großen zivilisatorischen und wirtschaftlichen „Anderen", dessen Aufstieg die durch jahrhundertelange westliche Expansion entstandene globale Hierarchie bedroht. Der Drang zum Konflikt mit China ist die Reaktion des Systems auf ein rivalisierendes Machtzentrum zur Gestaltung der Weltordnung.

In allen drei Fällen verhält sich der *Eine Westen* wie ein integriertes System, das auf wahrgenommene Bedrohungen reagiert. Dies erklärt, warum sich Bündnisse zwischen westlichen Staaten oft qualitativ von Partnerschaften zwischen nicht-westlichen Staaten unterscheiden. Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Israel, Deutschland, Kanada, Australien und weiten Teilen Europas sind – im oben beschriebenen Sinne – organisch. Im Gegensatz dazu bleibt die Zusammenarbeit zwischen Russland, China, dem Iran, Indien, Brasilien oder arabischen Staaten deutlicher zwischenstaatlich, strategisch und situationsabhängig. Diese Akteure mögen zwar gemeinsam gegen den Druck des Westens vorgehen, bilden aber nicht unbedingt auf dieselbe Weise ein politisches Ganzes.

Zusammenfassung

Die hier verwendete Metapher soll weder Politik naturalisieren noch Gewalt rechtfertigen, noch behaupten, dass Zivilisationen biologische Grundlagen hätten. Der *Eine Westen* ist keine Rasse, keine genetische Kategorie und kein ewiges Gebilde. Ich verstehe ihn ausschließlich als Metapher für einen historischen Prozess der gesellschaftlichen Herausbildung. Er wurde geschaffen, und er kann sich verändern.

So betrachtet erweisen sich mehrere Dinge, die von den Internationalen Beziehungen üblicherweise als separate Rätsel behandelt werden, als durch ein und dasselbe Problem motiviert. Ob nun Washington Tel Aviv kontrolliert oder Tel Aviv Washington – warum europäische Regierungen immer wieder entgegen dem handeln, was jede Interessenabwägung vorhersagen würde, warum dieselbe Gewalt in dem einen Fall als Notwendigkeit und in einem anderen als Barbarei bezeichnet wird: All dies sind Manifestationen einer zugrunde liegenden Logik, deren grundlegende Einheit sich vom Nationalstaat unterscheidet. Der *Eine Westen* ist ein zivilisatorischer Körper, der sich aus verschiedenen Gründen synchron bewegt und Außerhalb einen „bedeutsamen Anderen" hat. Die Suche nach ei-

Quellen:

[11] On the absorption of Ratzel's and Kjellén's organicism into Nazi Geopolitik under Karl Haushofer, see Woodruff D. Smith, The Ideological Origins of Nazi Imperialism (New York: Oxford University Press, 1986).

[12] Talcott Parsons, The Social System (Glencoe, IL: Free Press, 1951); Niklas Luhmann, Soziale Systeme: Grundriss einer allgemeinen Theorie (Frankfurt: Suhrkamp, 1984), translated as Social Systems (Stanford: Stanford University Press, 1995).

[13] John of Salisbury, Policraticus (1159); Ernst Kantorowicz, The King's Two Bodies: A Study in Mediaeval Political Theology(Princeton: Princeton University Press, 1957); see also Thomas Hobbes, Leviathan (London, 1651), whose frontispiece depicts the sovereign body as composed of the bodies of the multitude.

[14] Worldlines – The threads connecting geopolitics | Nel Bonilla | Substack. *<https://worldlinesletter.substack.com/>*

[15] Pascal Lottaz (24.07.2026): „Mind Controlled Elites: Washington's Cognitive War on Europe | Nel Bonilla". Neutrality Studies. *<https://neutralitystudies.com/videos/niCwKpHBi7A>*

[16] Pascal Lottaz (21.11.2025): „The West Is NOT Collapsing. It's Rebuilding For Total War | Nel Bonilla". Neutrality Studies. *<https://neutralitystudies.com/videos/VK3vx0T49So>*

[17] siehe [6]

[18] Alexander Wendt, Social Theory of International Politics (Cambridge: Cambridge University Press, 1999); Alexander Wendt, "The State as Person in International Theory," Review of International Studies 30, no. 2 (2004): 289–316.

[19] Parsons, The Social System.

[20] Karl W. Deutsch, The Nerves of Government: Models of Political Communication and Control (New York: Free Press, 1963).

Publiziert auf Free21 am 25.10.2026, 6:00 Uhr

nem Vertrag, einer Verschwörung oder einem Masterplan hinter der westlichen Koordination wird immer wieder ins Leere laufen, da eine zentrale Kommandostruktur von vornherein nicht der Mechanismus ist.

Das Konzept einer „Zivilisationsmembran“ erfüllt eine ähnliche Funktion bei der Frage der Doppelmoral. Das Immunsystem eines Organismus wendet nicht deshalb eine Regel auf seine eigenen Zellen und eine andere auf ein eindringendes Virus an, weil es in Bezug auf Prinzipien verwirrt ist; es tut dies, weil „Selbst“ und „Fremd“ per Definition unterschiedliche Kategorien sind, die unterschiedliche Reaktionen erfordern. Sobald man weiß, ob ein Akteur sich innerhalb oder außerhalb des Körpers befindet, kann man mit einiger Sicherheit vorhersagen, wie seine Gewalt dargestellt wird – unabhängig von ihrem tatsächlichen Ausmaß. Das ist ein nützlicheres Instrument als sich über die Heuchelei zu empören, denn die Heuchelei ist kein Fehler im System. Sie ist das System.

Aus derselben Perspektive lassen sich auch interne und externe Konflikte besser verstehen. Ein Handelsstreit über den Atlantik hinweg oder eine Auseinandersetzung um die strategische Autonomie Europas sind Organe, die innerhalb eines Körpers um Ressourcen konkurrieren – nicht der Körper, der auseinanderbricht –, so wie Großbritannien und Deutschland einst blutig gegeneinander kämpften, ohne aufzuhören, demselben zivilisatorischen Projekt anzugehören.
Und da die Membran geschaffen und nicht gegeben wurde, ist sie nicht festgelegt. Japan und Osteuropa zeigen, dass sich die Grenze nach innen verschieben kann. Russlands dreihundertjährige Zurückweisung trotz wiederholter Annäherungsversuche zeigt, dass Nähe keine Garantie für die Zugehörigkeit ist.

Der *Eine Westen* ist in erster Linie ein soziologisches Phänomen, das beschreibt, wie eine große Gruppe von Menschen auf diesem Planeten ihre Angelegenheiten untereinander und im Gegensatz zu Anderen strukturiert. In diesem Sinne spielt es keine große Rolle, dass Europa sich deindustrialisiert und sich selbst schadet, da all dies immer noch in den Diensten des übergeordneten Projekts steht. Deutschland könnte dabei den Kürzeren ziehen. Aber was kümmert das schon Friedrich Merz? Er ist Teil des *Einen Westens*, und selbst wenn sein gesamter Staat in Flammen aufgeht, wird er irgendwo bei BlackRock in New York einen bequemen Job haben. Solange sich der *Eine Westen* durchsetzt, wird auch seine Führung bestehen bleiben. Daher geht das Projekt weiter.



Quellen:

[21] Andreas Nishikawa-Pacher and Pascal Lottaz, “Permanent Neutrality: A Systems-Theoretical Interpretation,” Cooperation and Conflict, published online November 30, 2025, https://doi.org/10.1177/00108367251382785.

[22] Luhmann, Social Systems.

[23] Council of the European Union, press release, “Russian Hybrid Threats: Council Sanctions Twelve Individuals and Two Entities over Information Manipulation and Cyber-Attacks,” December 15, 2025; on Doğru’s listing under the same regime in May 2025, see “EU Strips Journalist Hüseyin Doğru of Livelihood over Pro-Palestine Reporting,” Bianet, 2025; on Yamb’s listing (April 2025), see reporting collected by the EU Sanctions Map, sanctionsmap.eu.

[24] See European Parliament, Parliamentary Question E-000212/2026, “Supporting Evidence for Decision to Sanction Jacques Baud and Hüseyin Doğru,” 2026; and Bernhard Wegener, “The EU Sanctions against Jacques Baud and the Crisis of Freedom of Expression,” Verfassungsblog, 2026.

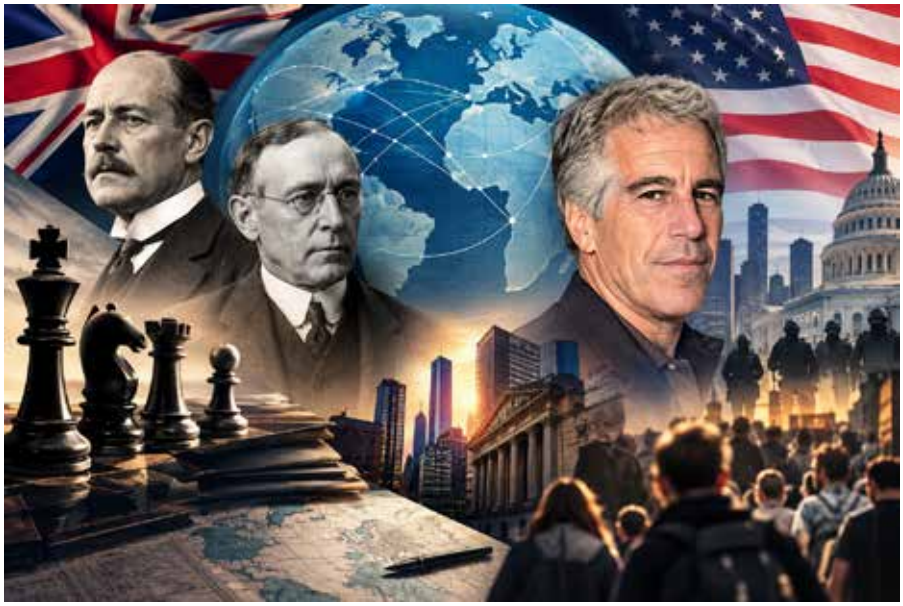
[25] Neta C. Crawford, “The Human Toll in Gaza,” Costs of War Project, Brown University, October 2025.

[26] Vietnam News Agency (22.06.2026): „Top leader welcomes Acting US Secretary of the Navy“. Vietnam+. *<https://en.vietnamplus.vn/top-leader-welcomes-acting-us-secretary-of-the-navy-post347019.vnp>*

[27] Pascal Lottaz (27.06.2026): „On Russophobia“. Pascal’s Substack (Neutrality Studies). *<https://pascallottaz.substack.com/p/on-russophobia>*

[28] Jennifer Rankin (04.11.2021): „Ex-Nato head says Putin wanted to join alliance early on in his rule“. The Guardian. *<https://www.theguardian.com/world/2021/nov/04/ex-nato-head-says-putin-wanted-to-join-alliance-early-on-in-his-rule>*

Dieser Text wurde zuerst am 31.07.2026 auf www.propagandainfocus.com unter der URL <https://propagandainfocus.com/the-atlantic-ruling-class-from-milner-to-epstein/> veröffentlicht. Lizenz: Kees van der Pijl, Propaganda in Focus, CC BY-NC-ND 4.0



Symbolbild, erstellt mit ChatGPT, gemeinfrei

Die atlantische Herrschafts-Klasse von **Milner bis Epstein**

Im Folgenden werde ich darlegen, dass der gesellschaftliche Zerfall und das zunehmend repressive Umfeld im Westen die Folgen der Transnationalisierung seiner herrschenden Klasse sind.

Autor: Kees van der Pijl



Kees van der Pijl war Dozent für Internationale Beziehungen an der Universität Amsterdam und von 2000 bis 2012 Professor an der University of Sussex im Vereinigten Königreich. Seine Bücher erschienen auf Niederländisch, Englisch, Spanisch, Deutsch, Türkisch und Russisch. Zu ihnen gehören „The Making of an Atlantic Ruling Class“ (1984, Neuausgabe 2012) und „Global Rivalries from the Cold War to Iraq“ (2006), „The Discipline of Western Supremacy“ (2014), „Flight MH17“, „Ukraine and the New Cold War“ (2018) sowie „States of Emergency. Keeping the Global Population in Check“ (2022). Er gab außerdem mehrere Sammelbände heraus, zuletzt das „Handbook of the International Political Economy of Production“ (2015).

Wie man die herrschende Klasse verstehen kann

Eine herrschende Klasse verdient diesen Titel, weil sie in der Lage ist, mithilfe der ihr zur Verfügung stehenden Mittel der Wertschöpfung und der Gewalt die Hebel des menschlichen Überlebens für den Rest der Gesellschaft zu kontrollieren. Unabhängig davon, welche Narrative um diese Fähigkeit gewoben werden, ist dies der materielle Aspekt, ohne den sie ihre Herrschaft nicht aufrechterhalten kann. Kein Anspruch auf göttliches Recht, menschliche Freiheit oder historische Notwendigkeit wird die herrschende Klasse stützen können, wenn ihre Fähigkeit, Reichtum zu schaffen und ihren Willen mit gewaltsamen Mitteln durchzusetzen, ins Wanken gerät. Dann entsteht eine revolutionäre Situation, und letztendlich wird eine neue Klasse die Macht übernehmen.

„Herrschaft“ ist daher letztlich gleichbedeutend mit der Macht über Leben und Tod. Kriege, aber auch Ausnahmezustände wie die jüngste Corona-Panik sind dementsprechend ebenso Beispiele für die Ausübung von Klassenherrschaft wie der gewinnorientierte Betrieb einer Wirtschaft [1]. Je weiter eine herrschende Klasse von Strukturen des Klassenkompromisses wie einem nationalen Parlament entfernt ist, desto repressiver und destruktiver wird ihre Herrschaft, wie wir heute sehen können. Selbst die mächtigsten Staaten wie die Vereinigten Staaten verfolgen kein „nationales Interesse“ mehr in dem Sinne, dass sie zum Wohle ihrer Gesellschaft als Ganzes handeln; vielmehr beutet die transnationale Herrschafts-Klasse die nordamerikanische soziale Basis ebenso rücksichtslos aus wie die anderer Länder und nutzt den US-Machtapparat in dem Umfang, wie es ihren eigenen Interessen dient – ungeach-

Publiziert auf Free21 am 23.10.2026, 6:00 Uhr

tet dessen, was mit dem Rest der Gesellschaft geschieht [2].

Heute ist der globalisierte Kapitalismus weltweit die vorherrschende Produktionsweise, wobei die merkantilistische staatliche Kontrolle nach wie vor wirksam ist; während im Bereich der Außenbeziehungen die souveräne Gleichheit von der atlantischen Herrschafts-Klasse, die versucht, eine „globale Governance“ durchzusetzen, hinter sich gelassen wird. Dagegen wehren sich die sogenannten *Herausforderer-staaten* – Gesellschaften, die sich hinter dem Prinzip der souveränen Gleichheit (wie im „Realismus“ der internationalen Beziehungen) verschanzen und merkantilistische Wirtschaftssysteme verfolgen. Die aktuelle Konstellation der G7 gegenüber den BRICS-Staaten ist hierfür das offensichtliche Beispiel.

Die Formierung der herrschenden Klasse wird heute vom Überwachungskapitalismus dominiert, der durch die Fortschritte in der Informationstechnologie (IT) ermöglicht wird. Aufgrund der kompromisslosen imperialistischen Politik des Westens gewinnt der BRICS-Block an Bedeutung, da er sich an den Grundsatz der souveränen Gleichheit hält und nicht an eine andere Produktionsweise als die, die merkantilistische Elemente beinhaltet. Vor diesem Hintergrund analysiere ich die Entstehung einer transnationalen Herrschafts-Klasse, in der der Westen nach wie vor eine Sonderstellung einnimmt.

Die englischen Ursprünge des globalen Kapitalismus und der globalen Governance

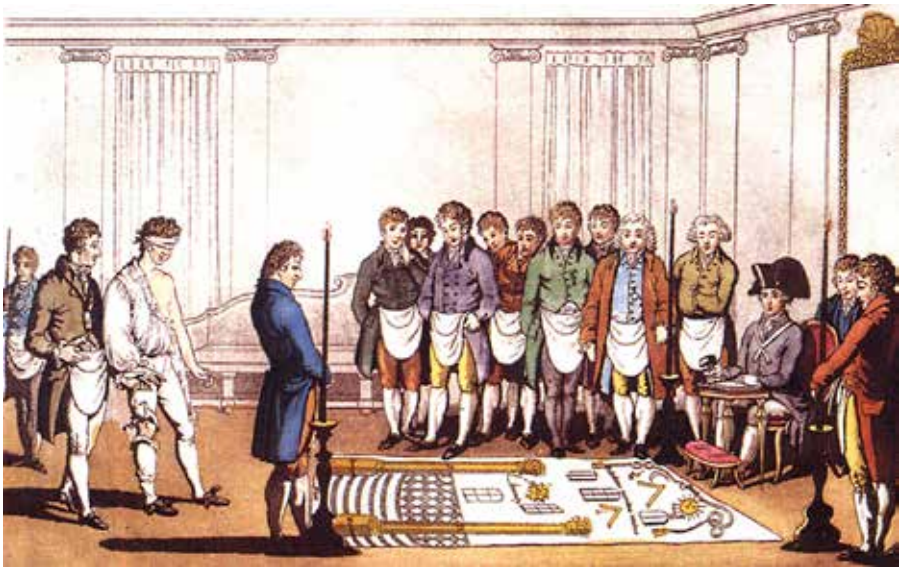
Der Prozess der atlantischen Klassenbildung setzte erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts zwischen Großbritannien und Nordamerika ein; während und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er auf Westeuropa ausgeweitet, und nach dem Zusammenbruch des Kommunismus erfasste der atlantische Zionismus den gesamten Westen.

Jede Phase stützte sich auf eine bestimmte Akkumulationsweise innerhalb des Kapitalismus: Finanzkapital (d.h. in Verbindung mit der Schwerindustrie); „Fordismus“, die Massenproduktion langlebiger Konsumgüter bei finanzieller Repression; und nach einer weiteren Runde finanzieller Liberalisierung der Aufstieg des Überwachungskapitalismus.

Diese Akkumulationsweisen sind wichtig, um die führenden „Kapitalfraktionen“ zu bestimmen, die unter einem bestimmten Kontrollkonzept den Kurs der herrschenden Klasse insgesamt vorgeben. [3]

Der gesellschaftliche Raum, in dem sich diese transnationale Herrschafts-Klasse herausbildete, lässt sich noch zwei Jahrhunderte weiter zurückverfolgen, bis zum Englischen Bürgerkrieg und der ihn abschließenden „Glorious Revolution“ von 1688. Im Gefolge des Sieges der Whigs auf den Britischen Inseln entstand die Freimaurerei als internationale Bewegung, die die „Glorious Revolution“ propagierte; die Aufklärung des 18. Jahrhunderts war ihre Blütezeit [4]. Die Freimaurerei lässt sich am besten als weitreichender Klassenkompromiss zwischen einer kommerziell orientierten Aristokratie und dem aufsteigenden Bürgertum verstehen. Sie trat gleichzeitig in vielen Ländern auf, stellte aber noch keine transnationale Klassenbildung im hier gemeinten Sinne dar, weil ihr meist der Aspekt eigenständiger Handlungsmacht fehlte. Gewiss waren die Loslösung der Vereinigten Staaten, die Französische Revolution und die Befreiung Lateinamerikas von der iberischen Oberherrschaft von ihr inspiriert. Die Freimaurerei war stets ein Schmiermittel transnationaler Kommunikation, doch ihre Handlungsmacht blieb überwiegend national geprägt und diente gelegentlich als Subunternehmer transnationaler Kräfte – in jüngerer Zeit etwa die Loge Propaganda Due (P2) in Italien in den 1970er Jahren, als sie im Interesse der atlantischen Herrschafts-Klasse dazu beitrug, den Kommunisten den Weg zu politischer Legitimität zu versperren.

Die britische Industrielle Revolution, gespeist aus der weitgespannten imperialen Ressourcenbasis, machte das Land bis etwa 1860 zur führenden Weltmacht. Der Rest der Welt wurde entweder zur Peripherie oder folgte in seltenen Fällen dem Beispiel Frankreichs, das das erwähnte Modell des Herausforderstaates etablierte: eine Verbindung merkantilistischer Politik mit dem Prinzip souveräner Gleichheit. Frankreich übernahm hier eine Pionierrolle, wurde unter der Bourbonenmonarchie jedoch im Siebenjährigen Krieg (1756–1763) geschlagen. Die Französische Revolution modernisierte anschließend die Herausforderposition, indem sie eine sich ihrer selbst be-



Initiation eines „Suchenden“ in die Freimaurerei. Kupferstich, 1745 in Frankreich. (Illustration: Unbekannt, Wikimedia Commons, gemeinfrei)

wusste Nation mobilisierte, die souveräne Gleichheit unterstützte. Auf dieser Grundlage erzielte Frankreich spektakuläre Erfolge; in der späteren Phase von Napoleons Herrschaft wurde es jedoch Opfer seiner imperialen Ambitionen. Das von Frankreich errichtete merkantilistische Kontinentalsystem erwies sich gegenüber der britischen Finanz- und Seeherrschaft als ineffizient. Anders lag der Fall, als Deutschland nach dem Krieg gegen Frankreich 1870/71 von Bismarck geeint wurde und ebenfalls die Position eines Herausfordererstaates einnahm, mit Österreich-Ungarn im Gefolge. Großbritannien hätte diese rasch aufsteigende neue Formation allein nicht besiegen können, doch seine herrschende Klasse stand noch vor weiteren Herausforderungen. Hier beginnt unsere Darstellung der Entstehung einer transnationalen, atlantischen Herrschafts-Klasse mit wirksamer Handlungsmacht.

Phase 1: Die atlantische Wende der britischen Herrschafts-Klasse

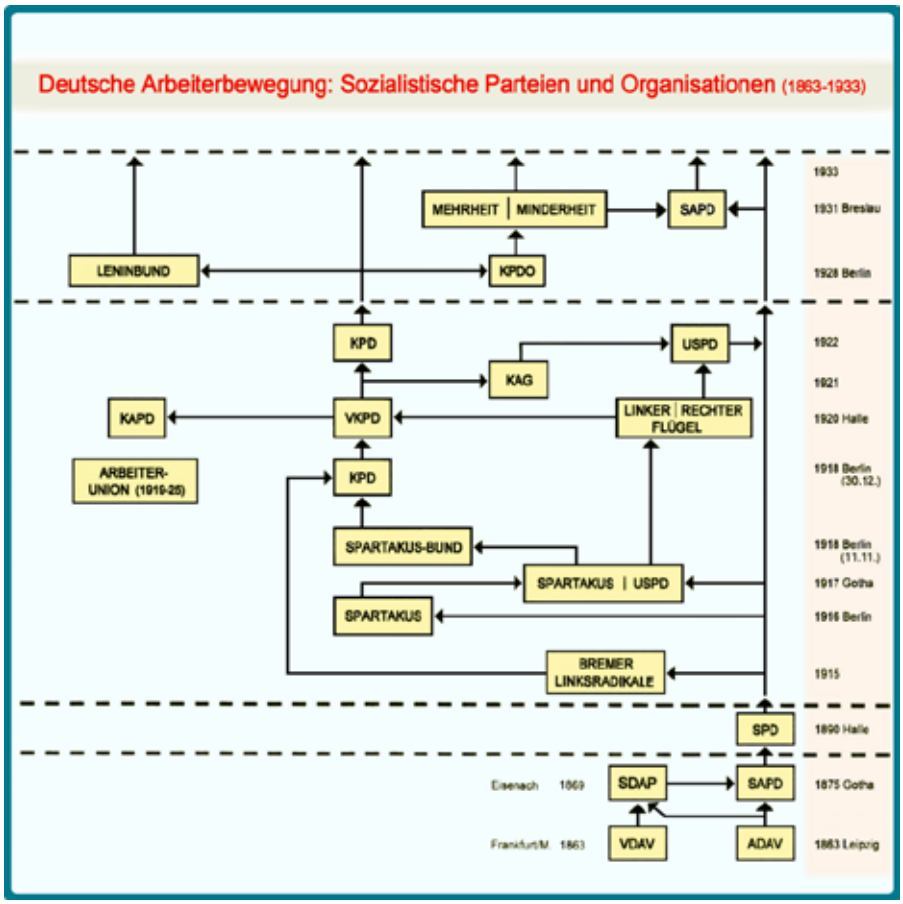
Seit dem späten 19. Jahrhundert durchliefen alle großen Länder sowie die Vereinigten Staaten eine Phase nachholender Industrialisierung, um mit Großbritannien gleichzuziehen. Der Kapitalismus erlebte eine zweite Industrielle Revolution, geprägt von großindustrieller Schwerindustrie und Eisenbahnbau. Zusammengehalten wurde sie vom Finanzkapital, also von Banken, die eng mit Großkonzernen verflochten waren, deren Kapitalbedarf sie deckten und denen sie zugleich den Zugang zu Auslandsmärkten sicherten und/oder Schutz hinter Zollmauern verschafften. Ihr Kontrollkonzept war imperialistisch, das heißt chauvinistisch und sozialdarwinistisch.

Als Gegenbewegung zu diesem Konzept und seinem inhärenten Drang zum Krieg entstand in allen großen Industriestaaten, besonders im neu geeinten Deutschland, eine sozialistisch inspirierte Arbeiterbewegung. Bismarck band die deutsche Arbeiterbewegung in die Strategie des Herausfordererstaates ein und hielt sie durch die Sozialistengesetze, die die Tätigkeit der Sozialistischen Partei auf die parlamentarische Arbeit beschränkten, an der kurzen Leine. Zusammen mit einem gewissen Maß an sozialer Absicherung ermöglichte dies der deutschen Arbeiterbewegung (und jener der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie) eine soziale Autonomie: Der Alltag der Arbeiter folgte nicht dem bürgerlichen Ideal der selbstgenügsamen Kleinfamilie und des besitzorientierten Individualismus. Stattdessen konzentrierten sich Arbeitervereine und Genossenschaften auf soziale Teilhabe, Gesundheit und kulturelle Entwicklung [5]. Hier zeigte sich ein wichtiger Unterschied zwischen dem kapitalistischen Kernland und den Herausfordererstaaten.

Im liberalen Kernland wird die Bevölkerung rein *quantitativ* betrachtet: zu viele oder zu wenige, zu alt oder zu jung, bei Bedarf austauschbar – unabhängig von ihrem sozialen Zusammenhalt; je geringer dieser Zusammenhalt, desto besser.

Wer in einem Herausfordererstaat die Macht innehat – ich bezeichne dies als Staatsklasse, weil ihre Macht von der Kontrolle des Staatsapparats abhängt –, muss seine Bevölkerung dagegen qualitativ betrachten. Wie die übrigen Produktivkräfte innerhalb des souveränen Territoriums ist sie ein zentrales Gut, das die Staatsklasse nicht gegen ein anderes austauschen kann, weil ihre eigene Herrschaft an diesen Staat gebunden ist. Nicht aus Menschenliebe widmet sie der Bevölkerung daher besondere Aufmerksamkeit und übernimmt den „Schutz" der Arbeiterklassen vor den Auswüchsen des Kapitalismus [6].

Zusammen mit dem beispiellosen Aufschwung der deutsch-österreichischen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur insgesamt – einem regelrechten „Artenschub", der Nietzsches Begriff des Übermenschen inspirierte – und der Aussicht, all dies könne womöglich unter eine sozialistische oder sogar von der SPD ge-



Sozialistische Parteien und Organisationen (1863–1933) der Arbeiterbewegung in Deutschland. (Grafik: Arbeiterbewegung in Deutschland, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0)

Publiziert auf Free21 am 23.10.2026, 6:00 Uhr

führte Koalitionsregierung geraten, entstand ein Problem, das die deutsche herrschende Klasse allein nicht bewältigen konnte. Gewiss waren Deutschlands Machthaber wegen ihrer starken sozialistischen Arbeiterbewegung beunruhigt und fantasierten darüber, wie ein Krieg das Problem lösen könnte [7]. Bei den anderen nationalen herrschenden Klassen war es nicht anders, doch die Briten blickten zugleich über die eigenen Grenzen hinaus – sowohl bei der Bestimmung des Problems (die deutsche Arbeiterbewegung verbunden mit dem raschen Fortschritt des Landes auf allen Gebieten) als auch bei der Lösung (ein Bündnis mit den Vereinigten Staaten und Kriegsvorbereitungen). Aus der Vogelperspektive auf die internationale sozialistische Bewegung begannen sie, eine atlantische Annäherung anzustreben und jene Kräfte zusammenzuführen, die nicht nur das aufstrebende Deutschland in einer direkten Konfrontation souveräner Gleichrangiger besiegen konnten. Genauer gesagt übernahm die britische herrschende Klasse die Aufgabe, die europäische Arbeiterklasse zu zerschlagen, und lud ihre Amtskollegen jenseits des Atlantiks ein, sich ihr anzuschließen.

Die Macht in Großbritannien und im Empire hatte sich um jenen Personenkreis gebündelt, der den Burenkrieg (1899–1902) geführt hatte. Dieser Krieg war durch Cecil Rhodes' Streben nach Gold und Diamanten ausgelöst worden, zeigte aber zugleich die Grenzen der britischen Militärmacht. Rhodes und seine Mitstreiter, die eine moralische Überlegenheit der englischsprachigen Welt vertraten – darunter der Generalgouverneur von Südafrika, Alfred Milner –, stellten das Personal einer erweiterten britischen Herrschafts-Klasse, die Aufgaben bewältigen konnten, die die Möglichkeiten der bisherigen Familiennetzwerke überstiegen [8]. Zur kapitalistischen Seite des Aufstiegs der Milner-Gruppe, der nach Rhodes' Tod dessen Vermögen anvertraut wurde, gehörte der von J. P. Morgan organisierte atlantische Kreislauf des Finanzkapitals. Dass Morgan Milner die Leitung seiner Londoner Niederlassung anbot (Milner lehnte ab), verdeutlicht, wie eng die mit dem Eisenbahnbau und der Trustbildung in den USA nach dem Bürgerkrieg verbundenen Kapitalkreise mit der Bildung der transnationalen Klasse verflochten waren. An anderer Stelle habe ich analysiert, wie das Morgan-Netzwerk zum Finanzier des Entente-Blocks (mit Frankreich und Russland) gegen Deutschland wurde. Den deutschen Kapitalbedarf dagegen bedienten Morgans Wall-Street-Rivalen Kuhn und Loeb, die später in den Rockefeller/Chase-Orbit gerieten. Unterdessen wurde der Erste Weltkrieg über mehr als ein Jahrzehnt von der Milner-Gruppe und wichtigen liberalen Mitläufern in London minutiös vorbereitet. [9]

So diente die erste Form transnationaler Klassenbildung dazu, die europäische Arbeiterklasse zu zerstören – zunächst die deutschsprachige, aber auch die britische. So viel zum „nationalen Interesse".

Dank des rechtzeitigen Eingreifens der USA „gewann" Großbritannien, ging jedoch bankrott daraus hervor, spätestens nach der Fortsetzung von 1939–45. Das Blutbad des Ersten Weltkriegs war insofern transnational konzipiert, als die angloamerikanische Herrschafts-Klasse (Woodrow Wilson und die Morgan-Interessen in den USA, die Milner-Gruppe und die City in Großbritannien und den Dominions) die organisierte Arbeiterbewegung bewusst ins Visier nahm. Diese diagonale, grenzüberschreitende Perspektive kündigte die neue Form der Außenbeziehungen an: Global Governance. Wilsons Völkerbundprojekt und die damit verbundene Politik nationaler Selbstbestimmung, mit der die Ausbreitung der Russischen Revolution in Europa eingedämmt werden sollte, waren dabei ausdrücklich „global" angelegt. Es muss kaum wiederholt werden, wie deutlich der Erste Weltkrieg die Bereitschaft der atlantischen Herrschafts-Klasse – wie auch ihrer kleineren nationalen Gegenstücke – offenbarte, Arbeiter buchstäblich auszulöschen und Europas progressive Zukunft zu zerstören.

Phase 2: Die Bildung einer euro-atlantischen Herrschafts-Klasse gegen den Kommunismus

Die zweite große Phase transnationaler Klassenbildung fügte der etablierten angloamerikanischen eine weitere Schicht hinzu. Sie zielte darauf, Westdeutschland in einen erweiterten atlantischen Block zu integrieren; sie stellte die nationale Souveränität infrage und richtete sich letztlich erneut gegen Europas Arbeiterklasse, auf die die kommunistischen Parteien aufgrund ihrer Rolle im Widerstand und des durch den Sieg über Hitler-Deutschland gewonnenen Prestiges der UdSSR ihren Einfluss ausdehnten. Die damalige Akkumulationsweise war der Fordismus: finanzielle Repression im Sinne der Empfehlungen J. M. Keynes' verbunden mit der nach dem US-Automobilhersteller benannten Massenproduktion langlebiger Konsumgüter. Der Antikommunismus diente dazu, militante Arbeiter zu isolieren und jene Sozialdemokratie der zweiten Generation zu bevorzugen, die zur Klassenkooperation, zum Kalten Krieg und zu neokolonialen Kriegen bereit war. Zugleich drängte die binnenwirtschaftliche Ausrichtung des Fordismus die weltmarktgetriebene Kapitalbewegung der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurück und belebte vorübergehend das Element nationaler Demokratie, das heute weitgehend wieder verschwunden ist.

Zum herrschenden Klassenmilieu im London der Kriegszeit gehörten Schlüsselfiguren der kontinentalen Exilgemeinschaft wie der in Deutschland geborene Prinz Bernhard der Niederlande, Unilever-Direktor Paul Rijkens und der polnische Agent Józef Retinger, ehemaliger Sekretär des polnischen Exilgenerals Sikorski. Sie entwickelten eine Nachkriegsstrategie, die den größeren westeuropäischen Wirtschaftsraum öffnen sollte, der durch nationale Wiederaufbaupolitiken zu zerfallen drohte. Frankreich unter de Gaulle und der Regierung der nationalen Einheit (mit symbolischer Beteiligung der Kommunistischen Partei) war das wichtigste Beispiel für diese Gefahr. Die *European League for Economic Cooperation* (ELEC), eines von Retingers Londoner Projekten, zog Großunterneh-

men an, die die Freihandelsideologie der Internationalen Handelskammer in Paris teilten. Direktoren französischer Unternehmen, zusammengeführt von der Finanzaristokratie (Baron Boël aus Belgien und der französische Bankier E. Giscard d'Estaing, Vater des späteren Präsidenten), bildeten das Rückgrat der ELEC. 1950 kam eine westdeutsche Gruppe unter Führung des Deutsche-Bank-Direktors Hermann Abs hinzu. Die Amerikaner hatten Abs trotz seiner Verurteilung als NS-Kriegsverbrecher an die Spitze der Wiederaufbaubank gesetzt, die US-Gelder in Westdeutschland verteilte. [10]

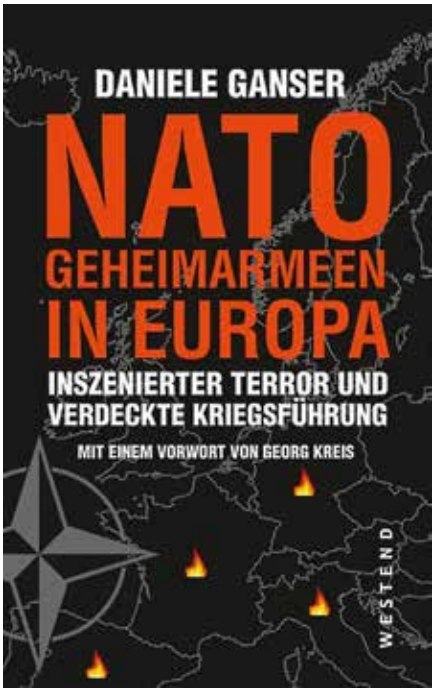
In London leitete Rijkens Planungsgruppen unter Beteiligung von Royal Dutch Shell und anderen Großkonzernen.

Doch bereits im August 1944 versammelte sich die deutsche Wirtschaft unter SS-Schirmherrschaft in Straßburg, um sich auf die Nachkriegszeit vorzubereiten. Vertreter von Krupp, Messerschmitt, Röchling, Rheinmetall, Volkswagen und zahlreichen weiteren Unternehmen erörterten die Notwendigkeit, Bündnisse mit dem atlantischen Kapital zu schmieden.

Umgekehrt waren Stahlkonzerne wie US Steel, Chemieunternehmen und andere aufgrund gemeinsam gehaltener Patente verpflichtet, mit deutschen Firmen zusammenzuarbeiten. Obwohl er in Straßburg nicht anwesend war, war der Leiter der NSDAP, Martin Bormann, daran beteiligt, über Schweizer Banken Kapital aus Kriegsgewinnen bereitzustellen, um diese Zusammenarbeit zu erleichtern. [11]

Bormann verschwand bekanntlich, doch alle anderen Namen tauchten Anfang der 1950er Jahre wieder auf, als Prinz Bernhard und Rijkens gemeinsam mit der CIA und mit Retinger als Vorsitzenden die Bilderberg-Konferenzen organisierten. Sie sollten schwere Meinungsverschiedenheiten zwischen angloamerikanischen und kontinentaleuropäischen Wirtschaftspolitikern über den Handel mit dem Sowjetblock und China überbrücken und einen Konsens der euroatlantischen Herrschafts-Klasse herstellen. Hermann Abs schloss sich Bilderberg 1958 an. Inzwischen waren US-Gewerkschaften in mehreren europäischen Ländern aktiv, um die Arbeiterbewegung entlang kommunistischer/antikommunistischer Linien zu spalten; zugleich wurde eine atlantische Untergrundarmee aufgebaut – später nach ihrer italienischen Komponente „Gladio" genannt –, die nötigenfalls Gewalt gegen jene einsetzen konnte, die sich nicht überzeugen ließen [12]. Der Marshallplan trug wesentlich dazu bei, liberale Politiken in Westeuropa zu synchronisieren, verschärfte jedoch zugleich die Ost-West-Teilung Europas. Als de Gaulle 1958 zurückkehrte, um Frankreichs Entkolonialisierungskrise zu bewältigen, und wieder auf nationale Souveränität setzte, wurde er zum Ziel mehrerer Attentatspläne. Daraufhin kappte er 1966 Frankreichs militärische Bindungen an die NATO und zwang das Bündnis, sein Hauptquartier von Paris nach Brüssel zu verlegen.

Des Weiteren trug die neue Runde atlantischer Transnationalisierung dazu bei, den Zusammenhalt der herrschenden Klasse über die souveräne Gleichheit hinaus zu stärken. Wie schon in der vorangegangenen angloamerikanischen Phase richtete sich diese Einheit letztlich gegen die Bevölkerungen, auch wenn das fordistische Modell einen gewissen (ökonomischen) Klassenkompromiss einschloss. Politisch jedoch wurde den Menschen ihr souveränes Recht genommen, die nationale Politik zu beeinflussen (den einzigen, wenn auch begrenzten Rahmen, in dem ihre Stimme zählt), und sie mussten sich mit einer Demokratiesimulation auf europäischer Ebene begnügen, wie es der Tindemans-Plan von 1976 für ein Europäisches Parlament vorsah. Allmählich wurde der traditionelle Rahmen nationaler Politik ausgehöhlt: eine Rechte, die sich grob auf die besitzenden Klassen stützte, und eine Linke mit historischen Wurzeln in der Arbeiterklasse. Immer mehr Entscheidungen wanderten auf die supranationale Ebene, wo die transnationale Herrschafts-Klasse in Gremien wie Bilderberg ihren Kurs festlegt (Bilderberg bestand auch nach dem Korruptionsskandal der 1970er Jahre fort, der Prinz Bernhard zum Rücktritt als Vorsitzenden zwang). Damals entstanden zahlreiche vergleichbare Einrichtungen, darunter das Weltwirtschaftsforum, die Trilaterale Kommission (damals mit einer japanischen, heute asiatischen Beteiligung) und andere. Auch sie dienen als informelle Planungsnetzwerke der herrschenden Klasse und ergänzen formelle internationale Institutionen wie NATO und EU. Zusammen mit den Netzwerken wechselseitig verflochtener Vorstände großer Konzerne bilden sie die Infrastruktur der Herrschaft, die weiterhin zentral im atlantischen Raum verankert ist. [13]



https://www.kopp-verlag.de/Nato-Geheimarmeen-in-Europa.htm?websale8=kopp-verlag&pi=B9755834&ci=%24_AddOn_%24

Im heutigen Europa könnte auf den ersten Blick der Eindruck entstehen, die Gewaltenteilung (*trias politica*) aus Exekutive, Legislative und Judikative sei auf europäischer Ebene in Gestalt der Kommission, des Europäischen Parlaments und des Gerichtshofs reproduziert worden. Tatsächlich funktioniert die Europäische Union jedoch nach einer „mehrdimensionalen" Governance, in der die Kommission in enger Verbindung mit Wirtschaftsverbänden wie dem *European Round Table of Industrialists* und mit dem Ministerrat (beziehungsweise dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs) als Exekutive handelt, während der Gerichtshof vor allem damit beschäftigt ist, Prinzipien des freien Marktes verfassungsrechtlich zu verankern [14].

Publiziert auf Free21 am 23.10.2026, 6:00 Uhr

Da das Europäische Parlament lediglich eine Pappfassade ist, wurde die demokratische Dimension beseitigt. Die Möglichkeit nationaler Politik, diesen Kurs umzukehren, wurde faktisch abgeschafft; wie wir in der Slowakei gesehen haben, müssen abweichende Ministerpräsidenten um ihr Leben fürchten. In Rumänien und anderswo können Regierungen, die gegen die Richtung von EU oder NATO handeln wollen, bereits daran gehindert werden, überhaupt gewählt zu werden. Dissidenten können durch EU-Entscheidungen ihrer bürgerlichen Existenz beraubt werden, indem ihre Bankkonten geschlossen werden; dagegen ist kein Rechtsmittel möglich, weil der Rechtsstaat selbst außer Kraft gesetzt wurde.

Phase 3: Der Aufstieg des atlantischen Zionismus nach dem Zusammenbruch des Kommunismus

Der weltweite Zusammenbruch des Kommunismus – also der unter diesem Banner auftretenden Arbeiterparteien, der Staaten des Sowjetblocks und schließlich der UdSSR selbst – beendete die Existenz der historischen Linken als möglichem Gegengewicht zur atlantischen Herrschafts-Klasse. Nachdem China, Vietnam und andere staatssozialistische Formationen bereits kapitalistische Eigentumsverhältnisse wieder eingeführt hatten, verflüchtigte sich die Vorstellung einer sozialistischen Gesellschaft; nur wenige belagerte Bastionen wie Kuba blieben. Die Sozialdemokratie hatte den Anspruch, die Gesellschaft zu verändern, schon aufgegeben: zunächst durch ihre Abkehr von der Russischen Revolution und um die Zeit des Zweiten Weltkriegs durch ihre Zustimmung zum fordistisch-keynesianischen Klassenkompromiss. Damit band sie ihr Schicksal an das des Kapitals und des Westens; ihr oberflächlicher Internationalismus machte sie unfähig, die Transnationalisierung oder die supranationalen Macht- und Einflussstrukturen der atlantischen Herrschafts-Klasse infrage zu stellen. Der Zusammenbruch des Kommunismus überließ daher die Verteidigung der Demokratie gegen „globalistische“ Macht national-populistischen Parteien, die vom Kapital leicht durchdrungen werden können. Die Sorge der Bevölkerung über den Abbau wohlfahrtsstaatlicher Regelungen wurde durch die massenhafte Einwanderung einer Arbeitsreserve vertieft, die die Zahl der von ihnen Abhängigen erhöhte. Die Einwanderung liefert den national-populistischen Parteien damit ein Thema, mit dem die historische Linke nicht umzugehen vermochte.

Seit den 1990er Jahren verlor Europa als Bollwerk gegen den Kommunismus für die atlantische Herrschafts-Klasse an Bedeutung. Die militärische Macht des Westens wurde daher über die NATO gegen Jugoslawien gerichtet: zum einen, um die deutsche und vatikanische Unterstützung für die Abspaltung der westlichsten Republiken zu überwinden, zum anderen, um die muslimischen Bollwerke Bosniens und Kosovo-Albaniens als Trittsteine zu den Energieressourcen des Nahen Ostens und des postsowjetischen Zentralasiens zu nutzen. Hier verband sich Israels Sorge, dass nach dem knappen Sieg im Krieg von 1973 künftig besser die USA Israels Kriege unter dem Banner eines „Kriegs gegen den Terror“ führen sollten (erstmals 1979 gehisst), mit dem westlichen Energiehunger [15]. Neben Jugoslawien zeigte sich Europas schwindendes Gewicht im atlantischen Kräfteverhältnis auch darin, dass russische Interessen bei der 1994 beschlossenen NATO-Osterweiterung missachtet wurden, womit feierliche Zusagen von 1989 gebrochen wurden. Dies schloss die Entwicklung für beide Seiten vorteilhafter Beziehungen zwischen EU und Russland faktisch aus.

So wie zu Morgans Zeiten der atlantische Kreislauf des Finanzkapitals den angloamerikanischen Aufstieg einer transnationalen Klassenmacht gestützt hatte, die sich gegen Deutschland richtete, und US-Direktinvestitionen in den 1950er und 1960er Jahren die Erweiterung zu einer euro-atlantischen Herrschafts-Klasse mit Figuren wie Paul Hoffman und Jean Monnet absicherten, überquerte in den 1990er Jahren israelisches Kapital in zentralen IT- und Kommunikationssektoren den Atlantik. In den USA verschmolz es mit dem bestehenden Dreieck aus Geheimdiensten, Multimedia und IT, das bereits von US-Zionisten dominiert wurde. Das Silicon Valley war weitgehend ihr Terrain, und die durch den Telecommunications Act von 1996 ausgelöste massive Medienkonzentration verstärkte ebenfalls das zionistische Element. Bereits im Jahr 2000 waren 110 israelische Unternehmen in New York börsennotiert; gemeinsam repräsentierten sie den doppelten Marktwert der 665 in Tel Aviv gelisteten Unternehmen. [17]

Bevor ich auf Epstein eingehe, dessen Rolle hierbei entscheidend war, möchte ich ein Beispiel für einen Vermittler bei der Herausbildung der atlantisch-zionistischen IT-/Finanzverbindung geben. Alvin B. Krongard, den Christopher Bollyn als „Israels Agenten bei der CIA“ bezeichnet, war ein wichtiger Akteur. Krongards vielfältige Rollen zeigen, dass „Geheimdienste“ in unserem Dreieck mit Wirtschaftssektoren wie IT und Medien durchaus vergleichbar sind. Als Vorstandsvorsitzender der ältesten Investmentbank der USA, Alex. Brown & Sons, reiste Krongard 1996 nach Israel, um mit Premierminister Shimon Peres über engere Geschäftsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu beraten. Alex. Brown & Sons war auf Technologieunternehmen spezialisiert und beriet Scitex, ein israelisches Unternehmen mit Verbindungen zum Militärgeheimdienst, dessen Generaldirektor Yair Shamir, Sohn des früheren Premierministers Yitzhak Shamir, war. Shamir Jr. war außerdem Direktor von Orckit, einem Unternehmen für Hochgeschwindigkeits-Sprach- und Datenübertragung, das Alex. Brown in den USA an die Börse brachte. Orckit war von einem ehemaligen Kommandeur der Einheit 8200, dem Fernmeldeaufklärungsdienst des israelischen Militärs, gegründet worden; in den USA gewann es eine Ausschreibung, um für GTE zu arbeiten, eines der zehn größten Telefonunternehmen der Welt. Krongard beaufsichtigte unterdessen Ende 1997 die Fusion von Alex. Brown mit Bankers Trust und wechselte dann im Februar 1998 überraschend zur CIA und wurde Berater von CIA-Direktor George Tenet.

Die Bankenfusion erwies sich als Debakel; innerhalb eines Jahres wurde das Gebilde von der Deutschen Bank übernommen.

Bei der CIA war Krongard anschließend am Aufbau von In-Q-Tel beteiligt, der Risikokapitalgesellschaft, die der Behörde Zugang zur neuesten Informationstechnologie sichern sollte [18]. Im „Krieg gegen den Terror“ arbeitete Krongard als bezahlter Berater für das private Militärunternehmen Blackwater, dessen Eigentümer Eric Prince ein enger Freund war. Im März 2001 wurde Krongard Executive Director der CIA, die Nummer drei der Behörde..

Nun wenden wir uns Jeffrey Epstein und Robert Maxwell zu, dem Vater seiner Gefährtin Ghislaine. Ihre Aktivitäten als Organisatoren einer atlantisch-zionistischen Herrschafts-Klasse stellen selbst Krongards Rolle in den Schatten und sollten weitreichende Folgen für den Aufbau einer überwachungskapitalistischen Infrastruktur im gesamten Westen haben.

Maxwell und Epstein

Die angloamerikanische Herrschafts-Klasse nahm neben der direkten Konfrontation mit den deutschen Herausforderern auch die europäische Sozialdemokratie ins Visier; die euro-atlantische Klassenbildung wurde gegen den Kommunismus und die UdSSR mobilisiert. Der atlantische Zionismus, der der Bevölkerung von vornherein kaum oder gar keine produktive Einbindung zu bieten hatte, flankierte den Überwachungskapitalismus mit einem „Krieg gegen den Terror“ – gezielt gegen Muslime im Interesse Israels, letztlich aber gegen die Bevölkerung insgesamt. Vor diesem Hintergrund war Robert Maxwell, ein ursprünglich aus der Tschechoslowakei stammender Mossad-Agent, eine Schlüsselfigur bei der Vermarktung jener Überwachungstechnik, die zur Kontrolle von Bevölkerungen weltweit benötigt wurde.

Mitte der 1980er Jahre begann Maxwell, der nach seiner Namensänderung in Großbritannien Politiker und Medienunternehmer geworden war, ein Computerprogramm zu vermarkten, das für die Überwachungsoperationen des Marine-Oberstleutnants Oliver North eingesetzt wurde. Dies geschah zur Zeit der Iran-Contra-Affäre, als Israel den Iran – damals im Krieg mit dem Irak – heimlich bewaffnete und die Erlöse an die Contras weitergeleitet wurden, die gegen die progressive Regierung Nicaraguas kämpften. Die von North und seinem Team entwickelte Datenbank hieß MainCore und diente im Rahmen des Systems „Continuity of Government“ (COG) zur Überwachung inländischer Dissidenten. COG sollte eine Schattenregierung schaffen, falls die verfassungsmäßige Regierung zusammenbrechen oder handlungsunfähig werden sollte. MainCore nutzte das *Prosecutor's Information Management System* (PROMIS), das von Inslaw Inc. entwickelt und vermarktet wurde, einem 1982 von einem ehemaligen NSA-Mitarbeiter gegründeten Unternehmen. Inslaw vermietete PROMIS an Ed Meese, den Justizminister der Reagan-Regierung und Teilnehmer der amerikanisch-israelischen Konferenz zum „Krieg gegen den Terror“ 1984 in Washington, D.C. [19]

PROMIS ermöglichte die Zusammenführung von Datenbanken in bis dahin unvorstellbarem Ausmaß und erregte deshalb die Aufmerksamkeit des israelischen Geheimdienststrategen Rafi Eitan, Menachem Begins „Berater für Terrorismus“. 1982 wurde Eitan unter falschem Namen das System vorgeführt; anschließend erhielt er die Software von einem ehemaligen Inslaw-Mitarbeiter. Danach ließ er von einem israelisch-amerikanischen Programmierer eine Hintertür, also einen geheimen Zugang, einbauen. Eine Vermarktungsvereinbarung führte daraufhin zu zwei PROMIS-Versionen: eine verschaffte dem israelischen Geheimdienst Zugang zu jeder PROMIS-Datenbank, die andere der CIA. Die CIA-Version konzentrierte sich vor allem auf Finanzdaten; die israelische Version von PROMIS spionierte US-Geheimdienste sowie den öffentlichen Sektor einschließlich des Militärs aus und zielte auf klassifizierte Informationen. [20]

Robert Maxwell war eng an den Machenschaften beteiligt, aus denen diese beiden manipulierten Versionen von PROMIS hervorgingen. Beim Verkauf operierte er über Unternehmen, die als Tarnfirmen des israelischen Geheimdienstes dienten. Neben dem bereits erwähnten Scitex gehörte dazu Degem, ein Computerunternehmen, das in Mittel- und Lateinamerika sowie Afrika tätig war.



Global Economic Panel, Amsterdam, 1989. Von links nach rechts: Wisse Dekker (Philips), Hans van den Broek, Henry Kissinger und Robert Maxwell, 11.4.1989. (Foto: Rob Bogaerts, Wikimedia Commons, CC0)

Publiziert auf Free21 am 23.10.2026, 6:00 Uhr

Maxwell vermarktete PROMIS so erfolgreich, dass der israelische Geheimdienst bald Zugriff auf die Kommunikation zahlloser Regierungen, Geheimdienste und Unternehmen hatte. In Lateinamerika nutzten die Diktaturen Chiles, Argentiniens und Guatemalas PROMIS; zugleich konnte der Mossad dank PROMIS ANC-Kader in Südafrika sowie lateinamerikanische Guerillaführer töten [21].

Maxwell wollte PROMIS außerdem an Los Alamos verkaufen, das US-Testgelände für Atomwaffen, was Israel Zugang zu amerikanischen Nukleargeheimnissen verschafft hätte. Statt Degem nutzte Maxwell für diese Operation ein neues Unternehmen in Berkeley, Kalifornien: *Information on Demand*, ebenfalls eine Tarnfirma des israelischen Geheimdienstes. Maxwells Tochter Christine wurde CEO von *Information on Demand* (ihre Schwester Isabel arbeitete ebenfalls für das Unternehmen). Nach dem verdächtigen Tod ihres Vaters 1991 (siehe unten) wurde die Firma in *Research on Demand* umbenannt [22]. Währenddessen überwachte der israelische Geheimdienst fortlaufend die Kommunikation von Institutionen, die PROMIS nutzten, und platzierte zugleich eigene Agenten an Schlüsselstellen.

Jeffrey Epstein machte seine Karriere bei der Investmentbank *Bear Stearns* unter der Protektion von Alan Greenberg, dessen Familie mit zionistischen Organisationen wie *United Jewish Appeal* und der *Jerusalem Foundation* verbunden war. Leslie Wexner, Dessous- und Immobilienmagnat aus Ohio, vertraute Epstein die Verwaltung seiner Finanzen und jener der *Wexner Foundation* an, die in den 1970er Jahren gegründet worden war, um vielversprechende jüdische Fachkräfte in Nordamerika sowie israelische Beamte in der mittleren Karrierephase zu fördern. Irgendwann gründete Wexner gemeinsam mit Charles Bronfman aus der zionistischen Seagram-Dynastie eine Gruppe der zwanzig einflussreichsten jüdischen Geschäftsleute Nordamerikas, die „Study Group“ oder „Mega Group“. Sie sorgten sich über das Ausmaß von Ehen zwischen Juden und Nichtjuden und befürchteten eine Verwässerung jüdischen Selbstbewusstseins – jene Angst vor Assimilation, die den Zionismus seit seinen Anfängen geprägt hat. Als langjähriger Vertrauter Wexners war auch Epstein in die Mega Group eingebunden.

Die Mega Group hob die etablierte Israel-Lobby auf eine neue Ebene. Die älteren Netzwerke, die John Mearsheimer und Stephen Walt maßgeblich analysiert haben, bestehen aus dem *American-Israel Public Affairs Committee* (AIPAC), dem *Washington Institute for Near East Policy* (WINEP) sowie Organisationen wie der *Anti-Defamation League* (ADL) oder *Christians United for Israel* (CUFI). Diese Kerngruppe ist von konzentrischen Interessenkreisen umgeben, die laterale Verbindungen zum zionistischen Staat aufweisen [23]. Ursprünglich sollte sich die Mega Group mit dem Problem der „nachlassenden Unterstützung für Israels Politik“ befassen. Neben Wexner sowie Charles und Edgar Bronfman (damals Präsident des World Jewish Congress) gehörten dazu: Max Fisher, der während der Kriege von 1967 und 1973 die US-Unterstützung für Israel organisiert hatte und 1975 Vorstandsvorsitzender von United Brands wurde, sowie Laurence Tisch, ein ehemaliger OSS-Mann, der neben dem Aufbau seiner eigenen Hotelkette mit Hilfe des wegen Junk-Bond-Betrugs bekannt gewordenen Michael Milken CBS übernahm. Weitere Mitglieder waren der Hilton-Erbe Lester Crown und der Filmemacher Steven Spielberg, ein Protegé Lew Wassermans, des einflussreichen Hollywood Strippenziehers, der zuvor Ronald Reagans Karriere gefördert hatte [24]. Auch die Familien Tisch und Bronfman erscheinen im 1996 erfassten Netzwerk gesellschaftlicher Kreise von Milliardären, einem weiteren Maßstab für die transnationale Herrschafts-Klasse [25].

Epstein wurde Mitte der 1980er Jahre von Maxwell mit dem israelischen Militärgeheimdienstoffizier Ari Ben-Menashe bekannt gemacht, nachdem er vermutlich bereits von Ehud Barak, dem damaligen Chef des israelischen Militärgeheimdienstes (AMAN) und späteren Premierminister, überprüft worden war. 1991, im Todesjahr Robert Maxwells, begann Epstein gemeinsam mit Maxwells jüngster Tochter Ghislaine sexuelle Erpressungsoperationen. Sie benutzten minderjährige junge Frauen, um eine wachsende Gruppe von Politikern, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Geschäftsleuten zu kontrollieren. Laut Ben-Menashe war die Operation zunächst durch Israels Sorge über Clintons Haltung gegenüber dem zionistischen Staat motiviert. Amdocs, ein israelisches Unternehmen für Telefonabrechnung, das in den USA tätig war, gehörte zu dem Konsortium, das mit der Modernisierung der Telefonleitungen des Weißen Hauses beauftragt wurde; dadurch verfügte der israelische Geheimdienst über 30 Stunden aufgezeichneter Gespräche des Präsidenten mit Monica Lewinsky [26]. Inzwischen steht ein weiterer US-Präsident im Verdacht, aufgrund aufgezeichneter Beziehungen zu minderjährigen Mädchen und sogar Kindern manipuliert worden zu sein.



Nach Angaben der William J. Clinton Presidential Library and Museum wurden diese Aufnahmen am 29. September 1993 vom Fotografen des Weißen Hauses, Ralph Alswang, gemacht. Epstein und Maxwell wurden dabei fotografiert, wie sie sich mit Clinton unterhielten, nachdem der Präsident bei einer Veranstaltung für Spender des Restaurierungsprojekts des Weißen Hauses eine Rede gehalten hatte. (Foto: Ralph Alswang, Wikimedia Commons, gemeinfrei)

Epstein vermutete tatsächlich, dass der israelische Geheimdienst beim Tod Maxwells eine Rolle gespielt habe. In einer E-

Quellen:

[1] I have worked this out in States of Emergency. Keeping the Global Population in Check. Atlantia, Georgia: Clarity press, 2022.

[2] Trump's slogan 'Make America Great Again' was intended to turn the tide but obviously only a disempowerment of the ruling class can achieve such a result, as we can see today.

[3] Bob Jessop and Henk Overbeek, eds. Transnational Capital and Class Fractions. The Amsterdam School Perspective Reconsidered [foreword, Gerd Junne]. London: Routledge, 2019; Jonathan Nitzanand Shimshon Bichler, 'Bringing capital accumulation back in: the Weapondollar-Petrodollar coalition—Military contractors, oil companies and Middle East "energy conflicts".' Review of International Political Economy, 2 (3) and their work since.

[4] Margaret C. Jacob, Living the Enlightenment. Freemasonry and Politics in Eighteenth-Century Europe. New York: Oxford University Press, 1991.

[5] William F. Drischler, The Yankees did it! The Origins of World War I and the Russo-Ukrainian Conflict, 2022-2024. Self-published, 2024, p. 56.

[6] Antonio Gramsci, Selections from the Prison Notebooks [trans. and ed. Q. Hoare and G.N. Smith]. New York: International Publishers 1971 [written 1929-'35], p. 262.

[7] Documented by Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, abridged edition. Düsseldorf: Droste, 1984 [1961].

[8] Carroll Quigley, The Anglo-American Establishment. From Rhodes to Cliveden. New York: Books in Focus, 1981 [1949] and Tragedy and Hope. A History of the World in Our Time. San Pedro, Cal.: GSG Books, 1998 [1966].

[9] See my Making of an Atlantic Ruling Class, London: Verso 2012 (1984); Gerry Docherty and Jim Macgregor, Hidden History. The Secret Origins of the First World War. Edinburgh: Mainstream Publishing, 2013.

[10] See my Een Amerikaans plan voor Europa. Amsterdam: SUA, 1978, pp. 101-2, citing F.X. Rebattet, The European Movement 1945-1953. Unpublished doctoral dissertation, St. Anthony's College, Oxford University, 1962.

[11] Tony Gosling, The Traitors of Arnhem—Martin Bormann and the Bilderberg Group, 2nd ed. Bristol: Gosling Publishing, 2024 [2021], pp. 36-9; I. F. Stone, 'The Nazi Industrial Plot for the Next War' and Ámerican Big Business and the Future of the Reich'[both from 1945] in The Truman Era. New York: Vintage,1973 [1953], pp. 18-23.

[12] Daniele Ganser, NATO's Secret Armies. Operation Gladio and Terrorism in Western Europe. London: Frank Cass, 2005.

[13] The shifting structure of the transnational ruling class (networks of interlocking directorates, planning groups, families and social networks) between 1996 and 2006 is documented in William K. Carroll, The Making of a Transnational Capitalist Class. Corporate Power in the Twenty-First Century. [with C. Carson, M. Fennema, E. Heemskerk, and J.P. Sapinski]. London: Zed Press, 2010.

[14] Otto Holman, 'Asymmetrical regulation and multidimensional governance in the European Union' (2004) in Jessop and Overbeek, Transnational Capital and Class Fractions, pp. 149-51.

[15] What followes largely draws on my forthcoming Israel and 9/11.

[16] This triangle of is in my States of Emergency pp. 77-84; Jonathan Nitzan and Shimshon Bichler, The Global Political Economy of Israel, London: Pluto Press, 2002, p. 272, fig. 5.9; see also Shoshana Zuboff, The Age of Surveillance Capitalism. The Fight for a Human Future at the New Frontier of Power. London: Profile Books, 2019.

[17] Nitzan and Bichler, Global Political Economy of Israel, pp. 345-6.

Mail von 2018 erklärte Epstein, Maxwell habe versucht, den Mossad zu erpressen und gedroht, „wenn sie [der Mossad] ihm nicht 400 Millionen Pfund geben, um sein zerfallendes Imperium zu retten, werde er alles offenlegen, was er für sie getan habe" [27]. Geheimdienstkontakte sind stets von Geheimhaltung umgeben, doch Epsteins hochrangige Verbindungen zum israelischen Geheimdienst wurden durch die jüngste (unvollständige) Veröffentlichung der Epstein-Akten bestätigt.

Ein FBI-Vermerk berichtete, er sei ein „kooptierter Mossad-Agent" gewesen und vom israelischen Geheimdienst „zum Spion ausgebildet" worden.

Sein zionistisches Profil wird durch seine Finanzierung der Friends of the Israeli Defence Forces, der Siedlerorganisation Jewish National Fund und anderer israelischer Gruppen untermauert. Seine Verbindungen zu US-Geheimdiensten liefen über seinen langjährigen Anwalt und Harvard-Professor Alan Dershowitz; über ihn stand Epstein auch mit Studenten aus wohlhabenden Familien in Kontakt, darunter Trumps Schwiegersohn Jared Kushner und dessen Bruder Josh [28].

Epstein war somit ein zentraler Vermittler in den Netzwerken, aus denen sich die atlantisch-zionistische Herrschafts-Klasse zusammensetzte, mit hochrangigen Geheimdienstverbindungen auf beiden Seiten des Atlantiks und einer Rolle in überwachungskapitalistischen Operationen, die für die neue Akkumulationsweise charakteristisch waren. Zu seinen Kontakten gehörten neben Leslie Wexner und der Mega Group auch Spitzenmanager von J. P. Morgan Chase. Der ehemalige FBI-Agent Shaun O'Neill erklärte, die Bank habe Epsteins Aktivitäten nicht nur finanziert, sondern auch die gerichtlichen Ermittlungen gegen ihn behindert. Jes Staley, zunächst Leiter der Vermögensverwaltung von J. P. Morgan und später der Privatbank, war ein wichtiger Epstein-Kontakt. Leon Black, milliardenschwerer Mitgründer der Private-Equity-Gesellschaft Apollo Global Management, war an einem Projekt zur Aufwertung des israelischen Ansehens beteiligt; die achtbändige Reihe Jewish Lives wurde in einer Kooperation von Yale University Press und der Leon D. Black Foundation veröffentlicht. Insgesamt zahlten wohlhabende Geldgeber Epstein und seinen engsten Mitarbeitern 2,4 Milliarden Dollar. Zwei Autoren fragten deshalb in CounterPunch: „Waren diese 2,4 Milliarden Dollar Schweigegeld? Waren es Gebühren für Sex und/oder Dienstleistungen für den israelischen Geheimdienst?" [29]

Epstein machte Ehud Barak außerdem mit Peter Thiel von Palantir bekannt, dem Kronjuwel des atlantischen Überwachungskapitalismus und privatisierten Nachfolger des ursprünglichen Programms *Total Information Awareness*, das unter Admiral John Poindexter im Pentagon entwickelt worden war. 2015 eröffnete Palantir ein Büro in Tel Aviv, um Israels IT- und Technologiesektor zu stärken. Zu weiteren bedeutenden Epstein-Kontakten gehörten Tony Blair, Peter Mandelson und Ariane de Rothschild aus der berühmten Bankiersdynastie [30]. Die großen Konzernmedien des Westens zogen es jedoch vor, die sensationellen Einzelheiten der Erpressungsoperationen von Epstein und Ghislaine hervorzuheben und darüber zu berichten, wer auf den Besucherlisten für Epsteins Insel, seine Ranch in New Mexico und sein New Yorker Penthouse stand – Orte, die sämtlich mit Abhörtechnik versehen waren, um kompromittierendes Verhalten aufzuzeichnen. Das Schweigen der Medien über die Beteiligung der transnationalen Herrschafts-Klasse hat einen guten Grund: die Verstrickung ihrer Eigentümer in diese Netzwerke [31].

Die amerikanischen Strafverfolgungsbehörden wussten zunächst nicht, was „Mega" bedeutete; dank Whitney Webb wissen wir jedoch, dass es sich um jene zionistische Milliardärsgruppe mit Verbindungen sowohl zur Geheimdienstwelt als auch zum organisierten Verbrechen handelte [32]. In der Regierung von George W. Bush, die im Januar 2001 ihr Amt antrat, fallen bei Schlüsselfiguren der Strategiebildung wie Richard Perle besonders die Verbindungen zum Technologiesektor auf; nur jene zum Finanzsektor waren noch ausgeprägter. Perle, eine prominente Figur unter den atlantischen Zionisten, leitete 1996 die Aus-

Publiziert auf Free21 am 23.10.2026, 6:00 Uhr

arbeitung eines neuen Kontrollkonzepts für eine künftige israelische Regierung; auf amerikanischer Seite entsprach ihm das *Project for a New American Century* (PNAC), wobei an beiden Projekten mehrere prominente Zionisten beteiligt waren [33].

Ein weiterer Knoten im atlantisch-zionistischen Netz neben der Mega Group war der Challenge Fund, eine israelische Geheimdienstoperation, in die vor allem die Familien Bronfman und Andreas investierten. Die Bronfmans wurden bereits erwähnt; die Familie Andreas ist die treibende Kraft hinter dem Getreidehändler Archer Daniels Midland (ADM). An der Spitze der Challenge Partners, die den gleichnamigen Fonds verwalten, steht Joseph Ciechanover, ein Israeli, der früher Vorsitzender von El Al und Verwaltungsratsvorsitzender der Israel Discount Bank (IDB), der drittgrößten Bank des Landes, war und zudem mehrere politische Ämter in Außen- und Verteidigungsfragen bekleidete. Zu Challenge gehören außerdem Generalmajor Ilan Biran, Verwaltungsratsvorsitzender von Rafael, einem israelischen Rüstungskonzern; David Ivry, Präsident von Boeing Israel, zweimal Vorsitzender des Verwaltungsrats des Luft- und Raumfahrtkonzerns IAI und enger Mitarbeiter des US-Antiterrorchefs Richard Clarke; sowie Jacob Perry, ehemaliger Leiter des Shin Bet und nach seinem Ausscheiden Präsident von Cellcom, Israels größtem Mobilfunkunternehmen. Auch Avi Naor von Aurec/Amdocs ist mit Challenge verbunden. Schließlich war zeitweise auch Yair Shamir, der bereits erwähnte Sohn des israelischen Premierministers Yitzhak Shamir, Manager von Challenge. [34]

Zur gemeinsamen Weltsicht der USA und Israels gehörte auch Washingtons Verteidigung israelischer Kriegsverbrechen, teilweise motiviert durch Sorgen um die Rechtmäßigkeit eigener amerikanischer Militäroperationen im Ausland. Ein weiterer verbindender Faktor ist die ähnliche Erfahrung einer Pioniergesellschaft, die das Land von als minderwertig und/oder irrelevant betrachteten Einheimischen erobert.

Vor diesem Hintergrund dient die Struktur der Israel-Lobby in den Vereinigten Staaten dazu, sicherzustellen, dass die wesentlich größere und vielfältigere nordamerikanische Gesellschaft nicht von dieser gemeinsamen Sicht auf Israel abweicht, und zugleich zu verhindern, dass abweichende jüdische Positionen Einfluss gewinnen [35]. Es versteht sich von selbst, dass diese Aufgabe seit der von Israel nach dem von der IDF ermöglichten Ausbruch des bewaffneten palästinensischen Widerstands im Oktober 2023 entfesselten genozidalen Kampagne in Gaza erheblich schwieriger geworden ist.

Die Integration zwischen den Vereinigten Staaten und Israel im Rahmen des atlantischen Zionismus erreichte mit Plänen, ihre jeweiligen Streitkräfte in einer einzigen Struktur zusammenzuführen, eine neue Stufe [36]. Dies geschieht trotz der unsäglichen Gräueltaten, die Israel seit seiner Gründung begangen hat und die in den vergangenen Jahren weithin öffentlich bekannt geworden sind – mit der verspäteten Folge mehrfacher Verurteilungen durch die höchsten internationalen Gerichte der Welt wegen des Völkermords an den Palästinensern. Die geplante militärische Verschmelzung hebt frühere Projekte wie In-Q-Tel auf die Ebene einer umfassenden Fusion der amerikanischen und israelischen Militärmaschinen. Beide Länder haben, mit Europa im Schlepptau, faktisch der Welt den Krieg erklärt und stoßen bei ihrem letzten Versuch, globale Governance durchzusetzen, nur auf den Widerstand der BRICS-Staaten – und auch dieser bleibt aufgrund der Ambitionen ihrer eigenen Oligarchen halbherzig.

Erneut führt die Transnationalisierung der herrschenden Klasse zu endlosen Massakern unter Völkern, die zur Vernichtung bestimmt sind. Die westlichen Bevölkerungen wiederum bezahlen für private „Money Making Schemes", die, wie Julian Assange behauptet hat, an die Stelle einer auf den Sieg ausgerichteten Militärstrategie getreten sind.

Quellen:

[18] Christopher Bollyn, '9-11 and Alvin Krongard—Israel's Agent at the CIA.' New 911 Inside Job, 27 March 2012 (online).

[19] Whitney Webb, One Nation Under Blackmail. The sordid union between Intelligence and Organized Crime that gave rise to Jeffrey Epstein. Waltersville, Oregon: Trine Day. 2022. 2 vols. Vol. 1, p. 382.

[20] Ibid., pp. 390-391; on Maxwell's role, vol. 2, p. 363.

[21] Ibid., vol. 1, pp. 386-7.

[22] Ibid., pp. 389-91 and vol. 2, p. 162; on Ls Alamos, pp. 291, 294.

[23] John J. Mearsheimer and Stephen M. Walt. The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy. New York: Farrar, Straus and Giroux, 2007, p. 113.

[24] Webb, One Nation Under Blackmail, pp. 77, 124-5, cf. 110; Mearsheimer and Walt, The Israel Lobby, p. 128.

[25] Carroll, The Making of a Transnational Capitalist Class, p. 148, Fig. 6.6.

[26] Ibid. vol. 2, pp. 8, 20-2, 128-91; Misha Glenny, McMafia. Seriously Organised Crime. London: Vintage, 2009, pp. 22-3.

[27] Simon Speakman Cordall, 'What Were Jeffrey Epstein's Links to Israel?' Al Jazeera, 9 February 2026 (online).

[28] Ibid.

[29] Pam Martens and Russ Martens, 'The Billionaires in the Epstein Files and Their Ties to Israel'. CounterPunch, 11 August 2025 (online).

[30] Richard Gizbert, 'The Anatomy of the Epstein Network'. Interview with Meenakshi Ravi (contributions by Murtaza Hussain). The Listening Post, Al Jazeera, 9 February 2026 (online); and 'Epstein, Israel's Barak discussed "gigantic" consultancy sums paid to Blair' Al Jazeera (staff report), 4 February 2026 (online)

[31] Murtaza Hussain in Gizbert, 'The Anatomy of the Epstein Network'.

[32] Webb, One Nation Under Blackmail, vol. 2, pp.125-7.

[33] Bastiaan van Apeldoorn and Naná de Graaff, American Grand Strategy and Corporate Elite Networks. The Open Door since the end of the Cold War. London: Routledge, 2016, pp. 147-8, fig. 5.2; Richard Perle et al., A Clean Break: A New Strategy for Securing the Realm. Jerusalem and Washington: The Institute for Advanced Strategic and Political Studies, 1996.

[34] Christopher Bollyn, Solving 9/11. The Deception That Changed the World [foreword, G. Stanish]. Self-published, 2012, pp.179-82.

[35] Mearsheimer and Walt, The Israel Lobby, pp. 122-4.

[36] 'Military Merger', interview with Dennis Kucinich. The Tucker Carlson Show, 6 July 2026 (online)

Dieser Text wurde zuerst am 08.08.2026 auf www.savageminds.co unter der URL ‹https://www.savageminds.co/p/karim-khans-removal› veröffentlicht. Lizenz: Jonathan Cook, Savage Minds, CC BY-NC-ND 4.0



Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag, Niederlande, 23.7.2024. (Foto: Tony Webster, Wikimedia Commons, CC-BY-2.0)

Die **Absetzung** von Karim Khan

Wer profitiert von der Schwächung des IStGH?

Autor: Jonathan Cook



Jonathan Cook ist ein preisgekrönter britischer Journalist. Er war 20 Jahre lang in Nazareth, Israel, tätig. Im Jahr 2021 kehrte er nach Großbritannien zurück.

Er ist der Autor von drei Büchern zum Israel-Palästina-Konflikt:

- „Blood and Religion: The Unmasking of the Jewish State" (2006)
- „Israel and the Clash of Civilisations: Iraq, Iran and the Plan to Remake the Middle East" (2008)
- „Disappearing Palestine: Israel's Experiments in Human Despair" (2008)

Seine Arbeit können Sie hier unterstützen: **https://www.jonathan-cook.net/about/**

Die wichtigste Frage, die wir uns nach der Entlassung von Karim Khan als Chefankläger des IStGH – des Internationalen Strafgerichtshofs für Kriegsverbrechen in Den Haag – in der vergangenen Woche stellen sollten, ist nicht, ob er sich gegenüber einer anderen Mitarbeiterin, die als „Sarah" identifiziert wurde, „sexuellen Fehlverhaltens" schuldig gemacht hat.

Das kann nur im Rahmen eines Gerichtsverfahrens entschieden werden – eines, das, wie wir anmerken möchten, bereits stattgefunden hat. Eine Untersuchungskommission führte über mehr als ein Jahr hinweg eine umfassende Untersuchung der Vorwürfe von Sarah durch; die tausende von Seiten umfassenden Beweismaterialien wurden anschließend von drei erfahrenen Richtern eingehend geprüft.

Auch wenn man das aus der Berichterstattung in den Medien nicht schließen würde, kamen sie zu dem Schluss, dass es keine Hinweise auf ein Fehlverhalten Khans gab, weder sexueller noch sonstiger Art.

Seltsamerweise wurde diese Einschätzung durch ein außerordentlich zurückhaltendes „Exklusivinterview" von CNN mit Sarah, das Anfang dieses Monats ausgestrahlt wurde, weitgehend bestätigt [1].

Sie weigerte sich, konkrete Einzelheiten darüber zu nennen, was Khan ihr angeblich angetan hatte, und die prominente Interviewerin Christiane Amanpour vermied es taktvoll, sie zu einer genaueren Erklärung zu drängen.

Das spielt keine Rolle. Der Zweck des CNN-Interviews bestand nie darin, Fakten ans Licht zu bringen. Es sollte vielmehr als Gesichtswahrung dienen, da ein rein politisches Gremium namens „Versammlung der Vertragsstaaten", bestehend aus diplomatischen Vertretern der 125 Staaten, die dem IStGH beigetreten sind, die rechtlichen Feststellungen völlig ignorierte und Khan entließ [2].

Paradoxerweise war es gerade die Versammlung der Vertragsstaaten, die jene Richter ernannt hatte, die zu dem Schluss gekommen waren, dass es keine Beweise für ein Fehlverhalten oder eine Pflichtverletzung seitens Khans gab. Dieses unbequeme Urteil wurde einfach aufgehoben, obwohl die Mitglieder der Versammlung

Publiziert auf Free21 am 15.09.2026, 6:00 Uhr

gar nicht in der Lage waren, die Beweislage selbst zu bewerten.

Wir sollten nicht vergessen, dass viele dieser Staaten ein Interesse daran haben, das einzige internationale Gericht zu schwächen, das ihre eigenen hochrangigen Amtsträger wegen Kriegsverbrechen vor Gericht stellen kann.

Im Mai 2024 – kurz bevor Sarah ihre Vorwürfe erhob – zeigte der IStGH, dass er endlich bereit war, westliche Staats- und Regierungschefs wegen Kriegsverbrechen strafrechtlich zu verfolgen, nicht nur solche aus dem Globalen Süden oder aus den offiziellen Feindstaaten des Westens, wie beispielsweise Wladimir Putin aus Russland.

Khan erließ einen Haftbefehl gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und seinen ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant. Beiden wird vorgeworfen, durch eine anhaltende Blockade von Lebensmitteln, Wasser und Strom das Volk im Gazastreifen ausgehungert und damit Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben.

Sollte Netanjahu jemals vor Gericht gestellt und für schuldig befunden werden – was mit ziemlicher Sicherheit der Fall wäre –, hätten viele andere Staats- und Regierungschefs guten Grund, zu befürchten, dass sie als Nächste zur Verantwortung gezogen werden könnten, nicht zuletzt wegen ihrer Mitschuld am Massenmord an Palästinensern im Gazastreifen durch Israel.

Die Frage, die nun beantwortet werden muss, lautet nicht, ob Khan sich eines Fehlverhaltens schuldig gemacht hat – das wurde auf politischer Ebene entschieden, nicht auf rechtlicher. Nein, wir brauchen eine Antwort auf eine ebenso politische und weitaus beunruhigendere Frage.

„Cui bono?“ Oder „Wem nützt es?“

Die Beweise liegen auf der Hand. Sie zeigen sich sowohl in dem stark politisierten Verfahren, das zu Khans Sturz führte, als auch darin, was dieses Verfahren für die Zukunft des Gerichts bedeutet.

Verdeckter Krieg

Khan ist nicht der erste Chefankläger des IStGH, der extremem Druck ausgesetzt ist – und wie im Fall von Khan kam dieser Druck genau in dem Moment zum Vorschein, als Khans Vorgänger versuchte, Israel wegen seiner Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.



Fatou Bensouda, ehemalige Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs, während einer Konferenz über internationale Verbrechen in Westafrika, die im Oktober 2021 in Dakar (Senegal) stattfand, 25.10.2021. (Foto: Wayamo Foundation, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-2.0)

Fatou Bensouda sah sich fast ein Jahrzehnt lang einem von Israel gegen sie geführten „verdeckten Krieg“ ausgesetzt, wie aus einer Untersuchung des *Guardian* vom Mai 2024 hervorgeht – genau zu dem Zeitpunkt, als Khan seinen Haftbefehl gegen Netanjahu erließ.

Der Bericht des *Guardian*, der fast drei Jahre nach Ablauf von Bensoudas neunjähriger Amtszeit beim IStGH veröffentlicht wurde, enthüllte, dass sie während dieser Zeit Drohungen gegen sich selbst und ihre Familie, die Überwachung ihrer Kommunikation sowie einen einschüchternden Besuch in ihrem Haus hinnehmen musste [3].

Vor kurzem hat Bensouda diese Berichte in einem Interview mit *Al Jazeera* bestätigt. Bensouda weist darauf hin, dass sie den niederländischen Behörden wiederholt von Israels Einschüchterungskampagne berichtet habe, diese jedoch nichts unternommen hätten, um den Drohungen nachzugehen oder sie zu schützen.

Sie sagt außerdem, bestimmte „Behörden“ – sie nennt keine Namen – hätten sie gewarnt, dass sie bei der Untersuchung israelischer Verbrechen zu weit gehe und dass „dir etwas zustoßen oder du getötet werden könntest, oder dass Familienangehörigen in irgendeiner Weise Schaden zugefügt werden könnte“.

Die Drohkampagne – angezettelt von Yossi Cohen, dem damaligen Direktor des israelischen Geheimdienstes Mossad – verschärfte sich, als Bensouda darüber nachdachte, ob sie eine formelle Untersuchung zu israelischen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den illegal besetzten palästinensischen Gebieten einleiten sollte.

Wir sollten uns daran erinnern, dass Israels Verbrechen gegen das palästinensische Volk bereits Jahrzehnte vor dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 begonnen haben. Tatsächlich sind Israels anhaltende Besatzungsverbrechen – auch wenn niemand darüber sprechen darf – die offensichtliche Ursache für diesen Angriff der Hamas.

Eine israelische Quelle erklärte gegenüber dem *Guardian*, dass „das Ziel des Mossad darin bestand, die Staatsanwältin zu kompromittieren oder sie dazu zu bewegen, den Forderungen Israels nachzukommen“ – das heißt, die Ermittlun-

gen des IStGH gegen Israel einzustellen. Eine andere Quelle räumte ein, dass Cohen auf Anweisung Netanjahus gehandelt habe.

Bei einem dieser Kontakte soll Cohen Bensouda angeblich eine Drohung im Stil der Mafia ausgesprochen haben: „Sie sollten sich nicht auf Dinge einlassen, die Ihre Sicherheit oder die Ihrer Familie gefährden könnten."

Der *Guardian* berichtete, dass der Mossad „großes Interesse an Bensoudas Familienangehörigen zeigte und sich laut zwei Quellen mit direktem Kenntnisstand der Lage Abschriften geheimer Aufzeichnungen ihres Ehemanns beschaffte. Israelische Beamte versuchten daraufhin, das Material zu nutzen, um die Staatsanwältin zu diskreditieren."

In dem Artikel wurde zudem darauf hingewiesen, dass unter hochrangigen ICC-Beamten Befürchtungen bestanden, „Israel habe Informanten innerhalb der Strafverfolgungsabteilung des Gerichtshofs aufgebaut" – jener Abteilung, die Khan von Bensouda übernehmen würde.

Cohen wurde beschuldigt, Bensouda „verfolgt" zu haben, und ihr 2018 in einem Hotelzimmer in New York persönlich „aufgelauert" zu haben. Danach rief er sie wiederholt an, wobei seine Drohungen im Laufe der Zeit immer weiter eskalierten. Als Bensouda Cohen fragte, wie er an ihre Telefonnummer gekommen sei, soll er geantwortet haben: „Hast du vergessen, womit ich meinen Lebensunterhalt verdiene?"

Der *Guardian* berichtete:

> Einmal soll Cohen Bensouda Kopien von Fotos ihres Mannes gezeigt haben, die heimlich aufgenommen worden waren, als das Paar London besuchte. Ein anderes Mal soll Cohen der Staatsanwältin laut Quellen angedeutet haben, dass eine Entscheidung zur Einleitung einer umfassenden Untersuchung ihrer Karriere schaden würde.

Zwischen 2019 und 2020 hatte der Mossad aktiv nach kompromittierenden Informationen über die Staatsanwältin gesucht und Interesse an ihren Familienangehörigen gezeigt.

> Der Geheimdienst gelangte in den Besitz einer Vielzahl von Unterlagen, darunter Protokolle einer offenbar gegen ihren Ehemann gerichteten verdeckten Ermittlungsaktion."

Israel nutzte das Material, um eine „Verleumdungskampagne" gegen sie zu starten, die sich jedoch letztendlich als erfolglos erwies.

Konzertierte Gegenreaktion

Als Khan im Juni 2021 das Amt des Chefanklägers des IStGH übernahm, zeigte er sich wenig bereit, im Palästina-Fall dort anzuknüpfen, wo Bensouda aufgehört hatte. Vermutlich war er sich der Vergeltungsmaßnahmen Israels gegen sie nur allzu bewusst.

Bensouda hatte im Dezember 2019 bekannt gegeben, dass sie Anhaltspunkte habe, um eine umfassende strafrechtliche Untersuchung zu Vorwürfen von Kriegsverbrechen in Gaza, im Westjordanland und in Ostjerusalem einzuleiten.

Angesichts einer konzertierten Gegenreaktion westlicher Staaten verschob sie jedoch die Einleitung der Ermittlungen. Zunächst ersuchte sie eine Vorverfahrenskammer des IStGH um eine Entscheidung – vermutlich in der Hoffnung, dass diese als eine Art Absicherung dienen würde –, ob der Gerichtshof für die besetzten palästinensischen Gebiete zuständig sei.

Im Februar 2021 bestätigten die Richter, was ohnehin bereits offensichtlich war. Das Gericht war in der Tat zuständig, da Palästina seit 2015 Vertragspartei des Gerichtshofs war.

Bensouda trat einige Monate später zurück.

Nun stand es Khan frei, israelische Amtsträger wegen Kriegsverbrechen strafrechtlich zu verfolgen. Der neue Generalstaatsanwalt machte jedoch – vielleicht verständlicherweise – den Eindruck, als wolle er lieber untätig bleiben.

Nicht nur Israel hatte sich vehement dagegen gewehrt, dass seine Amtsträger wegen Kriegsverbrechen vor Gericht gestellt werden. Auch Washington war über diese Aussicht empört – manchmal, so schien es, sogar noch mehr als über die Möglichkeit, dass auch gegen US-Amtsträger Haftbefehle wegen Verbrechen erlassen werden könnten, die das US-Militär in Afghanistan und im Irak begangen hatte.



EU-Außenminister, darunter Minister Wopke Hoekstra, im Gespräch mit dem Chefankläger des IStGH, Karim Khan, im Vorfeld der Tagung des Rates „Auswärtige Angelegenheiten" in Brüssel. Dabei ging es unter anderem um die Ermittlungen zu Kriegsverbrechen in der Ukraine, 11.4.2022. (Foto: Raoul Somers, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-2.0)

Publiziert auf Free21 am 15.09.2026, 6:00 Uhr

Zwischen 2019 und 2020, während Trumps erster Amtszeit, verhängten die USA strenge Visabeschränkungen und finanzielle Sanktionen gegen Bensouda. Der damalige US-Außenminister Mike Pompeo stellte einen Zusammenhang zwischen den Sanktionen und dem Palästina-Fall her [4]: „Es ist offensichtlich, dass der IStGH Israel nur aus rein politischen Gründen ins Visier nimmt."

Ohne die Ereignisse nach dem 7. Oktober 2023 hätte Khan es durchaus vermeiden können, Israel auf unbestimmte Zeit zu verfolgen.

Israels Massenmord an palästinensischen Zivilisten im Gazastreifen, die Zerstörung der Häuser und der Infrastruktur des Gebiets sowie die Aushungerung der gesamten Bevölkerung waren Handlungen von derart abscheulicher Kriminalität, dass sich UN-Organisationen, große Menschenrechtsorganisationen und Holocaust-Forscher bald einig waren, dass es sich dabei um Völkermord handelte.

Im Mai 2024 verkündete Khan die Ausstellung von Haftbefehlen gegen Netanjahu und Gallant sowie gegen drei Hamas-Führer, die anschließend von Israel getötet wurden.

Ein Tsunami aus Drohungen

Kurz bevor Khan diese Ankündigung machte, hatten 12 hochrangige US-Senatoren einen Drohbrief an den IStGH geschickt [5]: „Wenn ihr Israel ins Visier nehmt, werden wir euch ins Visier nehmen." Der Brief endete mit den Worten: „Ihr wurdet gewarnt."

Die Senatoren bezeichneten die Souveränität Israels und der USA als untrennbar miteinander verbunden und erinnerten Khan daran, dass Washington gezeigt habe, „wie weit wir gehen werden, um [unsere] Souveränität zu schützen".

Ein Gesetz aus dem Jahr 2002, im Volksmund als „Haager Invasionsgesetz" bekannt, ermächtigt den US-Präsidenten, „alle notwendigen und angemessenen Mittel einzusetzen", um die Freilassung von US-Bürgern und Verbündeten zu erwirken, die vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) inhaftiert oder festgehalten werden. Zu diesen Verbündeten zählen selbstverständlich auch israelische Politiker.

Es sei darauf hingewiesen, dass solche Drohungen einen Verstoß gegen Artikel 70 des Römischen Statuts darstellen.

Nach der Ausstellung der Haftbefehle folgte eine Flut ähnlicher Drohungen – und vermutlich noch weiterer, die bislang nicht an die Öffentlichkeit gelangt sind – gegen Khan und den IStGH.

Ein britisch-israelischer Anwalt beim IStGH – von dem bekannt ist, dass er Verbindungen zu Netanjahus Rechtsberater unterhält – warnte Khan: „Sie werden dich vernichten und sie werden den Gerichtshof vernichten", sollten die Haftbefehle nicht aufgehoben werden [6]. Er drängte Khan, „vom Baum herunterzuklettern" und das Verfahren einzustellen.

Der damalige britische Außenminister David Cameron rief Khan an, um ihm mitzuteilen, dass Großbritannien die Finanzierung des Gerichtshofs einstellen und aus dem Römischen Statut, auf dessen Grundlage der IStGH gegründet wurde, austreten würde, sollte Khan nicht einlenken [7].

Cameron warnte Khan, er stehe „kurz davor, einen riesigen Fehler zu begehen", und forderte ihn auf, „einen Schritt zurückzutreten und die Lage zu überdenken". Er fügte hinzu, die Beantragung von Haftbefehlen gegen israelische Amtsträger komme dem „Abwurf einer Wasserstoffbombe" gleich.

Unterdessen erließ Trump eine Verfügung, mit der er strenge finanzielle Sanktionen gegen Khan und andere Vertreter des IStGH, darunter mehrere Richter, verhängte [8].

Khan selbst erhielt Warnungen, dass der israelische Mossad seine Operationen in Den Haag, dem Sitz des IStGH, fortsetze, um die Ermittler des Gerichtshofs zu überwachen und zu unterwandern, während diese Beweise gegen Israel zusammentrugen [9] – genau wie zuvor bereits unter Bensouda.

Khan erklärte öffentlich, dass Drohungen mit Vergeltungsmaßnahmen und Einschüchterungsversuche ausdrücklich gegen Mitglieder seiner eigenen Familie gerichtet seien.

Unberührbare Kriminelle

Welche Schlussfolgerungen sollten wir aus all dem ziehen?

Ganz abgesehen davon, ob Sarahs Vorwürfe wegen „sexuellen Fehlverhaltens" wahr sind oder nicht, ist klar, dass Israel und die USA nach Schmutz gesucht haben – und offenbar bereit sind, solchen Schmutz zu erfinden –, und zwar gegen jeden Generalstaatsanwalt, der versucht, sie für ihre Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.



Demonstrationen vor dem High Court in London zur Unterstützung von Assange, 21. Februar 2024. (Foto: martin_vmorris, Wikimedia Commons, CC BY-SA 2.0)

Quellen:

[1] Christiane Amanpour, Lauren Kent, Ben Kirby, Claire Calzonetti (16.07.2026): „Exclusive: Lawyer goes public with sexual misconduct claims against ICC chief prosecutor. He denies the allegations". CNN. *<https://edition.cnn.com/2026/07/16/europe/icc-prosecutor-allegations-interview-un-investigation-amanpour-intl>*

[2] Harry Davies (24.07.2026): „Karim Khan ousted as prosecutor of international criminal court". The Guardian. *<https://www.theguardian.com/law/2026/jul/24/karim-khan-ousted-from-role-as-prosecutor-of-international-criminal-court>*

[3] Harry Davies (24.05.2024): „Revealed: Israeli spy chief 'threatened' ICC prosecutor over war crimes inquiry". The Guardian. *<https://www.theguardian.com/world/article/2024/may/28/israeli-spy-chief-icc-prosecutor-war-crimes-inquiry>*

[4] Harry Davies, Bethan McKernan, Yuval Abraham, Meron Rapoport, (28.05.2024): „". The Guardian. *<https://www.theguardian.com/world/article/2024/may/28/spying-hacking-intimidation-israel-war-icc-exposed>*

[5] Team Zeteo, Mehdi Hasan (06.05.2024): „EXCLUSIVE: "You Have Been Warned": Republican Senators Threaten the ICC Prosecutor over Possible Israel Arrest Warrants". Zeteo. *<https://zeteo.com/p/exclusive-you-have-been-warned-republican>*

[6] David Hearst, Imran Mulla (15.07.2025): „ICC lawyer linked to Netanyahu advisor warned Khan to drop war crimes probe or be 'destroyed'". Middle East Eye. *<https://www.middleeasteye.net/news/israeli-lawyer-linked-netanyahu-advisor-warned-karim-khan-drop-war-crimes-case-destroyed>*

[7] David Hearst, Imran Mulla (09.06.2025): „Exclusive: David Cameron threatened to withdraw UK from ICC over Israel war crimes probe". Middle East Eye. *<https://www.middleeasteye.net/news/david-cameron-threatened-withdraw-uk-icc-over-israel-war-crimes-probe>*

[8] (06.02.2025): „IMPOSING SANCTIONS ON THE INTERNATIONAL CRIMINAL COURT". Weißes Haus. *<https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/02/imposing-sanctions-on-the-international-criminal-court/>*

[9] Voice of the Cape Radio – VOC (02.08.2025): „A report from Middle East Eye investigating the intimidation campaign against International Criminal Court (ICC) chief prosecutor Karim Khan has been subjected to a severe and escalating intimidation campaign linked to his investigation into alleged Israeli war crimes. This comes after Khan advocated for arrest warrants against Israeli leaders, including Prime Minister Benjamin Netanyahu and former Defense Minister Yoav Gallant, due to their expansion of settlements in the West Bank.

According to Palestinian media outlet Quds News Network (QNN), the intimidation campaign includes threats from political figures, warnings from close associates, media leaks of sexual assault allegations against him (which he denies), and concerns for his safety related to the presence of Mossad in The Hague.

"Overall, the investigation reveals a coordinated, multi-front effort by political and intelligence actors to intimidate Khan and derail the ICC's investigation into alleged Israeli war crimes," as reported by QNN.". Facebook. *<https://www.facebook.com/voiceofthecape/posts/a-report-from-middle-east-eye-investigating-the-intimidation-campaign-against-in/1153417400147143/>*

[10] Jonathan Cook (04.05.2022): „The persecution of Julian Assange". Middle East Eye. *<https://www.middleeasteye.net/big-story/show-trial-julian-assange-book>*

Beide haben zu verstehen gegeben, dass sie bereit sind, rechtliche und politische Prozesse zu manipulieren, um das von ihnen gewünschte Ergebnis zu erzielen: dass sie weiterhin unantastbar bleiben.

Wir kennen bereits ein Muster, wie sich so etwas abspielt. Julian Assange, Gründer der Whistleblower-Plattform Wikileaks, veröffentlichte 2010 Details zu Kriegsverbrechen der USA und Großbritanniens in Afghanistan und im Irak. Fast unmittelbar darauf sah er sich mit Vorwürfen wegen sexueller Vergehen konfrontiert – in seinem Fall in Schweden –, die von den unkritischen westlichen Medien in ähnlicher Weise hochgespielt wurden.

Assange musste jahrelange Haft in verschiedenen Formen erdulden, während die USA und Großbritannien Schweden unter Druck setzten, die Ermittlungen gegen ihn aufrechtzuerhalten [10]. Die schwedische Staatsanwaltschaft versuchte mindestens zweimal, das Verfahren mangels glaubwürdiger Beweise einzustellen.

Tatsächlich wollten die USA und Großbritannien nie, dass die Beweise geprüft werden – sie gaben sich mit einer dauerhaften, ungelösten „Ermittlung" durchaus zufrieden –, gerade weil sie wussten, dass diese einer gerichtlichen Überprüfung wahrscheinlich nicht standhalten würde.

Es ging schlichtweg darum, ständig Schlagzeilen zum Thema „Vergewaltigung" zu generieren, Assange zum Paria zu machen, sein faktisches Verschwinden aus dem öffentlichen Leben zu rechtfertigen, Wikileaks als Whistleblower-Plattform erheblich zu schwächen, die Aufmerksamkeit von den nur allzu realen Verbrechen der USA und Großbritanniens abzulenken und den Weg für einen politischen Schauprozess zu ebnen, um ihn aufgrund völlig erfundener „Spionage"-Vorwürfe an die USA auszuliefern.

Dies hat sich im Fall von Khan und dem IStGH wiederholt. Im Fall von Khan wurden die Beweise geprüft und für unzureichend befunden. Daher wurde das rechtliche Verfahren durch ein offensichtlich politisches Verfahren ersetzt.

Khan wurde zu einem juristischen Paria gemacht; ihm wurde sogar von der britischen Anwaltskammer das Recht entzogen, in Großbritannien als Rechtsanwalt tätig zu sein [11].

Der IStGH wurde weiter geschwächt, genau wie es Israel und die USA ausdrücklich gefordert hatten. Marco Rubio, Trumps Außenminister, hat kürzlich eine offizielle Kampagne gestartet, um den IStGH „Stein für Stein" zu demontieren [12].

Er sagt: „Jetzt werden sie [der IStGH] die Konsequenzen zu spüren bekommen." Konsequenzen wofür? Dafür, dass sie versuchen, das Völkerrecht gegenüber einem wichtigen Verbündeten der USA durchzusetzen.

Unterdessen rückt die Rechenschaftspflicht für die nur allzu realen Verbrechen, die Israel in Gaza, im Libanon und im Westjordanland begeht – und die von westlichen Staaten wie den USA, Deutschland und Großbritannien aktiv unterstützt werden –, noch weiter in den Hintergrund.

Mit jedem Ziegelstein, der zum Schutz des IStGH abgetragen wird, wird ein weiterer Ziegelstein zur Schutzmauer um Netanjahu und Israels völkermörderische Kriegsmaschine hinzugefügt.

Israel macht unterdessen kaum einen Hehl daraus, dass es die Bemühungen zur Zerschlagung des IStGH angeführt hat.

Laut Guy Azriel, dem Diplomatiekorrespondenten von *i24 News*, leitete der israelische Außenminister Gideon Sa'ar „eine eigens dafür eingerichtete Arbeitsgruppe und unternahm intensive diplomatische Bemühungen, um die Absetzung Khans zu erreichen." [13]

Hillel Neuer, Leiter der pro-israelischen Organisation „United Nations Watch", begrüßte das, was er als „unsere Kampagne zur Absetzung" von Khan bezeichnete [14], und warnte Francesca Albanese, die Rechtsexpertin der Vereinten Nationen für die besetzten palästinensischen Gebiete: „Sie sind die Nächste."

Genau wie Khan hat auch Albanese nach praktischen, rechtlichen Wegen gesucht – und nicht nur nach rhetorischen Mitteln –, um Israel und seine westlichen Verbündeten für die Verbrechen im Gazastreifen zur Rechenschaft zu ziehen.

Publiziert auf Free21 am 15.09.2026, 6:00 Uhr

Raubtierstaaten

Der IStGH behauptet, seine Arbeit werde durch Khans Absetzung nicht beeinträchtigt und die Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant würden auch unter neuer Leitung weiterverfolgt. Das erscheint zweifelhaft.

Israel und die USA verstärken ihre Einschüchterungsversuche gegenüber dem IStGH, der – abgesehen von der Unterstützung durch die Mitgliedstaaten – über keinerlei Mittel verfügt, um seine Urteile durchzusetzen oder sich vor der Feindseligkeit einer skrupellosen Supermacht zu schützen.

Derzeit scheint das Gericht handlungsunfähig zu sein, was es Israel ermöglicht, durch endlose und schikanöse Berufungen gegen die Haftbefehle Verwirrung zu stiften.

Jeder Jurist, der das Amt des Chefanklägers des IStGH übernimmt, wird sich nur allzu bewusst sein, welches Schicksal Khan ereilt hat und welche Einschüchterungskampagne gegen Bensouda geführt wurde, als beide versuchten, Israel und seine westlichen Förderer zur Rechenschaft zu ziehen.

Es bedarf in der Tat einer sehr mutigen Persönlichkeit, um diese Aufgabe wieder aufzunehmen. Khans Nachfolger wird begreifen, dass die USA bei jeder weiteren Konfrontation mit Israel und Washington nicht zögern werden, den IStGH zu zerschlagen und damit die einzige wirksame Bremse für die Verbrechen mächtiger Staaten zu beseitigen.

Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Versammlung der Vertragsstaaten – das politische Gremium, das Khan abgesetzt hat – von seinem Nachfolger hinter verschlossenen Türen Zusicherungen verlangen wird, dass der neue Chefankläger sich zuverlässig an den Grundsatz der Straffreiheit für Israel und den Westen hält. Nur jemand, der weniger bereit ist, für Unruhe zu sorgen, hat überhaupt eine Chance, ernannt zu werden.

Das war die unmissverständlichste Botschaft der Versammlung, als eine Mehrheit der Mitgliedstaaten dafür stimmte, Khan loszuwerden. Das kurzlebige Experiment, einen Mechanismus zur Durchsetzung des Völkerrechts zu schaffen, ist vorbei. Wir sind wieder beim Gesetz des Dschungels angelangt.

Hunderttausende Menschen auf der ganzen Welt – wahrscheinlich sogar Millionen – werden nun den kriminellen Machenschaften räuberischer Staaten noch stärker ausgesetzt sein. Anders als Khans Ankläger werden sie wohl kaum jemals vor Gericht erscheinen.

Quellen:

[11] (14.07.2026): „Mr Karim Khan is suspended from his practice as a barrister". Bar Standards Board. *<https://www.barstandardsboard.org.uk/resources/resource-library/mr-karim-khan-is-suspended-from-his-practice-as-a-barrister.html>*

[12] Tommy Pigott (24.07.2026): „Karim Khan is a quintessential example of the ICC's corruption and abuse of its supposed authority. It is good that he is gone, but he is only one small cog in this irredeemably corrupt institution. Today's outcome will have no impact on the United States' plans to dismantle the ICC.". X. *<https://x.com/statedeptspox/status/2080768144587509966>*

[13] Guy Azriel (24.07.2026): „Against the backdrop of the dismissal of International Criminal Court Prosecutor Karim Khan, a senior Israeli official tells me that Israeli Foreign Minister Gideon Sa'ar played an active role in efforts to advance the move. According to the official, Sa'ar oversaw a dedicated task force and employed intensive diplomatic efforts aimed at securing Khan's removal from office.". X. *<https://x.com/guyaz/status/2080723216306225543>*

[14] Hillel Neuer (25.07.2026): „No more immunity for international officials who abuse their offices. ICC prosecutor Karim Khan sexually abused his employees. Our campaign to remove him succeeded — he's just been fired. You're next, @FranceskAlbs. Your support for Hamas terrorism will have consequences.". X. *<https://x.com/HillelNeuer/status/2081094445475172436>*

Abo-Bestellschein mit Einzugsermächtigung/SEPA-Lastschrift

Hiermit ermächtige ich Free21Abo, Tobias Augenbraun, bis auf Widerruf, die Gebühren für das Aktiv-Abonnement von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die Lastschriften einzulösen. Die obenstehenden Hinweise habe ich gelesen und verstanden.

Kontoinhaber

Vorname, Nachname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

E-Mail:

Abweichende Lieferanschrift:

Vorname, Nachname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

IBAN

BIC

Kontoführendes Institut:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers

Gläubiger-Identifikations-Nr.: DE19 ZZZ 0000 2868 596

Mandatsreferenz-Nr.
(wird von Free21 ausgefüllt)

Abschicken an: Free21Abo, Tobias Augenbraun, Gießener Straße 66, 35415 Pohlheim

Dieser Text wurde zuerst am 17.09.2026 auf www.therealnews.com unter der URL ‹https://therealnews.com/fernando-cerimedo-trump-latin-america› veröffentlicht.
Lizenz: Michael Fox, Under the Shadow, The Real News Network, CC BY-ND 4.0



Außenminister Marco Rubio trifft sich am 7. März 2026 auf dem „Shield of the Americas"-Gipfel in Doral, Florida, mit dem bolivianischen Präsidenten Rodrigo Paz Pereira. Mit dabei Fernando Cerimedo (Vorne rechts.). (Offizielles Foto des Außenministeriums von Freddie Everett, Public Domain)

Fernando Cerimedo: Trumps **Einmischung** in die Wahlen in Lateinamerika enthüllt

Fernando Cerimedo. Ein Name, den Sie wahrscheinlich noch nie gehört haben, es sei denn, Sie verfolgen das Geschehen in Lateinamerika sehr aufmerksam. Er wird als „MAGAs-Mann" in Lateinamerika bezeichnet. Und er steht im Mittelpunkt eines schockierenden Skandals, bei dem es um „versuchten Femizid", Wahlmanipulationen, Fake News, Desinformation und einflussreiche politische Verbindungen zu rechtsextremen Präsidenten in ganz Lateinamerika und sogar zum Weißen Haus unter Donald Trump geht.

Autor: Michael Fox



Michael Fox ist Multimedia-Journalist und Radio-Reporter mit Sitz in Lateinamerika.

Er hat den größten Teil der letzten 20 Jahre in der Region verbracht. Er ist ehemaliger Redakteur des „NACLA Report on the Americas", ehemaliger Leiter der Videoproduktion bei teleSUR English sowie Moderator, Reporter und Produzent der Podcasts „Brazil on Fire" und „Under the Shadow". Er hat ausführlich aus ganz Lateinamerika für NPR, „The World" von PRX, DW, „The Nation", „Business Insider", „The Intercept", AJ+, TRT World, „The Real News" und zahlreiche andere Medien berichtet. Seine neueste Podcast-Reihe heißt „Stories of Resistance".

In Lateinamerika ist das eine Riesensache, auch wenn es in den Vereinigten Staaten bisher weitgehend unter dem Radar geblieben ist. Der Skandal hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Legitimität von Wahlen auf dem gesamten amerikanischen Kontinent, darunter auch Wahlen, bei denen US-Präsident Donald Trump im vergangenen Jahr seinen Einfluss geltend gemacht hat. Wahlen, bei denen rechte Politiker knappe, aber überraschende Siege errungen haben. Und in Brasilien und anderswo stehen wichtige Wahlen an.

Dies ist Folge 14 von *Under the Shadow*, Staffel 2 [1].

Publiziert auf Free21 am 21.10.2026, 6:00 Uhr

Under the Shadow [2] ist eine investigative Podcast-Reihe, die einen Blick in die Vergangenheit wirft und die Geschichte der Vergangenheit erzählt, indem sie bedeutende Orte der Gegenwart besucht. Staffel 2 reagiert in Echtzeit auf den Angriff der Trump-Regierung auf Lateinamerika.

Folgen Sie „Under the Shadow" auf Spotify [3] und bei Apple Podcasts [4]. Moderiert von dem in Lateinamerika ansässigen Journalisten Michael Fox [5]. Dieser Podcast wird in Zusammenarbeit zwischen The Real News Network [6] und NACLA [7] produziert und wird unter anderem von Global Exchange [8] unterstützt.

Titelsong von Michael Fox' Band Monte Perdido [9]. Das 2024 erschienene Album „Ofrenda" von Monte Perdido ist auf Spotify [10], Deezer [11], Apple Music [12], YouTube [13] oder überall dort erhältlich, wo Sie Musik hören.

Weitere Musik von Blue Dot Sessions und Epidemic Sound.

Skriptbearbeitung: Heather Gies [14]. Moderation, Text, Produktion, Abmischung und Schnitt: Michael Fox [15].

Gäste:
Jake Johnston [16]
Maria Martha Bruno [17]

Michael Fox: Fernando Cerimedo. Ein Name, den Sie wahrscheinlich noch nie gehört haben, es sei denn, Sie verfolgen das Geschehen in Lateinamerika sehr aufmerksam. Er wird als „MAGAs-Mann" in Lateinamerika bezeichnet. Und er steht im Mittelpunkt eines schockierenden Skandals, bei dem es um „versuchten Femizid", Wahlmanipulationen, Fake News, Desinformation und einflussreiche politische Verbindungen zu rechtsextremen Präsidenten in ganz Lateinamerika und sogar zum Weißen Haus unter Donald Trump geht. In Lateinamerika ist das eine Riesensache, auch wenn es in den Vereinigten Staaten bisher weitgehend unter dem Radar geblieben ist. Der Skandal hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Legitimität von Wahlen auf dem gesamten amerikanischen Kontinent, darunter auch Wahlen, bei denen US-Präsident Donald Trump im vergangenen Jahr seinen Einfluss geltend gemacht hat. Wahlen, bei denen rechte Politiker knappe, aber überraschende Siege errungen haben. Wie der Sieg der Rechten unter Anwalt Abelardo de la Espriella gegen den linken Kandidaten Ivan Cepeda in Kolumbien im Juni. Er gewann mit einem Vorsprung von weniger als 1 Prozent der Stimmen.

Donald Trump: Er rief mich um 20:30 Uhr an, nur um sich ganz herzlich bei mir zu bedanken. Und ich sagte: „Du hast einen tollen Wahlkampf geführt." Er ist LT Gray, oder? (Anm. d. Red.: Bei LT Gray handelt sich um eine große Reinigungsfirma in den USA.)

Journalist: Und was erwarten Sie für die Beziehungen mit Kolumbien? Gut, …

Donald Trump: *Viel bessere. Es wird besser. Er wird ein großartiger Präsident sein.*

Michael Fox: Und es stehen wichtige Wahlen in Brasilien und andernorts an. Fangen wir an. Das ist er, Fernando Cerimedo, wie er vor Chiles neuem rechtsextremen Präsidenten, Antonio Kast, einen von Menschen gesäumten Flur entlangläuft. Cerimedo legt ihm eine Hand auf den Rücken und führt ihn in einen Nebenraum, wo er sich mit einer Gruppe von Männern in Anzügen trifft. Cerimedo ist ein 45-jähriger Stratege und Publizist aus Argentinien. Er ist Mitbegründer des rechtsgerichteten argentinischen Online-Mediums „La Derecha Diario". Und in den letzten Jahren hat er sich zum wohl bekanntesten politischen Berater der extremen Rechten in Lateinamerika entwickelt. Doch wie wir in dieser Folge sehen werden, ist er viel mehr als nur ein Berater. Ich denke, man könnte ihn als „Wahlmanipulator" („election fixer") bezeichnen – und zwar nicht auf eine demokratische Art und Weise.

Jake Johnston: Es gab also sozusagen ein Netzwerk rechtsextremer Führer, die große Verbundenheit untereinander gezeigt haben, sich gegenseitig in ihren Ländern besucht und unterstützt haben – ein umfangreiches Netzwerk sozusagen. Und dahinter verbirgt sich eine Art digitale Infrastruktur, die aufgebaut wurde, um diese neue Welle rechtsextremer Politiker in Lateinamerika zu unterstützen.



Jake Johnston vom Center for Economic and Policy Research.

Michael Fox: Ich bat Jake Johnston vom *Center for Economic and Policy Research* hier den Hintergrund zu erläutern.

Jake Johnston: Ich meine, wenn Sie Zeit in den Sozialen Medien verbracht haben, haben Sie die Bots gesehen, möglicherweise wurden Sie von den Bots sogar angegriffen. Das passiert jeden Tag, und man kann es bei all diesen Wahlen beobachten, viele davon, sollte man erwähnen, waren sehr enge Wahlen. Ich meine, weniger als ein Prozentpunkt trennt den Sieger vom Verlierer. Und während des letzten Jahrs, der letzten eineinhalb Jahre, gab es eine prominente Persönlichkeit, die gewissermaßen durch die gesamte Hemisphäre zog und viele dieser Wahlsiege für sich beansprucht. Und genau dieser Mann, ein argentinischer Politikberater, der offenbar früher in Argentinien Taxi fuhr und sich sozusagen an die Spitze der lateinamerikanischen Politik hochgearbeitet hat, ist Fernando Cerimedo.

Michael Fox: Aus diesem Grund reden wir gerade alle über ihn.

Am 18. August 2026 wurde Cerimedo am Flughafen Viru Viru in Bolivien festgenommen, nachdem er versucht hatte, einen Flug nach Buenos Aires in Argentinien zu besteigen. Ihm wurde vorgeworfen, einen Mordauftrag gegen seine schwangere Freundin erteilt zu haben. Sie heißt Nadia Beller. Sie ist eine bolivianische Rechtsanwältin und politische Analystin. Sie ist eine ehemalige Unterstützerin des linken Präsidenten Evo Morales, bevor sie zu einer entschiedenen Kritikerin

wurde. Am Tag zuvor war sie vor einem Hotel in der bolivianischen Stadt Santa Cruz de la Sierra von zwei bewaffneten Männern dreimal angeschossen worden. Dies ist eine der konservativsten Regionen des Landes und das Herzstück der bolivianischen Landwirtschaft. Sie überlebte. Von ihrem Krankenhauszimmer aus bat sie darum, mit der Presse sprechen zu dürfen.

Dies ist das Video. Sie finden es Online. Sie liegt in einem Krankenhausbett, das Kopfende ist leicht angehoben, sodass sie quasi aufrecht sitzt. Sie trägt einen weiß-grau gestreiften Krankenhauskittel. Sie hat mehrere Verbände und ist an einige Geräte angeschlossen. Sie klingt erschöpft. „Ich habe darum gebeten, dass DTV anwesend ist, um eine Live-Erklärung abzugeben, weil sie versucht haben, mich zum Schweigen zu bringen“, sagt sie. „Und ich bin mir absolut sicher: Wenn ich mich nicht an das bolivianische Volk wende, werden sie das zu Ende bringen, was sie heute versucht haben. Sie werden mich umbringen.“ Sie spricht 15 Minuten lang über ihre Beziehung zu Fernando Cerimedo, über seine körperliche Gewalt, seine Seitensprünge und anderes. Und dann deckt sie Skandale um Cerimedo und seine schmutzigen politischen Machenschaften in der gesamten Region auf, die bis in die höchsten, allerhöchsten Kreise reichen.

Sie berichtet über Cerimedos Verbindungen zu Brad Parscale, Trumps ehemaligem Wahlkampfleiter, und bezeichnet Parscale als Mitglied der CIA. Sie schildert ihre persönlichen Erkenntnisse über Korruption, an denen Cerimedo sowie Boliviens neuer rechter Präsident Rodrigo Paz und dessen Familie beteiligt waren. Paz ist der älteste Sohn des ehemaligen bolivianischen Präsidenten Jaime Paz Zamora. Er wurde in Spanien geboren, studierte in den Vereinigten Staaten, und Fernando Cerimedo verhalf ihm im vergangenen Jahr zum Präsidentenamt. „Die Regierung ist am stärksten daran interessiert, mich zum Schweigen zu bringen“, sagt sie. „Rodrigo Paz, seine Frau und seine Familie schließen die größten Geschäfte mit den Maklern und mit allen Versicherungsgesellschaften der staatlichen Unternehmen ab. Sie sind es, die die Maklerprovision aushandeln.“ „Hast du dafür Beweise?“ fragt der Mann der sie interviewt aus dem Off. „Ich habe Beweise für viele Auswüchse“, sagt sie. Außerdem beschreibt sie ausführlich Cerimedos Einfluss in Bolivien und im Ausland.

„Rodrigo Paz regiert hier nicht“, sagt sie. „Fernando Cerimedo regiert, und sie werden es absolut decken. Er leitet eine Polizeieinheit, die angeblich in der Umgebung des Hotels im Einsatz ist, in das er mich geschickt hat.“ Das war das Hotel, wo sie angeschossen wurde. All das ist nur die Spitze des Eisbergs über Cerimedo, seine ausgetüftelten Desinformationskampagnen und die Wahlsiege der Rechten, zu deren Erringung er in der gesamten Region maßgeblich beigetragen hat.

Jake Johnston: Das hat eine Tür zu einer Welt geöffnet, die weitestgehend geschlossen war. In denke, das ist der interessante Teil der Geschichte. Was sagt das über die umfassendere Infrastruktur aus, die in der Region und wahrscheinlich auch anderswo auf der Welt existiert. Sie nutzen digitale Sturmtruppen, Bots, Desinformation und polarisierende Medien, um Wahlergebnisse zu beeinflussen, selbst an den Rändern, wo dies enorme Auswirkungen haben könnte, auch wenn die Maßnahme an sich eher klein erscheint.

Michael Fox: Es ist der 10. Februar dieses Jahres. Ein leidenschaftlicher Mann hält auf einer Bühne in Mar-a-Lago, Florida, eine Rede auf Spanisch. Das ist Trumps Gala zum Wohle der hispanischen Bevölkerung. An der Rückwand der Bühne prangt ein Logo mit einem Stierkopf und der Aufschrift „Latino Wall Street“, einer spanischsprachigen Finanzwebsite. Der Mann auf der Bühne heißt Eduardo Bolsonaro, er ist der Sohn des ehemaligen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro und der Bruder des derzeitigen rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten Flavio Bolsonaro. Eduardo trat 2025 von seinem Amt als Kongressabgeordneter zurück und zog in die Vereinigten Staaten, nachdem gegen ihn Ermittlungen eingeleitet wurden, weil er versucht hatte, Druck auf den Obersten Gerichtshof auszuüben, um seinen Vater zu verteidigen, der sich derzeit wegen Verschwörung zum Staatsstreich unter Hausarrest befindet. Die Familie Bolsonaro zählt zu den engen Verbündeten von Präsident Trump, und Eduardo Bolsonaro unterhält enge Beziehungen zu Trumps ehemaligem Wahlkampfleiter Steve Bannon. Auf der Bühne lobt Eduardo Bolsonaro Fernando Cerimedo. Berichten zufolge kennen sie sich schon seit Jahren, nämlich seit 2010, als sie sich in den Vereinigten Staaten kennenlernten.

Eduardo bittet Cerimedo auf das Podium. „Es ist mir also eine große Freude und Ehre“, sagt er, „Fernando Cerimedo hier auf die Bühne zu bitten, einen mutigen Argentinier, der den Mut hatte, die schlimmen Dinge anzuprangern, die in der Welt geschehen.“

Eduardo Bolsonaro überreicht Fernando Cerimedo die Auszeichnung als bester hispanischer Politikberater des Jahres. Cerimedo trägt einen schwarzen Anzug, ein weißes Hemd und eine schwarze Krawatte. Er hat eine Glatze. Fernando und Eduardo umarmen sich und posieren anschließend mit einer kleinen Statue für die Kameras. Dann geht Cerimedo zum Podium. „2025 war ein sehr gutes Jahr für uns. Zusammen mit unserem Team haben wir zwei Wahlen gewonnen“, sagt er, „in Bolivien und in Honduras.“ Cerimedo richtet außerdem einen Gruß an die bolivianische First Lady und ihre Tochter, die sich seiner Aussage nach im Publikum befinden. Anschließend wendet sich Cerimedo um und bedankt sich für seine Verbindung zur Trump-Regierung.



Brad Parscale, ehemaliger Berater Donald Trumps. Nadia Beller behauptete in einem Interview, dass er CIA-Agent wäre. (Bild: Cody Glenn, Web Summit via Sportsfile, Flickr, CC BY 2.0)

Publiziert auf Free21 am 21.10.2026, 6:00 Uhr

Fernando Cerimedo: *Ich möchte etwas auf Englisch sagen. Vielen Dank an Brad Parscale, der mir stets vertraut und mir seine Technologie zur Verfügung gestellt hat, sowie an Tim Dunn, der in Lateinamerika den Kampf gegen den Sozialismus führt. Danke Brad.*

Michael Fox: Tim Dunn ist ein mit Trump verbündeter Geschäftsmann aus Texas. Er ist in der Öl- und Gasbranche tätig und ein großer finanzieller Förderer konservativer Anliegen. Brad Parscale, falls Sie sich erinnern, wurde von Cerimedos Freundin im Krankenhaus Interview erwähnt. Sie sagte, er hätte Verbindungen zum US Geheimdienst. Er ist ein digitaler Berater mit engen Verbindungen zum Weißen Haus und zu Mar-a-Lago. Er war sowohl bei Trumps Wahlkampf 2016 als auch 2020 für den Bereich digitale Medien verantwortlich. Seit 2025 ist er Chief Strategy Officer bei der rechtsgerichteten, christlich-konservativen Mediengruppe Salem Media Group. Im Mai berichtete *The Intercept*, dass er von der israelischen Regierung engagiert worden sei, um in konservativen Medien pro-israelische Standpunkte zu verbreiten. Cerimedo beendet seine Dankesrede:

„Die Botschaft, die ich vermitteln möchte, ist, dass es nicht darum geht, Wahlen zu gewinnen", sagte er zu den Anwesenden. „Das kann sogar einfach wirken. Wenn wir unseren Kandidaten nicht dabei helfen, so zu regieren, dass die Linke nie wieder an die Macht kommt, wird unsere Arbeit niemals beendet sein. Also lasst uns den Kulturkampf weiterführen. Dabei geht es nicht nur darum, Wahlen zu gewinnen und Ämter zu übernehmen. Es geht um den täglichen Kampf dafür, die Freiheit in Lateinamerika wieder zurückzugewinnen. Vielen Dank an alle und Gute Nacht", sagte Fernando Cerimedo. Dieser Typ ist kein gewöhnlicher Politikberater. Zu den Dingen, die er getan hat und ihm geholfen haben diesen Preis zu gewinnen, der ihm von Trump-Verbündeten in Mar-a-Lago verliehen wurde, gehörte der Einsatz hinterhältiger, schmutziger und anderer illegaler Mittel, um seinen Kandidaten zum Wahlsieg zu verhelfen. Kandidaten, bei denen es sich ausnahmslos um rechte oder rechtsextreme Trump-Verbündete handelt. Und angeblich hat er sogar versucht, seine eigene Freundin zu töten, um sie zum Schweigen zu bringen. Cerimedo ist zwar nur ein einzelner Mann, aber er ist Teil eines viel größeren Netzwerks.

Und für sie ist das Durchsetzen ihrer Ziele keine gewöhnliche politische Praxis innerhalb demokratischer Systeme. Wie Cerimedo bei dieser Preisverleihung erwähnte, handelt es sich hierbei um einen Kulturkampf, und sie kämpfen mit allen Mitteln, um ihn zu gewinnen. Das alles stellt viele dieser Erfolge in Frage, die die Rechte in den letzten Jahren in ganz Lateinamerika errungen hat.

Jake Johnston: Aber natürlich agiert er nicht allein, und sein Geschäftspartner in seiner Firma *Neumann Advisors*, die ursprünglich in Florida registriert wurde, ist Brad Parscale, Trumps ehemaliger Wahlkampfleiter. Und so, wie es beschrieben wurde – Cerimedo hat dazu in der Vergangenheit einige Interviews gegeben –, stellt Parscale eine Art digitale Infrastruktur bereit, die während der Wahl Trumps in den Vereinigten Staaten eingeführt wurde und nun gewissermaßen in die Region exportiert wird. Die Verbindung zu sämtlichen rechtsextremen lateinamerikanischen Politikern in diesen Netzwerken zwischen Parscale und ihnen ist Fernando Cerimedo.

Michael Fox: Jake sagt, dass ein wichtiges Sprachrohr dieses rechten Netzwerks *La Derecha Diario* sei, eine rechte Nachrichten- und Meinungswebsite, die von Cerimedo und zwei seiner Kollegen um das Jahr 2020 herum gegründet wurde. *La Derecha Diario* befindet sich mittlerweile teilweise im Besitz von Javier Negre, einem rechten spanischen Medienunternehmer und Vermittler von Desinformation.

Jake Johnston: Parallel dazu gab es diese Art von digitalem Medienunternehmen, *La Derecha Diario*, das sich gewissermaßen als wichtiger Förderer der neuen extremen Rechten in Lateinamerika einen Namen gemacht hat, mit klassischen Desinformationskampagnen und dergleichen, aber immer zur Unterstützung dieser Kandidaten. Sie waren extrem aktiv in einer Reihe von Wahlkämpfen und haben gewissermaßen begonnen, nach Mexiko zu expandieren. Und sie richten ihren Blick ganz sicher auf Brasilien. Cerimedo war Teil dieser Operation. Natürlich ist das ganze nichts Neues, nicht wahr? Ich meine, dieses Netzwerk rechtsgerichteter politischer Akteure ist seit vielen Jahren – ja, schon seit Jahrzehnten – in Spanien und Europa, aber auch in Lateinamerika äußerst aktiv, und ich verfolge die Arbeit vieler dieser Leute schon seit langem. Was sich geändert hat, ist, dass sie nun eine Regierung in Washington haben, die genau diese Agenda direkt unterstützt.

Donald Trump: *Ich habe erfahren, dass in Chile der Kandidat, den ich unterstützt habe und der zunächst nicht in Führung lag, am Ende recht locker gewonnen hat. Daher freue ich mich darauf, ihm meine Anerkennung auszusprechen. Ich habe gehört, dass er ein sehr guter Mensch ist.*

Jake Johnston: Und das hat die Sache gewissermaßen auf eine andere Ebene gehoben und sicherlich auch einfach eine Menge Geld in die Taschen vieler Menschen gespült, die ein Interesse daran haben, diese neue extreme Rechte in Lateinamerika zu fördern.

Michael Fox: Zum anderen wissen wir eigentlich gar nicht, wie groß das Ganze wirklich ist. Wir haben Hinweise. Viele davon sind wirklich besorgniserregend, aber es lassen sich nicht alle Zusammenhänge erkennen. Behalten Sie das bitte im Hinterkopf. Es wurde berichtet, dass Cerimedo in den letzten vier Jahren in mindestens sieben Ländern, darunter Argentinien, Chile, Kolumbien, Ecuador, Honduras, Bolivien und Peru, eine Rolle bei den politischen Erfolgen der Rechten und der extremen Rechten gespielt hat. Der Ort, den ich jedoch als Erstes besuchen möchte, ist ein Ort in Brasilien Ende 2022, bevor all dies geschah. Es ist Wahlnacht, der 30. Oktober 2022. Der ehemalige brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva gewinnt die Wahl mit knappem Vorsprung und besiegt damit den Trump-Verbündeten und amtierenden rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro – ein großer Sieg für die Linke. Doch am nächsten Morgen gehen Bolsonaro-Anhänger aus Protest auf die Straße und behaupten, die Wahl sei manipuliert worden. Eine Behauptung, die Bolsonaro selbst bereits vor der Wahl verbreitet hatte.

Sie blockierten Autobahnen. Sie veranstalteten Mahnwachen vor Militärkasernen und forderten die Streitkräfte des Landes auf, sich zu erheben, um das Wahlergebnis zu kippen.

Inmitten dieses Chaos wird Eduardo Bolsonaro, der Sohn von Jair Bolsonaro, von dem wir bereits berichtet haben, von einem rechten argentinischen Online-Medium interviewt, wo er Lügen über das brasilianische Wahlsystem verbreitet. Das Interview wurde nur drei Tage vor der Wahl ausgestrahlt. Laut damaligen Medienberichten verzeichnete das Video mehr als 400.000 Zuschauer in der Live-Übertragung. Daran erinnere ich mich. Das war eine große Sache, denn was Eduardo Bolsonaro getan hat, war in Brasilien tatsächlich illegal. Man darf das Wahlsystem des Landes nicht herabwürdigen, insbesondere nicht nur wenige Tage vor der Wahl. Deshalb hat Eduardo Bolsonaro die Live-Übertragung aus Argentinien gemacht. Jedenfalls ist den meisten von uns erst kürzlich klar geworden, dass der Mann, der Eduardo Bolsonaro während dieser Live-Sendung interviewt hat, Fernando Cerimedo war und dass es sich bei dem Sender um Cerimedos *La Derecha Diario* handelte. Das ist sozusagen die strahlendste Facette Argentiniens. Was diesen Live-Mitschnitt angeht: Ich habe versucht, hier einen Ausschnitt davon abzuspielen, aber der Beitrag wurde kurz darauf in Brasilien wieder entfernt.



Eduardo Bolsonaro, der Sohn des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro, (Foto: Pablo Valadares, Câmara dos Deputados, CC BY 3.0)

Dennoch hatte es eine große Reichweite. Es wurde in WhatsApp-Gruppen und in rechtsextremen Medienkreisen geteilt. Berichten zufolge spielte dies eine wesentliche Rolle dabei, das Wahlergebnis zu untergraben und die weit verbreiteten Proteste von Bolsonaro-Anhängern im Anschluss an die Wahlen 2022 zu verschärfen.

Das ganze Aufstacheln gipfelte natürlich am 8. Januar 2023 in der Erstürmung der brasilianischen Hauptstadt durch Bolsonaro-Anhänger. Sie richteten großes Chaos an und verursachten Sachschäden in Millionenhöhe im Kongress und am Obersten Gerichtshof – in einer Nachahmung des Sturms auf das US-Kapitol vom 6. Januar 2021. In Brasilien gab es Widerstand gegen *La Derecha Diario.*

Maria Martha Bruno: Aufgrund dieser Live-Übertragung und aufgrund von Cerimedos Einmischung nach Lulas Wahlsieg hat die brasilianische Wahljustiz beschlossen, den Social-Media-Account von *La Derecha Diario* zu sperren. Sie stellten fest, dass es sich um eine Quelle für Falschmeldungen und Gerüchte handelte, die von den brasilianischen Behörden bereits umfassend widerlegt worden waren.



Maria Martha Bruno, Jornalistin bei Agência Pública.

Michael Fox: Maria Martha Bruno ist Journalistin bei Agência Pública, der größten gemeinnützigen investigativen Nachrichtenzentrale Brasiliens. Dieses Medium führte im Jahr 2023 eine eingehende Untersuchung zu den sogenannten digitalen Milizen und dem Einsatz von Internet, Bots, Desinformation, Fake News und Medienmanipulation durch, um Meinungen und Wahlen in ganz Lateinamerika zu beeinflussen.

Maria Martha Bruno: Die Untersuchung trägt den Namen „Digital Mercenaries“. Fernando Cerimedo ist eine zentrale Figur in diesem Ökosystem, da er zwischen Brasilien und Argentinien hin- und herpendelte und, wie wir kürzlich erfahren haben, auch am Wahlprozess in Honduras im Jahr 2025 beteiligt war.

Michael Fox: Maria Martha hat für ihren Bericht tatsächlich mit Cerimedo gesprochen.

Maria Martha Bruno: Als Fernando Cerimedo jedoch mit unseren Partnern bei *Central Latin American* sprach, gab er in einigen Interviews tatsächlich zu, dass er, nur um seine These zu untermauern, die Tatsachen verdreht und viele Informationen aus dem Zusammenhang gerissen hatte. Er räumte ein, dass dies gewissermaßen seine Strategie gewesen sei.

Michael Fox: Diese Strategie wurde in der gesamten Region umgesetzt. Im vergangenen Monat interviewte die brasilianische Zeitung *Folha de São Paulo* Nadia Beller zu Fernando Cerimedos Aktivitäten – zur Manipulation von Wahlen in ganz Lateinamerika. Zur Erinnerung: Beller ist Cerimedos Ex-Freundin, die er angeblich umbringen wollte. Dieses Video wurde acht Tage nach dem Attentat auf sie veröffentlicht. Sie liegt im Bett und schaut auf ein Handy, über das sie das Interview führt. Sie sprach über die Fälle, an die sie sich erinnert, in denen Cerimedo im Vorfeld der Wahl Bots einsetzte, um die öffentliche Meinung im Internet zu beeinflussen.

„Das wusste ich schon in Honduras“, sagt sie. „Das wusste ich schon in Chile, bei der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung. Ich wusste, dass sie es in Brasilien, in Bolivien, natürlich auch in Argentinien und in Kolumbien tun würden, aber ich glaube, sie sind nicht dazu gekommen. Ich glaube es lag möglicherweise an ökonomischen Vereinbarungen, die noch nicht abgeschlossen waren, oder sie hätten es mir später gesagt, dass sie es getan hätten, wenn überhaupt.“ Aber

Publiziert auf Free21 am 21.10.2026, 6:00 Uhr

es gab auch Verhandlungen mit Spanien, sagt sie. Ich weiß nicht, ob Sie das mitbekommen haben, aber sie hat gesagt, dass er 2022 sogar Jair Bolsonaros digitale Wahlkampagne in Brasilien unterstützt habe.

Maria Martha Bruno: Fernando Cerimedo ist ein sehr wichtiges Beispiel für eine Schlüsselfigur, die all diese Fäden in ganz Lateinamerika zusammenführt und dazu beiträgt, dieses äußerst erfolgreiche Ökosystem der digitalen Kommunikation voranzutreiben, das der Rechten und der extremen Rechten in den letzten rund acht Jahren zugutekam.

Michael Fox: Das brasilianische Medium berichtete, dass Ermittler bei einer Untersuchung von Cerimedos Immobilien eine Mini-Bot-Farm im Wert von mehr als 40.000 US-Dollar entdeckt hätten, die über eine digitale Infrastruktur zur Koordination von Kampagnen in den sozialen Medien verfügte.

Jake Johnston: Es gab eine Menge Vorwürfe. Ich meine, er hat sogar damit geprahlt, dass er Hunderttausende von Bots und ähnliches unter seiner Kontrolle hat. Und ich denke, wir müssen uns einen Moment Zeit nehmen, um darüber nachzudenken: Okay, lassen wir mal alle rechtlichen Aspekte und Ähnliches beiseite – ob es sich nun um Wahlbeeinflussung, Wahlbetrug oder etwas anderes handelt – lassen wir das einfach mal beiseite. Ich meine, könnte das einen Einfluss auf diese Wahlen gehabt haben? Und ich glaube, wenn man sich das einmal genauer ansieht, sagt man: „Nun, bei diesen Wahlen, bei denen der Abstand zwischen Gewinner und Verlierer weniger als 1% beträgt, ja, da könnten solche Eingriffe einen wirklich tiefgreifenden Einfluss darauf gehabt haben, die heutige Erzählung über den Rechtsruck in Lateinamerika zu gestalten, und inwieweit diese Darstellung tatsächlich das Ergebnis einer Art digitaler Armee aus Leuten ist, die alle auf die eine oder andere Weise mit Cerimedo in Verbindung stehen und deren Verbindungen bis zu Trump reichen."

Donald Trump: Wenn Leute mich mögen, mag ich sie auch. Das ist ganz einfach. Es ist eine ganz einfache Gleichung, und ich mag ihn. Er hat wirklich nette Dinge über mich und die Arbeit gesagt, die wir in den Vereinigten Staaten geleistet haben, und das war sehr, sehr überzeugend.

Michael Fox: Die Sache ist die – und Jake hat das bereits angesprochen: Dieser Cerimedo-Skandal hat einen Einblick in die hinterhältigen oder schmutzigen Manöver gewährt, die ein Mann, teilweise im Auftrag der Trump-Regierung, unternommen hat, um Wahlen für die extreme Rechte in Brasilien zu gewinnen. Wir wissen jedoch nicht wirklich, in welchem Umfang hinter den Kulissen gehandelt wurde, um die Wahl zu beeinflussen.

Jake Johnston: Man muss allerdings bedenken, dass wir eigentlich nicht viel darüber wissen, was diese Leute gemacht haben, oder? Ich meine, das ist hoffentlich das, was wir durch diese Ermittlungen in Bolivien erfahren können – durch eine, wie ich finde, weitaus stärkere Berichterstattung der US-Medien über die Rolle von Brad Parscale und den mit ihm verbundenen Trump-Vertrauten sowie darüber, was sie tatsächlich tun. Was ist die Verbindung? Inwiefern haben sie diese Kampagnen unterstützt oder mit ihnen zusammengearbeitet?

Michael Fox: Wir erhalten einen Einblick in die Maßnahmen, die Cerimedo ergriffen hat, um mutmaßlich der Rechten im vergangenen Jahr in Honduras zur Rückkehr an die Macht zu verhelfen, und diese sind äußerst besorgniserregend.

Honduras. Es ist kurz nach den Wahlen im Land am 30. November 2025. Das Rennen war so knapp, dass der Sieger erst in einigen Wochen bekannt gegeben wird.

Der konservative Kandidat Nasry Asfura trat gegen den Linken Rixi Moncada und den Zentristen Salvador Nasralla an. Die linke Libre Partei hat das Land in den vergangenen vier Jahren regiert. Bis dahin hatte die US-gestützte rechte Nationalpartei die Präsidentschaft durch Gewalt, Unterdrückung und Wahlbetrug an sich gerissen. Nach dem Staatsstreich von 2009 übernahmen sie die Macht. Der Präsident, der das Land während eines Großteils dieser Zeit mit eiserner Hand regierte, hieß Juan Orlando Hernández. Zu diesem Zeitpunkt im vergangenen Jahr saß er in einem Gefängnis in West Virginia eine 45-jährige Haftstrafe wegen Drogenhandels ab. Wir haben uns in Folge 12 zum Thema „Honduras-Gate" ausführlich damit beschäftigt. Falls Sie das verpasst haben, können Sie zurückgehen und es sich noch einmal anhören. Aber die Sache ist die: Es gibt einen neuen Audioausschnitt über Honduras, der erst letzten Monat veröffentlicht wurde. Es handelt sich um eine 1:30 Min. lange Sprachnachricht des Politikberaters Fernando Cerimedo an ein Mitglied des Wahlkampfteams von Nasry Asfura.

Er ist der Kandidat der Rechten, ein Verbündeter Trumps und der Mann, der Ende Dezember nach einer langwierigen Nachzählung zum Präsidenten erklärt wird. Ich muss Ihnen einfach erzählen, dass diese Sprachnachricht bei mir Gänsehaut verursacht. Darin sagt Cerimedo, man brauche sich keine Sorgen darüber machen, dass sie die Wahlen manipulieren, wo nötig Wahlurnen füllen und Stimmen an anderen Orten wieder herausnehmen. Das alles geschah mit Unterstützung von Angehörigen der Streitkräfte, die in den Wahllokalen stationiert seien. Cerimedo ist von ihrem Sieg überzeugt.

„Ja, aus all dem lässt sich nur eines schließen: In dem Gebiet, aus dem gerade die Stimmen eingehen, gewinnt Tito", sagt Cerimedo. Tito ist der Spitzname von Nasry Asfura, dem Kandidaten der Nationalpartei, der nun Präsident ist. „Zweitens wurden an den Orten, an denen mehr Stimmen für die Nationalpartei eingehen, die Stimmen anderer Kandidaten herausgerechnet, sofern solche vorhanden waren. Das wird gerade geklärt", sagt er. „Wir haben bereits die Zahlen. Soweit ich das sehe, sind die Leute in den Streitkräften bereits eingeteilt. Es scheint, als würde alles gut laufen", sagt er. „Wenn wir die Stimmen haben und wissen, wo wir die Wahl verloren haben, setzen wir dort mehr Stimmen ein, und sie sprechen mit jedem in jedem Wahllokal. Das ist alles, was zählt. Wir müssen uns keine Sorgen machen", sagt er.

Diese Audioaufnahme wurde letzten Monat von Marlon Ochoa veröffentlicht. Er ist ein ehemaliges Mitglied des Wahlprüfungsgerichts des Landes, der aufgrund von Morddrohungen gegen ihn aus Honduras fliehen musste. Er sagte, er habe die Audioaufnahmen im Dezember 2025 übergeben, noch bevor die Wahlergebnisse endgültig feststanden, doch die

Ermittlungen kamen nicht voran, und die Wahlbehörden bestätigten Asfuras Sieg ohne weitere Prüfung. Ochoa gab nicht preis, wie er an die belastenden Tonaufnahmen gekommen ist.

Ich habe noch so viele Fragen. Hat Cerimedo die Wahlen wirklich zugunsten von Nasry Asfura manipuliert? Wenn ja, wussten die Vereinigten Staaten davon? Wusste es Israel? Beide sind treue Verbündete des ehemaligen rechten Präsidenten Juan Orlando Hernández, der wegen Drogenhandels zu einer jahrzehntelangen Haftstrafe in einem US-Gefängnis verurteilt wurde und dem Trump kurz nach der Wahl im vergangenen Jahr eine Begnadigung gewährte. Und die wichtigste Frage: Wenn Cerimedo die Wahlen in Honduras manipuliert hat, hat er das dann auch anderswo getan? In Argentinien, Chile, Kolumbien, Ecuador, Bolivien, Peru?

Auch wenn er nicht überall Stimmzettel gefälscht hat, ist doch klar, dass er bereit war, alle notwendigen Mittel einzusetzen, damit seine Kandidaten gewählt werden, einschließlich der Verbreitung von Desinformation oder Fake News während des Wahlkampfs, sogar über das Wahlsystem des Landes selbst. Und das ist „MAGAs-Mann in Lateinamerika". Die Demokratie selbst ist in Gefahr. Cerimedo befindet sich derzeit in Haft. Gegen ihn wird wegen versuchten Femizids ermittelt. Viele seiner ehemaligen treuen Verbündeten versuchen sich von ihm zu distanzieren.

Jake Johnston: Dies war also ein riesiger Skandal, und die Ermittlungen in Bolivien haben sich ausgeweitet und erstrecken sich nun nicht mehr nur auf Femizide, sondern auch auf illegale Bereicherung und den Schutz von Drogenhändlern.

Damit laufen derzeit in Bolivien mindestens drei Ermittlungen. Und besonders schockierend ist gerade die Art und Weise, wie all die Politiker, die noch vor wenigen Monaten recht eng mit Cerimedo zusammengearbeitet haben, nun ihre Hände in kompletter Unschuld waschen. Ich weiß nicht, wer dieser Typ ist.

Rodrigo Paz, der neue Präsident Boliviens, sagt: „Ach, er war ein bisschen am Wahlkampf beteiligt, aber ich weiß nicht, wer er ist." Es gibt Fotos von ihm bei einem Treffen mit Marco Rubio und dem bolivianischen Präsidenten, die erst vor ein paar Monaten aufgenommen wurden. Das läuft also sozusagen nach dem Motto: „Eine Hand wäscht die andere." Das Gleiche hat man in Argentinien gesehen, wo Cerimedo sehr stark in den Wahlkampf von Javier Milei involviert war.

Nun sagte Milei: „Oh nein, er hat nichts mit uns zu tun." Natürlich ist gerade erst bekannt geworden, dass er die Casa Rosada im letzten Jahr 14 Mal besucht hat. Das sieht man also überall in der Hemisphäre. Er war offensichtlich sehr stark in Honduras aktiv und trat in Bezug auf Honduras und diesen Wahlprozess sehr öffentlich in Erscheinung. Auch hier war der Wahlausgang wieder hauchdünn. Ich meine, das fügt sich natürlich in eine viel umfassendere Debatte über Desinformation in den sozialen Medien und deren Auswirkungen auf die Demokratie sowie auf politische Prozesse im weiteren Sinne ein. Es handelt sich zweifellos um eine Debatte, die in den Vereinigten Staaten schon seit langer Zeit sehr präsent ist und für die bevorstehenden Wahlen in Brasilien von großer Bedeutung ist.

Michael Fox: Jake sagt, es gehe nicht nur darum, was Cerimedo bei diesen anderen Wahlen getan oder unterlassen habe. Es gehe vielmehr darum, welche hinterhältigen Taktiken bei künftigen Wahlen – mit oder ohne Cerimedo – noch zum Einsatz kommen könnten, und zwar nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in Spanien und anderswo, wo rechte Parteien an Boden gewinnen.

Jake Johnston: Es gibt viele Leute, die versuchen, aus den politischen Veränderungen in Lateinamerika Kapital zu schlagen, und sie können ihren Zugang zur Trump-Regierung, zu diesem Abgeordneten, diesem Lobbyisten oder diesem Unternehmen verkaufen – und sie spielen diese Verbindungen hoch, um einen Auftrag oder einen Beraterjob zu ergattern. Und das ist sozusagen die schöne neue Welt der „Donroe-Doktrin" in Lateinamerika, in der es nicht nur um Cerimedo geht, sondern auch um Brad Parscale, Javier Negre und La Derecha Diario. Ich meine, das passiert überall.

Quellen:

[1] Michael Fox: „Under the Shadow". The Real News Network. <*https://therealnews.com/under-the-shadow*>

[2] ebd.

[3] Michael Fox: „Under the Shadow". Spotify. <*https://open.spotify.com/show/6himo5Ut5LtLx88A2ldpA5*>

[4] Michael Fox: „Under the Shadow". Apple Podcasts. <*https://podcasts.apple.com/us/podcast/under-the-shadow/id1708093945*>

[5] Michael Fox. Patreon. <*https://www.patreon.com/mfox*>

[6] siehe [1]

[7] Michael Fox (24.07.2024): „Hollywood and Empire | Under the Shadow, Bonus Episode 1". Nacla. <*https://nacla.org/under-shadow*>

[8] „Building People-to-People Ties for more than 30 years". Global Exchange. <*https://globalexchange.org/*>

[9] „Monte Perdido". Spotify. <*https://open.spotify.com/artist/0nexDyQCZI89JH8zsYu5wa*>

[10] „Ofrenda – Album by Monte Perdido". Spotify. <*https://open.spotify.com/album/1THq4wHHqkY8yydUMJRmWj*>

[11] Monte Perdido: „Ofrenda". Deezer. <*https://www.deezer.com/pt/album/587476202*>

[12] (19.05.2024): Ofrenda by Monte Perdido. Apple Music. <*https://music.apple.com/za/album/ofrenda/1746696244*>

[13] (27.09.2025): „Ofrenda by Monte Perdido". YouTube. <*https://www.youtube.com/playlist?list=OLAK5uy_n1lCcdFJEQczm-VSiraOuUpGcbzLxnRXs*>

[14] „Heather Gies | Editor and Journalist". <*https://www.heathergies.com/*>

[15] siehe [5]

[16] Jake Johnston. „Director of International Research". Center for Economic and Policy Research. <*https://cepr.net/people/jake-johnston/*>

[17] Maria Martha Bruno: „Coordenadora de Parcerias Internacionais". Publica. <*https://apublica.org/autor/maria-martha/*>

Publiziert auf Free21 am 21.10.2026, 6:00 Uhr

Man kann diese Lobbying-Meldungen sehen, die täglich eingehen und in denen verschiedene Personen Leute engagieren, die mit Trump in Verbindung stehen. Und so konkurrieren sie alle gewissermaßen um denselben Raum, um Einfluss zu nehmen und damit in der Region Geld zu verdienen sowie von dem politischen Interventionismus und dem Rechtsruck zu profitieren, den wir derzeit beobachten.

Und das ist eben nur ein Teil davon.

Michael Fox: Mit anderen Worten: Das beginnt und endet nicht mit Cerimedo, sondern, wie Jake Johnston zu Beginn sagte, ist dies eine Tür, die sich zu einer Welt öffnet, die bislang weitgehend verschlossen war. Und es gibt noch so viel mehr, was wir verstehen und berücksichtigen müssen, wenn es darum geht, wie US-Präsident Donald Trump seine Macht einsetzt, um Wahlen in der gesamten Region zu beeinflussen. Darum geht es beim nächsten Mal. Im Vorfeld der entscheidenden Wahlen in Brasilien im Oktober, bei denen Trump versucht, dem Sohn des ehemaligen rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro zum Wahlsieg zu verhelfen. Trump hat Zölle verhängt und das Visum des brasilianischen Botschafters in den Vereinigten Staaten entzogen, und Mitarbeiter des Außenministeriums sollen angeblich Journalisten umwerben, um die Sichtweise der USA auf die Wahlen in diesem Land zu verbreiten. Das erfahren Sie in der nächsten Folge von „Under the Shadow".

Leute, ich habe noch eine große Neuigkeit. Ich habe gerade eine neue Website namens „Pan-American Dispatch" gestartet. Es handelt sich um ein Projekt von „The Real News". Wir übersetzen täglich Artikel aus dem Portugiesischen und Spanischen ins Englische für ein US-amerikanisches Publikum. In den nächsten zwei Monaten konzentrieren wir uns ausschließlich auf die Wahlen in Brasilien und Trumps Versuche, diese zu beeinflussen. Schaut doch mal vorbei. Ihr findet uns unter panamerican-dispatch.org. Wie immer erreicht Ihr mich unter patreon.com/mfox. Dort könnt Ihr auch meine Arbeit unterstützen, monatlicher Förderer werden oder Euch anmelden, um über alle Neuigkeiten zu diesem Podcast und meine weiteren Reportagen aus Lateinamerika auf dem Laufenden zu bleiben. Dort findet Ihr jede Menge Inhalte, die exklusiv für meine Unterstützer bestimmt sind.

Vielen, vielen Dank an Jake Johnston vom CEPR und Maria Martha Bruno von Agência Pública. Es war mir eine Freude, mit Euch zu sprechen. Ich werde in den Shownotes Links zu einigen der Reportagen aus ihren Medien hinzufügen.

Weitere Quellen:

Progressive International's Investigation into Fernando Cerimedo — How to Steal a Hemisphere: Fernando Cerimedo and the Heist of Latin American Democracy. *<https://reactionary.international/investigations/how-to-steal-a-hemisphere/en/>*

Facebook não barra anúncios com desinformação sobre eleições brasileiras *<https://apublica.org/nota/facebook-nao-barra-anuncios-com-desinformacao-sobre-eleicoes/>*

You can visit Agencia Public for their reporting and analysis about Brazil. *<https://apublica.org/>*

Here is Agencia Publica's investigación, Digital Militia. *<https://apublica.org/especial/mercenarios-digitais/>*

Many thanks to Jake Johnston from the Center for Economic and Policy Research and Maria Martha Bruno, from Agencia Publica, for taking the time to speak with me and for their excellent analysis and insight. *<https://cepr.net/>*, *<http://www.apublica.org/>*

You can visit CEPR's Live Tracker on Latin America. *<https://cepr.net/publications/americas-live-updates/>*

You can check out Michael Fox's Patreon. *<https://www.patreon.com/c/mfox>*

The Beginning: Monroe and migration | Under the Shadow, Episode 1: *<https://therealnews.com/the-beginning-monroe-and-migration-under-the-shadow-episode-1>*

Panama. US Invasion. | Under the Shadow, Episode 13: *<https://therealnews.com/panama-us-invasion-under-the-shadow-episode-13>*

The legacy of Monroe | Under the Shadow, Bonus Episode 4: *<https://therealnews.com/he-legacy-of-monroe-under-the-shadow-bonus-episode-4>*

Under the Shadow unterstützen

Bitte erwägen Sie, diesen Podcast und Michael Fox' Berichterstattung über sein Patreon-Konto zu unterstützen: patreon.com/mfox. Dort finden Sie außerdem exklusive Bilder, Videos und Interviews.

Sie können Michael Fox' neuen Podcast zum Thema Meinungsfreiheit, „The Battle for Free Speech", auf Spotify abonnieren: *<https://open.spotify.com/show/033olXvh3dLzQFJc1HSd6O>*, bei Apple Podcasts: *<https://podcasts.apple.com/us/podcast/the-battle-for-free-speech/id1896829044>* oder wo immer auch immer Sie Podcasts hören.

Dieser Text wurde zuerst am 08.09.2026 auf www.untergrund-blättle.ch unter der URL ‹https://www.untergrund-blättle.ch/politik/deutschland/warum-die-afd-in-sachsen-anhalt-einen-erdrutschsieg-einfaehrt-010220.html› veröffentlicht. Lizenz: Düzgün Polat, Untergrund-Blättle, Copyleft (Public Domain)



Der Spitzenkandidat der AfD, Ulrich Siegmund, hält im Rahmen seines Wahlkampfs für die Landtagswahl 2026 in Sachsen-Anhalt eine Wahlkampfveranstaltung ab und trifft sich mit Wählern in der Magdeburger Innenstadt. (Bild: Roy Zuo, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0)

Staatsidealismus, Nation und die verdrängte Klassenfrage

Warum die AfD in Sachsen-Anhalt einen **Erdrutschsieg** einfährt

Die AfD hat die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt klar gewonnen. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis kam sie auf 43,8 Prozent; 2021 waren es 20,8 Prozent. Die CDU fiel von 37,1 auf 17,2 Prozent.

Autor: Düzgün Polat

Düzgün Polat arbeitet seit 2016 als Diversity-Trainer mit Schwerpunkt Antidiskriminierung, Social Inclusion und diskriminierungskritischer Diversitätsentwicklung. Nach seiner schulischen Ausbildung begann er in einer türkeistämmigen Community mit der Kulturarbeit. Zwischen 1999 und 2020 entwickelte er mehrere transkulturelle Formate und kuratierte unter anderem im Rahmen des Augsburger Hohen Friedensfestes oder des Beethoven-Jahre Konzerte, Ausstellungen und Theaterproduktionen.

Das ist kein Randphänomen mehr und auch kein Ergebnis, das sich mit dem Wort „Protestwahl“ erledigen lässt. [1]

Die üblichen Erklärungen der politischen Landschaft liegen trotzdem bereit. Migration. Unzufriedenheit. Ostdeutsche Kränkung. Wirtschaftliche Sorgen. Schlechte Kommunikation der Bundesregierung. [2] Jede dieser Beobachtungen kann etwas treffen. Aber sie bleiben an der Oberfläche, solange sie nicht erklären, warum sehr unterschiedliche soziale Erfahrungen politisch in dieselbe Richtung übersetzt werden: in die Erwartung, eine andere Partei müsse endlich dafür sorgen, dass der Staat wieder „für die eigenen Leute“ handelt. [3]

Genau hier liegt die Stärke der AfD. Sie bietet ihren Wählern keine Kritik am Staat als solcher gesellschaftlichen Gewalt an. Sie bestätigt vielmehr den Anspruch, den viele Bürger ohnehin an ihn richten: Der Staat soll ihr Mittel sein. Wenn er ihnen als solches nicht erscheint, muss nicht dieser Anspruch überprüft werden. Schuld sind die falschen Politiker.

Der demokratische Irrtum vom betrogenen Wähler

Es wäre deshalb theoretisch falsch, einfach zu behaupten, die etablierten Parteien „betrügen“ ihre Wähler nach jeder Wahl. Die Formulierung übernimmt bereits die Vorstellung, die Wahl erteile den Gewählten einen verbindlichen Auftrag, bestimmte private Interessen anschließend auszuführen. Genau das geschieht nicht.

Der Bürger entscheidet bei einer Parlamentswahl darüber, welches politische

Publiziert auf Free21 am 03.10.2026, 6:00 Uhr

Personal für eine bestimmte Zeit die staatliche Gewalt ausüben soll. Er stimmt nicht über jedes Gesetz, jede Steuer, jede Kürzung und jede außenpolitische Entscheidung ab. Die gewählten Abgeordneten sind keinem imperativen Mandat ihrer Wähler unterworfen. Die Regierung regiert, und ihre Entscheidungen gelten für die Bürger ohne Einschränkung und unabhängig davon, ob diese gerade damit einverstanden sind.

Das heißt nicht, dass Wahlversprechen bedeutungslos wären. Sie sind das Material der Konkurrenz um Zustimmung durch das Wahlvolk. Parteien stellen politische Programme zur Wahl, bündeln sehr verschiedene Anliegen unter dem Versprechen guter Regierung und werben darum, mit der Staatsmacht betraut zu werden. Nach der Wahl ist aber nicht das einzelne Interesse des Wählers souverän, sondern die politische Gewalt.

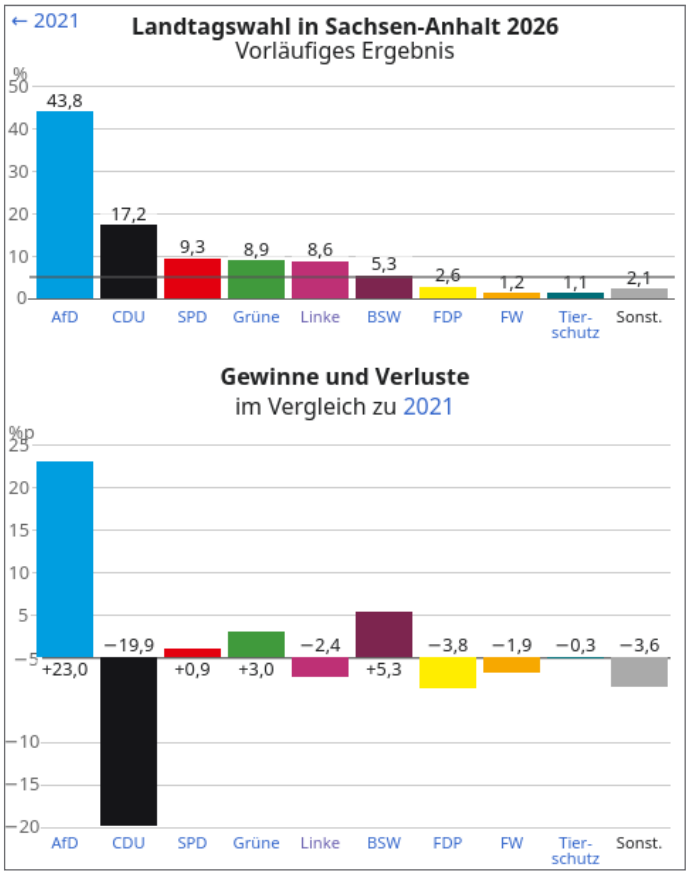
Die AfD greift die daraus regelmäßig entstehende Enttäuschung auf und deutet sie um. Ulrich Siegmund formulierte im März 2025 nach der Bundestagswahl:

„Deutschland bekommt genau das Gegenteil von dem, was es gewählt hat.“ [4]

Der Satz ist ziemlich aufschlussreich. Ein Wahlergebnis wird darin so behandelt, als habe „Deutschland“ einen bestimmten politischen Inhalt beschlossen, den die anschließende Regierung nur noch auszuführen hätte. Die tatsächliche demokratische Konkurrenz verschiedener Parteien und Programme wird nachträglich in einen einheitlichen Volkswillen verwandelt. Weicht die Regierung von dem ab, was die AfD diesem Volkswillen zuschreibt, erscheint nicht einfach eine andere politische Entscheidung, sondern Täuschung.

Andere AfD-Redner führen diese Moral weiter. Christian Hecht erklärte im Landtag, das deutsche Volk erkenne immer deutlicher, wie sehr es von den anderen Parteien „verraten und verkauft wird.“ [5]

Damit ist die politische Konstruktion vollständig. Der Bürger gilt als Auftraggeber, das Volk als Träger eines angeblich eindeutigen Interesses, die Regierung als dessen Diener. Dass staatliche



(Screenshot: ‹https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Sachsen-Anhalt_2026›)

Politik eigene Zwecke verfolgt und besondere Interessen danach sortiert, was sie für Wirtschaft, Haushalt, innere Ordnung und außenpolitische Handlungsfähigkeit braucht, erscheint in diesem Bild als Abweichung vom eigentlichen Auftrag.

Das Wort „Verrat“ ist deshalb keine bloße rhetorische Übertreibung. Es setzt ein gemeinsames nationales Interesse, dem Regierung und Bürger gleichermaßen verpflichtet sein sollen zugrunde. Verraten kann nur werden, was vorher als gemeinsame Sache feststeht.

Vom materiellen Schaden zur Staatskritik

Die sozialen Erfahrungen, an die diese Politik anknüpft, sind real. Wer weniger Geld für Lebensmittel hat, hat ein Problem mit Einkommen und Preisen. Wer um seinen Arbeitsplatz fürchtet, ist von der Rentabilitätsrechnung eines Unternehmens abhängig. Wer einen großen Teil seines Lohns für die Wohnung ausgeben muss, lebt in einer Eigentumsordnung, in der Wohnraum zugleich Lebens-, Existenzmittel und Geschäftsmittel ist. Wer mehr leisten soll, während sein Lohn stagniert, erlebt einen Gegensatz zwischen dem eigenen Interesse und dem seines Arbeitgebers.

Genau daraus könnte eine Klassenfrage entstehen. Jedoch nicht automatisch. Aber das Material liegt offen da: Der Lohn ist für den Beschäftigten sein Lebensunterhalt und für das Unternehmen ein Kostenfaktor. Die Produktivität, die den Gewinn steigern soll, kann für den Beschäftigten Arbeitsverdichtung oder Stellenabbau bedeuten.

Eigentum verschafft dem einen die Verfügung über Produktionsmittel, während der andere seine Arbeitskraft verkaufen muss.

Die Wahlforschung zeigt zugleich, wie stark materielle Unsicherheit und das Gefühl ungerechter Verteilung bei dieser Wahl waren. 51 Prozent der Befragten sagten, sie erhielten im Vergleich zu anderen weniger als ihren gerechten Anteil; unter AfD-Wählern waren es 66 Prozent. Soziale Sicherheit gehörte zu den wichtigsten Wahlmotiven. 59 Prozent meinten,

die Bundesregierung habe einen „Denkzettel“ verdient.

Aber aus solchen Erfahrungen folgt politisch nicht von selbst Kritik an Lohnarbeit, Eigentum oder kapitalistischer Konkurrenz. Der Schaden kann anders gedeutet werden: als Beweis dafür, dass der Staat schlecht regiert wird.

Dadurch wechselt der Gegenstand. Aus der Frage „Warum hängt mein Lebensunterhalt von diesen ökonomischen Verhältnissen ab?“ wird die Frage „Warum kümmert sich die Regierung nicht um Leute wie mich?“ Aus dem abhängig Beschäftigten wird der enttäuschte Staatsbürger. Aus einem Klassengegensatz wird eine Frage richtiger Politik.

Staatsidealismus: die Gewalt als eigenes Mittel

Dieser Übergang ist kein bloßes Ergebnis von Propaganda. Die Bürger haben einen praktischen Grund, den Staat als notwendige Bedingung ihres privaten Lebens zu betrachten. Sie verfolgen ihre Interessen in einer Gesellschaft des Privateigentums und der Konkurrenz. Eigentum, Vertrag, Geld, Lohnanspruch und geschäftliche Verfügung gelten nur, weil eine öffentliche Gewalt sie garantiert, gegeneinander abgrenzt und durchsetzt.

Darum braucht der Lohnabhängige den Staat ebenso wie der Unternehmer. Ohne Rechtsordnung ist auch sein Arbeitsvertrag nichts wert. Die Gleichheit vor dem Gesetz beseitigt allerdings nicht die Verschiedenheit der ökonomischen Mittel, mit denen beide in diese Ordnung eintreten. Sie schützt sie. Wer Kapital besitzt, darf es als Kapital einsetzen. Wer nur seine Arbeitskraft besitzt, darf und muss mit ihr seinen Lebensunterhalt verdienen.

Der Staat steht deshalb nicht einfach als Privatabteilung einzelner Unternehmer an der Seite der Wirtschaft. Er macht sich von den einzelnen privaten Interessen unabhängig und sorgt für die allgemeinen Bedingungen ihrer Konkurrenz. Gerade dadurch erhält er eine Ordnung, in der Eigentum, Geschäft, Lohnarbeit und Konkurrenz ihre Wirkung entfalten.

Das erklärt auch, warum der Staat Maßnahmen gegen einzelne Unternehmen ergreifen, sie besteuern oder regulieren kann und zugleich am Erfolg der kapitalistischen Wirtschaft interessiert ist. Seine Einnahmen, seine Kreditfähigkeit, seine Sozialausgaben und seine außenpolitischen Mittel hängen an einer leistungsfähigen nationalen Ökonomie. Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Standortpolitik sind deshalb keine zufälligen Vorlieben einzelner Regierungen.

Wer diesen Zusammenhang als Bürger betrachtet, macht leicht den Staat selbst zum erhofften Mittel seines besonderen Interesses. Er will gute Löhne, sichere Arbeitsplätze, niedrige Preise und bezahlbare Wohnungen und erwartet, dass richtige Politik diese Resultate herstellt. Scheitert diese Erwartung, richtet sich seine Kritik gegen das Personal und die Prioritäten der Regierung, nicht notwendig gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, deren Resultate er täglich erlebt.

Genau daran kann die AfD anschließen. Sie muss diesen Staatsidealismus nicht aufwendig erzeugen. Sie bestätigt ihn und verschärft ihn.

Die AfD als radikale Partei des richtigen Staates

Die AfD unterscheidet sich von CDU, SPD, Grünen oder anderen Parteien deshalb weniger grundsätzlich, als ihre Selbstdarstellung nahelegt. Auch die etablierten Parteien begründen ihre Programme mit dem Wohl Deutschlands, mit Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, sozialem Zusammenhalt und nationalem Erfolg. Sie streiten darüber, welche Politik diese Zwecke am besten erfüllt.

Die AfD übernimmt denselben politischen Maßstab und radikalisiert ihn. Siegmund formulierte im März 2026 den Maßstab einer möglichen AfD-Regierung ausdrücklich:

„Was ist das Richtige für unser eigenes Land? Was ist das Richtige für Deutschland und auch für Sachsen-Anhalt?“

Das ist Staatsidealismus in nahezu reiner Form. Der Maßstab politischer Entscheidungen ist nicht das besondere Interesse eines Arbeitnehmers, Mieters oder Rentners, sondern das als Einheit vorgestellte Interesse „unseres Landes“. Die gegensätzlichen Interessen innerhalb dieses Landes werden damit nicht geleugnet, sondern einem höheren politischen Zweck untergeordnet.

Die Besonderheit der AfD besteht darin, aus diesem Maßstab einen Generalverdacht gegen das bisherige politische Personal zu machen.

Wenn die Nation Erfolg haben soll und viele Bürger ihren Alltag als Verschlechterung erleben, dann kann die Ursache in dieser Logik kaum im Zweck der Wirtschaftsordnung liegen. Sie muss in falscher Führung, fremden Interessen oder mangelnder nationaler Parteinahme liegen.

Darum kann die AfD gleichzeitig radikal oppositionell und ausgesprochen staatsgläubig auftreten. Ihr Vorwurf lautet nicht: Der Staat herrscht über die Bürger und ordnet ihre besonderen Interessen seinen Zwecken unter. Ihr Vorwurf lautet: Er tut dies für die falschen Zwecke und die falschen Leute.

Die nationalisierte Klassenfrage

Eine Rede Siegmunds aus dem Januar 2024 zeigt diese Übersetzung fast lehrbuchhaft. Er beginnt mit Krankenhäusern, Schulen, Landwirten, Gastronomen, Spediteuren, Mittelstand und Handwerkern. Dann fragt er:

„Was passiert mit dem, was wir jeden Tag erwirtschaften?“ [6]

Unmittelbar danach führt er Ausgaben für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft an und macht Migration zum Gegenstand der Erklärung. Der rhetorische Übergang ist der entscheidende Punkt: sehr verschiedene materielle Probleme werden unter der Frage zusammengezogen, ob staatlich verfügbares Geld den „Eigenen“ oder den „Fremden“ zugutekommt.

Damit wird aus einer Verteilungsfrage innerhalb einer Klassengesellschaft eine nationale Verteilungsfrage. Nicht mehr Lohn und Gewinn, Eigentum und

Publiziert auf Free21 am 03.10.2026, 6:00 Uhr

Miete, Unternehmenszweck und Arbeitsplatz stehen sich gegenüber. Die Trennlinie verläuft zwischen Deutschen und Nichtdeutschen, zwischen dem nationalen Kollektiv und Gruppen, deren Versorgung als Belastung dieses Kollektivs dargestellt wird.

Das ist für die politische Verarbeitung sozialer Schäden enorm wirksam. Ein Arbeiter, dessen Reallohn sinkt, kann seinen Arbeitgeber und die ökonomische Funktion des Lohns untersuchen. Er kann aber auch zu dem Schluss kommen, der Staat gebe „unser Geld“ für die Falschen aus. Im zweiten Fall bleibt das Verhältnis, aus dem sein Lohn hervorgeht, unangetastet. Der Zorn erhält ein anderes Zielobjekt.

Die AfD muss die Klassenfrage also nicht beantworten. Sie ersetzt sie durch die nationale Frage.

Das gilt auch für den Erfolg der deutschen Wirtschaft. Arbeitnehmer und Unternehmer haben keineswegs dasselbe Interesse an Lohnhöhe, Arbeitszeit, Rationalisierung oder Kündigung. Sobald beide aber als Deutsche angesprochen werden, erscheint die Konkurrenzfähigkeit „unserer Wirtschaft“ als gemeinsames Anliegen. Der Beschäftigte soll den Erfolg des Standorts als seinen Erfolg betrachten, obwohl Kostensenkungen, die diesem Standort dienen, gerade seine Arbeitsbedingungen treffen können.

Nation als politische zweite Natur

Dass diese Ansprache funktioniert, lässt sich nicht damit erklären, die AfD habe den Menschen plötzlich Nationalismus beigebracht. Sie trifft auf ein längst vorhandenes politisches Selbstverständnis. Die Bürger haben neben ihren privaten ökonomischen Rollen eine internalisierte, eine zweite Identität: Sie sind und verstehen sich als Staatsbürger. Ihre gegensätzlichen Interessen werden politisch unter eine gemeinsame Zugehörigkeit subsumiert.

Das wird in Schule, öffentlicher Kultur, Medien, Parteien und staatlichen Ritualen gefestigt. Sein Grund liegt aber nicht erst in dieser Erziehung. Wer seine privaten Interessen nur innerhalb einer staatlich garantierten Ordnung verfolgen kann, hat einen praktischen Anlass, den Bestand und Erfolg dieser Ordnung als eigene Voraussetzung zu betrachten. Aus diesem Verhältnis kann die Identifikation mit Staat und Nation tatsächlich zur zweiten Natur werden.

Die Jahrzehnte nach 1945 haben diese Haltung in Deutschland nicht erfunden. Sie haben sie unter neuen politischen Bedingungen organisiert. In der Bundesrepublik verband sich die positive Staatsbürgeridentität mit parlamentarischer Demokratie, Grundgesetz, sozialer Marktwirtschaft, Westbindung und später der wiedervereinigten Nation. In der DDR wurde die Unterordnung unter einen staatlich definierten Gemeinwillen mit anderen politischen Inhalten begründet. Die Systeme waren verschieden; die Vorstellung, als Bürger einem politischen Gemeinwesen anzugehören, dessen Erfolg eine eigene Sache sei, war es nicht.

Die AfD muss deshalb nur diese vorhandene Gleichung zuspitzen: Ich bin Deutscher, also muss der deutsche Staat mein Staat sein; und wenn er meine Interessen verletzt, regiert jemand gegen Deutschland und somit gegen Deutsche.

Die bewusste Erziehung zum nationalen Staatsbürger

Dass führende Politiker des Landesverbandes genau diese politische Identität zum Erziehungsziel erklären, lässt sich unmittelbar nachweisen. Hans-Thomas Tillschneider forderte im September 2024 im Landtag, Schule müsse Kinder zu guten Staatsbürgern und vor allem zu guten Deutschen mit stabiler Nationalidentität erziehen. Noch deutlicher wird seine Begründung an einer anderen Stelle derselben Rede:

„Ebenso werden wir in ein Volk hineingeboren, ob es uns nun gefällt oder nicht.“ [7]

Der Satz naturalisiert die politische Zugehörigkeit. Das Volk erscheint nicht als staatlich zusammengefasste Bevölkerung mit sehr verschiedenen Interessen, sondern als vorpolitische Gemeinschaft, in die der Einzelne hineingeboren wird. Genau diese Vorstellung eignet sich dazu, die Nation als etwas Ursprüngliches erscheinen zu lassen, dem der Bürger nicht erst durch ein Rechtsverhältnis, sondern durch seine Existenz von der Wiege an angehört.

Zur Genauigkeit gehört allerdings ein zweiter Befund. Tillschneider hat in einer anderen Landtagsrede zur Einbürgerung ausdrücklich gesagt, Deutschsein sei

> keine Frage der Abstammung und das ist auch keine Frage der Gene, das ist eine Frage der Einstellung.“

Wer die AfD-Rhetorik analysiert, sollte diesen Widerspruch nicht unterschlagen. Eine simple Gleichsetzung mit der biologischen Rassenlehre des Nationalsozialismus wäre analytisch schwach. Im selben Landesverband existieren assimilationistische Aussagen, in denen Einwanderer durch kulturelle und politische Anpassung als deutsch gelten können, neben Formulierungen, die Volk und Deutschsein als Geburtstatsache behandeln.

Der belastbarere Vorwurf liegt deshalb an einer anderen Stelle: Teile des Landesverbandes unterscheiden zwischen rechtlicher Staatsbürgerschaft und einer weitergehenden, politisch bewerteten Zugehörigkeit zum deutschen Volk.

„Passdeutsche“: wenn der Pass nicht mehr genügt

Ein besonders klares Beispiel liefert der AfD-Abgeordnete Frank Otto Lizureck. In einer Landtagsrede zur Kriminalität sprach er von „Passdeutschen, also jene mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit“ [8].

Der Ausdruck ist politisch deshalb sehr relevant, weil er einen deutschen Staatsbürger sprachlich noch einmal von „Deutschen“ unterscheidet. Der Pass, also die rechtlich eindeutige Staatsangehörigkeit, wird zum bloßen Pass herabgestuft; daneben tritt ein anderes Kriterium tatsächlicher Zugehörigkeit.

Das bedeutet nicht, dass jeder AfD-Politiker daraus dieselben rechtlichen Konsequenzen zieht. In einer anderen

Landtagsdebatte erklärte der AfD-Abgeordnete Gordon Köhler beispielsweise ausdrücklich, eingebürgerte Deutsche sollten dieselben von ihm vorgeschlagenen Wohneigentumsvergünstigungen erhalten. Gerade deshalb sollte man nicht aus einzelnen Sätzen ein vollkommen geschlossenes Parteidogma konstruieren. [9]

Der Landesverfassungsschutz bewertet jedoch die Programmatik und die Gesamtheit einschlägiger Äußerungen anders als eine bloß staatsbürgerliche Nationalauffassung. Er stuft den AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt seit 2023 als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein und beschreibt einen völkisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff sowie das Ziel ethnisch weitgehend homogener Staaten. Als Beispiel nennt die Behörde ausdrücklich die Bezeichnung deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund als „Passdeutsche“. [10]

Für die Argumentation dieses Artikels ist daran vor allem eines entscheidend: Die nationale Gemeinschaft, die als Lösung sozialer und politischer Konflikte angeboten wird, ist nicht einfach deckungsgleich mit der rechtlichen Menge der Staatsbürger. Innerhalb des nationalen „Wir“ wird um die Frage gestritten, wer wirklich dazugehört.

Wo der faschistische Gedanke beginnt

Der Faschismusbegriff sollte an dieser Stelle nicht als historische Gleichsetzung benutzt werden. Nationalsozialismus bezeichnet ein bestimmtes Regime, eine spezifische Rassenideologie, die Entrechtung und Vernichtungspolitik einschloss. Wer jede völkische Formulierung unmittelbar damit identifiziert, macht die Kritik ungenauer als nötig.

Theoretisch interessanter ist eine andere Kontinuität: die politische Forderung, die besonderen Interessen der Bürger konsequent dem Staatszweck und einem als einheitlich behaupteten Volksinteresse unterzuordnen. Wo demokratische Politik die Konkurrenz privater Interessen staatlich organisiert und ihre Zustimmung periodisch einholt, erklärt der faschistische Standpunkt diese Interessen selbst dort für illegitim, wo sie die nationale Einheit oder den staatlichen Erfolg beschränken.

Die Volksgemeinschaft ist dann nicht einfach ein besonders starkes Gemeinschaftsgefühl. Sie ist das politische Programm, Klassengegensätze für nachrangig zu erklären.

Arbeiter und Unternehmer sollen sich nicht als Parteien eines materiellen Gegensatzes begreifen, sondern als Glieder desselben Volkes, die sich einem höheren nationalen Zweck verpflichtet wissen.

Hier erhält die AfD-Rhetorik ihren gefährlichen Gehalt. Sie sagt dem Beschäftigten nicht, dass sein Gegensatz zum Unternehmer verschwindet. Sie fordert ihn auf, ihn politisch anders zu gewichten. Der gemeinsame deutsche Standort, die deutsche Kultur, die deutsche Sicherheit und der deutsche Staat sollen wichtiger sein als der Gegensatz, den er im Betrieb erlebt.

Und wer diesem nationalen Kollektiv zugerechnet wird, kann zugleich Pflichten erhalten. Auch der „richtige“ Deutsche bekommt durch den Nationalismus keine Befreiung von staatlichen Ansprüchen versprochen. Er soll arbeiten, leisten, Familie gründen, für die nationale Zukunft einstehen und private Ansprüche daran messen, was dem Gemeinwesen nützt. Nationalismus ist deshalb keine bloße Bevorzugung der eigenen Leute. Er ist ebenso ein Anspruch, der Maßstab an sie.

Warum die AfD den etablierten Parteien vertrauter ist, als beide Seiten zugeben

Die etablierten Parteien machen es der AfD an einem Punkt leicht. Auch sie sprechen ständig im Namen Deutschlands. Sie begründen Lohnzurückhaltung mit Wettbewerbsfähigkeit, Rüstung mit deutscher Sicherheit, Subventionen mit dem Standort, Sparprogramme mit staatlicher Handlungsfähigkeit und Sozialpolitik mit gesellschaftlichem Zusammenhalt. Ständig wird aus gegensätzlichen Interessen ein nationales Gemeininteresse konstruiert.

Die AfD muss diesen Maßstab nicht zerstören. Sie kann ihn gegen seine bisherigen Verwalter wenden. Wenn alle Politik für Deutschland sein soll, fragt sie, warum die Resultate für so viele Bürger schlecht ausfallen. Ihre Antwort lautet nicht, dass „Deutschland“ selbst ein politischer Standpunkt ist, der von ihren besonderen Interessen abstrahiert. Ihre Antwort lautet: Weil die anderen nicht wirklich für Deutschland regieren.

Das erklärt die Wirkung der Verratsrhetorik. Die AfD kann ihre Gegner mit deren eigenem Ideal schlagen. Wer selbst behauptet, Politik müsse dem nationalen Gemeinwohl dienen, hat Mühe zu erklären, warum die aggressivere Berufung auf dasselbe Gemeinwohl prinzipiell falsch sein soll. Der Streit verengt sich darauf, wer der bessere Patriot, der bessere Sachwalter des Standorts und der glaubwürdigere Vertreter des Volkes ist.

Die Wahl als Form der Alternativensuche

Damit wird auch verständlich, warum Unzufriedenheit so selbstverständlich in die Suche nach einer Partei mündet. Die demokratische Wahl bietet dem Bürger genau diese Form der Korrektur an. Er soll mit staatlicher Politik unzufrieden sein dürfen, solange er seine Unzufriedenheit nur in der Form praktisch in die Entscheidung übersetzt, wer künftig regieren soll.

Nicht der Zweck der Staatsgewalt steht bei der Wahl zur Disposition. Nicht Privateigentum, Lohnarbeit oder die staatlich eingerichtete Konkurrenz werden mit jedem Kreuz neu beschlossen. Zur Wahl steht politisches Personal mit konkurrierenden Programmen für die Verwaltung derselben staatlichen Ordnung.

Darum kann eine fundamentale Enttäuschung über „die Politik“ sehr staatskonform enden. Der Wähler, der erklärt, keinem Politiker mehr zu trauen, kann im nächsten Satz die Forderung nach einem härteren, handlungsfähigeren und konsequenteren Staat erheben. Seine Opposition richtet sich gegen die Amtsinhaber,

Publiziert auf Free21 am 03.10.2026, 6:00 Uhr

nicht gegen die politische Form, in der sie ihm gegenübertreten.

Die AfD macht daraus ein Programm: Dieses System sei von den falschen Kräften besetzt, also müsse eine andere Partei die staatliche Macht übernehmen und den vermeintlich eigentlichen Volkswillen durchsetzen.

Der politische Mechanismus des Wahlerfolgs

Damit lässt sich der Wahlerfolg genauer bestimmen als mit den Formeln „Protest“, „Angst“ oder „Abgehängtsein“. Die AfD trifft auf Bürger, die reale materielle Schäden erleben und zugleich gewohnt sind, ihre Bedingungen als Staatsbürger zu beurteilen. Sie erwarten vom Staat, dass er ihnen die Konkurrenz, in der sie bestehen müssen, erfolgreich einrichtet.

Wenn diese Erwartung enttäuscht wird, bietet die AfD eine Erklärung, die den Staat als Ideal rettet. Nicht der staatlich garantierte Zusammenhang von Eigentum, Konkurrenz und Lohnarbeit wird zum Gegenstand der Kritik, sondern folglich seine angeblich falsche Verwaltung. Nicht die Nation als Zusammenfassung gegensätzlicher Klasseninteressen wird problematisch, sondern eine Regierung, die angeblich nicht konsequent genug für die Nation handelt.

Dann folgt der nächste Schritt fast von selbst. Soziale Schäden werden national sortiert. Geld fehlt angeblich, weil es an Fremde geht. Wohnraum fehlt, weil Migranten ihn beanspruchen. Unsicherheit entsteht durch importierte Konflikte. Schlechte Wirtschaftspolitik wird zum Verrat am Standort. Außenpolitik wird daran gemessen, ob Deutsche für „fremde Interessen“ zahlen oder sterben sollen.

Der Klassenkonflikt verschwindet dabei nicht aus der Wirklichkeit. Er verschwindet aus der Erkenntnis. Das ist die eigentliche politische Leistung der AfD. Sie gibt dem enttäuschten Staatsbürger eine radikale Opposition, ohne seine Parteinahme für Staat und Nation anzutasten. Sie macht aus dem materiellen Gegensatz zwischen Klassen einen moralischen Gegensatz zwischen Volk und Elite. Und dort, wo ihr Nationalismus völkisch wird, zieht sie innerhalb der Staatsbevölkerung eine weitere Grenze zwischen denen, die zum eigentlichen Volk gerechnet werden, und denen, deren Zugehörigkeit unter Vorbehalt und Generalverdacht steht.

So wird aus der Klassenlage eine Wählerlage. Aus dem Schaden in der Konkurrenz wird die Forderung nach besserer nationaler Herrschaft. Und aus der Enttäuschung über den Staat entsteht nicht seine Kritik, sondern der Wunsch nach einem Staat, der endlich rücksichtslos das Richtige für „uns und unser Land“ tut.

Quellen:

[1] ARD/Tagesschau: „Landtagswahl 2026“, 7. September 2026, 03:26 Uhr. Wahlergebnis: *<https://www.tagesschau.de/inland/landtagswahlen/sachsen-anhalt/2026/ergebnisse>*

[2] ARD/Tagesschau: „Ein Land – zwei Lager“, Wahlanalyse, 6. September 2026, 22:56 Uhr. Daten zu Wahlmotiven, gerechtem Anteil und Denkzettel. *<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/analyse-landtagswahl-sachsen-anhalt-100.html>*

[3] Landtag von Sachsen-Anhalt: 48. Sitzungsperiode, 4. März 2026, Aussprache zur Regierungserklärung „Unsere Heimat Sachsen-Anhalt stärker machen“, Redebeitrag Ulrich Siegmund (AfD). *<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/plenarsitzungen/transkript?cHash=1df932dd8556ef379c520cf5a16879df&tx_lsasessions_transcript[speaker]=18278>*

[4] Landtag von Sachsen-Anhalt: 39. Sitzungsperiode, März 2025, Aktuelle Debatte „Skandalöse Wählertäuschung“, Redebeitrag Ulrich Siegmund (AfD). *<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/39-sitzungsperiode?cHash=696f2ed3fc2ffc34aab0d3a115351cc2&transcriptSessions=lsaSessionsAjax&tx_lsasessions_transcript[speaker]=16364>*

[5] Landtag von Sachsen-Anhalt: 34. Sitzungsperiode, 23.–25. Oktober 2024, Debatte zum Aufnahmegesetz, Redebeitrag Christian Hecht (AfD). *<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/plenarsitzungen/transkript?cHash=f4715a1fcd88736eb1311bec8f0a7f1a&tx_lsasessions_transcript[speaker]=16240>*

[6] Landtag von Sachsen-Anhalt: 27. Sitzungsperiode, 25. Januar 2024, Aktuelle Debatte „Remigration!“, Drs. 8/3629, Redebeitrag Ulrich Siegmund (AfD). *<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/plenarsitzungen/transkript?cHash=190aada12d25c56fcc9e4f660f9b9e80&tx_lsasessions_transcript[speaker]=13709>*

[7] Landtag von Sachsen-Anhalt: 33. Sitzungsperiode, 20. September 2024, „Zukunft braucht Herkunft – Heimat und Volksgut im Lehrplan stärken“, Drs. 8/4574, Redebeitrag Hans-Thomas Tillschneider (AfD) *<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/plenarsitzungen/transkript?cHash=a293054274cef2f0394737f2354d15dd&tx_lsasessions_transcript[speaker%5 D=15163>*

[8] Landtag von Sachsen-Anhalt: 30. Sitzungsperiode, 25. April 2024, „Einzelhandel schützen – Null Toleranz bei Ladendiebstahl“, Drs. 8/4011, Redebeitrag Frank Otto Lizureck (AfD). *<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/plenarsitzungen/transkript?cHash=ca094b6e9f5d2a88bdf6df569676e303&tx_lsasessions_transcript[speaker]=14499>*

[9] Landtag von Sachsen-Anhalt: 27. Sitzungsperiode, Januar 2024, „Wortlaut der Erklärung zur Einbürgerung – Loyalität und Spracherwerb einfordern“, Drs. 8/3609, Redebeitrag Hans-Thomas Tillschneider (AfD). *<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/plenarsitzungen/transkript?cHash=7b08682b257927edde8f8585ac577a65&tx_lsasessions_transcript[speaker%5 D=13743>*

[10] Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt, Verfassungsschutz: Rechtsextremistische Parteien / AfD Sachsen-Anhalt. Aktuelle Darstellung der Einstufung und Begründung. *<https://mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz/themenfelder/page/rechtsextremismus>*

Hinweis: Die wörtlichen Zitate im Text stammen aus amtlichen Landtagsprotokollen. Die Einordnung des Landesverbandes als gesichert rechtsextremistische Bestrebung und die Beschreibung seines Volksbegriffs werden als Bewertung des Verfassungsschutzes kenntlich gemacht.

Dieser Text wurde zuerst am 03.09.2026 auf www.craigmurray.org.uk unter der URL ‹https://www.craigmurray.org.uk/archives/2026/09/nonsense-drones-and-novichok/› veröffentlicht. Lizenz: Craig Murray, CC BY-NC-ND 4.0



Symbolbild: PxHere, CCo

Drohnenunsinn und Nowitschok

Europa muss dringend wieder Zugang zu russischem Öl und Gas erhalten. Die Gaspreise sind hoch [1] – wie alle Energieverbraucher im Vereinigten Königreich wissen –, und die deutschen Gasspeicher weisen für September einen historischen Tiefstand auf [2]. Die Förderung in der Golfregion ist beeinträchtigt, die Lieferungen sind unterbrochen, und die langfristige strategische Stabilität der Region ist untergraben.

Autor: Craig Murray



ist Autor und Menschenrechtsaktivist. Von 1984 bis 2004 war er britischer Diplomat, zuletzt Botschafter in Usbekistan, sowie von 2007 bis 2010 Rektor der schottischen Universität Dundee. Falls Sie die Arbeit von Craig Murray unterstützen möchten, finden Sie hier die Details:

https://www.craigmurray.org.uk/support-this-website/

Die deutsche Industrie erlitt von 2022 bis 2026 infolge des Stopps russischer Gaslieferungen bereits einen Produktionsrückgang um 9,5 Prozent; in den energieintensiven Industriezweigen (darunter Petrochemie, Chemie, Metalle, Glas/Keramik/Stein, Papier, Mineralöl usw.) betrug der Rückgang 15,2 Prozent [3].

Westeuropa kann wieder Zugang zu russischen fossilen Energieträgern erhalten, entweder durch das Akzeptieren eines ausgehandelten Friedens in der Ukraine, oder durch den Versuch einen Regimewechsel in Russland herbeizuführen. Die politische Klasse Europas hat sich offenbar entschieden, ganz auf einen Regimewechsel zu setzen.

Es wäre natürlich sehr viel einfacher und sehr viel sicherer, den Ukrainekonflikt beizulegen. Dafür, dass die politische „Elite“ Europas diesen Weg nicht einschlägt, lassen sich folgende Gründe benennen:

- Gesichtsverlust und Verlust politischen Kapitals für die amtierenden Führungspolitiker, die im Konflikt mit Russland alles auf eine Karte gesetzt haben – von der Leyen, Kallas, Merz, Rutte, Stubb usw.
- Über Generationen weitergegebener familiärer und nationaler Hass auf Russland bei jenen, die die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs in Osteuropa rückgängig machen wollen – von der Leyen, Kallas, Merz, Stubb usw.
- Weitreichende gemeinsame Interessen des politischen Personals und des militärisch-industriellen Komplexes.

Man beachte, dass keines dieser Motive etwas mit dem Wohlergehen ihrer Bevölkerungen zu tun hat, und noch weniger mit „Demokratie“. Mir fällt kaum ein Fall ein, in dem ein Drängen zum Krieg derart wenig Grundlage hatte.

Bedenken Sie Folgendes: Das Vereinigte Königreich liefert der Ukraine wie viele westliche Länder ganz offen Lang-

Publiziert auf Free21 am 06.10.2026, 6:00 Uhr

streckenraketen [4], Fertigungspläne für Langstreckenraketen und Personal für deren Wartung – im vollen Wissen darum, dass die Ukraine diese Raketen bei dem Versuch einsetzt, zivile Infrastruktur weit im Inneren Russlands zu verwüsten, wobei viele russische Zivilisten getötet werden [5].

Dennoch wird uns von Politikern wie auch von den Medien immer wieder erzählt, Russland sei die Bedrohung für das Vereinigte Königreich, obwohl ganz offensichtlich das Gegenteil zutrifft. Bis zu diesem Jahr hatte Russland in dreihundert Jahren Geschichte niemals Pläne gehabt, in das Vereinigte Königreich einzumarschieren oder es zu besetzen – während das Vereinigte Königreich 1854 und 1917 in Russland einmarschierte. Ich nehme an, dass die Russen angesichts der schändlichen Kriegstreiberei unserer Regierung derzeit an Verteidigungsplänen gegen das Vereinigte Königreich arbeiten.

Die Vorstellung, die Grenzen eines ukrainischen Staates, den es in der Geschichte bis 1991 nie gegeben hatte, seien so unantastbar, dass sie nicht geändert werden dürften, um einen Dritten Weltkrieg zu verhindern, ist verrückt. Es waren immer nur innersowjetische Grenzen. Die ukrainische Nation ist neu, doch die Ukrainer haben Anspruch auf einen Staat, wenn sie einen wollen. Sie haben keinen Anspruch darauf, auf der alten sowjetischen Grenze zu bestehen, nachdem sie:

- russische Schulen, Universitäten, Buchhandlungen, Theater, Kinos, Bibliotheken, Kindergärten, Banken und Kirchen geschlossen haben;
- die Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei, die Linkspartei, elf weitere Parteien und acht Gewerkschaften verboten haben;
- die systematische Verherrlichung von Nazis und Völkermördern aus der Vergangenheit der Ukraine fortgesetzt haben – und damit Polen gegen sich aufbringen.

Die Vorstellung, es müsse ein Atomkrieg darüber geführt werden, wer Bürgermeister von Lugansk ist, findet in der Öffentlichkeit so wenig Unterstützung, dass westliche Regierungen und die EU selbst eifrig Russophobie schüren. Die jüngste Episode ist die außerordentlich dürftige Geschichte vom „Angriff auf den Flughafen Leipzig“. Wir erlebten die höchst unglaubwürdige Veröffentlichung koordinierter Erklärungen westeuropäischer Staats- und Regierungschefs, die uns allesamt mitteilten, die Beweise für einen „hybriden Angriff“ Russlands seien eindeutig.

All das ohne auch nur den geringsten Beleg.

Der deutsche Staat hat mit solchen Operationen unter falscher Flagge natürlich Erfahrung. In der Nacht vom 31. August auf den 1. September 1939 inszenierte er unter falscher Flagge Angriffe von polnischen Truppen auf den deutschen Grenzposten bei Gliwice (Gleiwitz) und an einigen weiteren Orten. Die Leichen ermordeter politischer Gefangener wurden in polnische Uniformen gesteckt und an den Schauplätzen verteilt. Eine Rundfunksendung wurde auf Polnisch ausgestrahlt. Dieser „Angriff“ diente als Rechtfertigung für den deutschen Überfall auf Polen am nächsten Tag.

Nun fand der „russische Angriff“ auf den Flughafen Leipzig/Halle am 4. August statt, und dennoch erfolgte die sorgfältig koordinierte Schuldzuweisung an Russland mit identischen Erklärungen sämtlicher westeuropäischer Mächte erst am 1. September. Ich habe gelesen, dass vermutet wurde, man habe dafür absichtlich den Jahrestag von Gleiwitz gewählt. Das erscheint mir unwahrscheinlich. Dass man aber nicht wenigstens das Datum der vielleicht berühmtesten Operation unter falscher Flagge in der Geschichte – desselben Staates – vermied, ist sehr merkwürdig, zumal der Termin für die Erklärung zu einem vier Wochen zurückliegenden Angriff ganz offensichtlich frei gewählt werden konnte.

Wenn man die Logik der Kriegstreiber einen Moment lang beiseite lässt, besteht der eigentliche Skandal darin, dass in Leipzig ukrainische Flugzeuge standen, vollgepackt mit deutschen Waffen, mit denen Russen getötet werden sollten – und nicht darin, dass eine Hobby-Spielzeugdrohne angeblich versuchte, sie daran zu hindern.

Dass uns ausgerechnet dieselbe Truppe aus Dummköpfen, die uns mit der Behauptung belogen hat, Russland habe die Nord-Stream-Gaspipeline gesprengt [6], nun sagt, dies sei ein russischer Angriff, stellt nicht nur die Leichtgläubigkeit der Öffentlichkeit auf die Probe, sondern auch ihre Geduld.

Im Vereinigten Königreich greifen die Verbreiter von Russophobie – darunter Regierungsminister – immer wieder auf die groteske Geschichte vom „russischen Nowitschok in Salisbury“ zurück, um zu erklären, warum wir uns auf einen Krieg mit Russland vorbereiten sollten.

Niemand hat auch nur den Anschein erweckt, auf die Widerlegung der offiziellen Darstellung einzugehen, die ich in meinem Artikel „Pure – Zehn Punkte, die ich einfach nicht glaube“ veröffentlicht habe [7]. Dank Tim Norman und seiner Berichterstattung über die Sturgess-Untersuchung [8] kann ich nun einen weiteren Punkt hinzufügen, der mir damals nicht bekannt war. Dass zur amtlichen Feststellung der Todesursache eine richterlich geleitete Untersuchung eingesetzt wird statt eines eigens dafür vorgesehenen Gerichts zur Untersuchung von Todesfällen (Coroner's Court), ist fast immer ein Anzeichen für eine Vertuschung durch die Regierung – siehe auch die Hutton-Untersuchung und die Ermordung David Kellys.

Die Untersuchung erhielt allerdings den toxikologischen Bericht über Dawn Sturgess aus dem zentralen toxikologischen Labor des staatlichen Gesundheitsdienstes NHS in Birmingham. (Dawn Sturgess starb vier Monate nach dem angeblichen russischen Nowitschok Anschlag auf Sergej Skripal. Angeblich befand sich Nowitschok in einer Parfümflasche, was zum Tod Sturgess geführt haben soll. Anm. d. Red.)

Welche Stoffe in Dawn Sturgess' Blut gefunden wurden, ist in der Grafik unten dargestellt.

Erwähnenswert ist, dass auch Fentanyl gefunden wurde; es wurde jedoch aus dieser der Untersuchung vorgelegten Liste gestrichen, weil ihr im Krankenhaus Fentanyl verabreicht worden war. Das bedeutet natürlich weder, dass sich bereits zuvor Fentanyl in ihrer Blutbahn befunden hatte, noch, dass dies nicht der Fall gewesen war. Sicher nachgewiesen wurden jedoch Koka-

Quellen:

[1] BDEW (10.09.2026): „Aktuelle Daten zur Erdgasversorgung". bdew. <*https://www.bdew.de/energie/aktuelle-entwicklungen-zu-erdgasdaten/*>

[2] Alexander C. Mühlhausen (11.09.2026): „Gasspeicher: Der aktuelle Füllstand in Deutschland". Ndr. <*https://www.ndr.de/nachrichten/info/Gasspeicher-in-Deutschland-So-steht-es-um-die-Fuellstaende,gasspeicher120.html*>

[3] Pressemitteilung Nr. N032 (15.05.2026): „Energieintensive Industriezweige mit Produktionsrückgang um 15,2 % von Februar 2022 bis März 2026". Statistisches Bundesamt. <*https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/05/PD26_N032_42.html*>

[4] Alex Wickham (03.11.2025): „UK Sends More Storm Shadow Missiles to Strike in Russia". Bloomberg. <*https://www.bloomberg.com/news/articles/2025-11-03/uk-sends-ukraine-more-storm-shadow-missiles-to-strike-in-russia*>

[5] Reuters (25.12.2025): „Ukraine fires Storm Shadows, drones to hit Russia's oil, gas facilities". Reuters. <*https://www.reuters.com/world/europe/ukrainian-drones-hit-oil-gas-facilities-russia-sbu-official-says-2025-12-25/*>

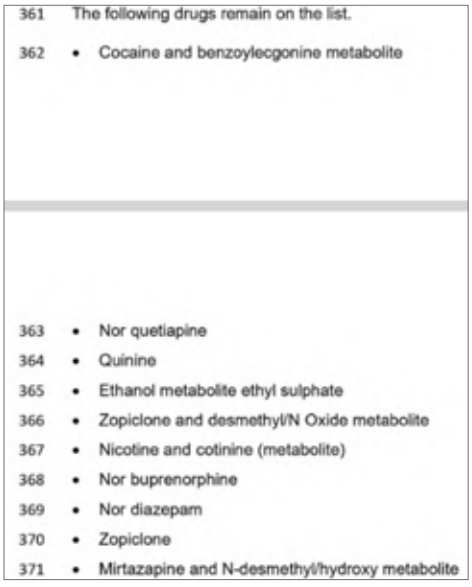
[6] Shane Harris, John Hudson, Missy Ryan, Michael Birnbaum (21.12.2022): „No conclusive evidence Russia is behind Nord Stream attack". The Washington Post. <*https://www.washingtonpost.com/national-security/2022/12/21/russia-nord-stream-explosions/*>

[7] (18.04.2021): „Pure: Ten Points I Just Can't Believe About the Official Skripal Narrative – Craig Murray". Craig Murray. <*https://www.craigmurray.org.uk/archives/2021/04/pure-ten-points-i-just-cant-believe-about-the-official-skripal-narrative/*>

[8] Tim Norman (18.02.2025): „Schrödinger's novichok: 12 points from the Dawn Sturgess inquiry, part 1". Propaganda In Focus. <*https://propagandainfocus.com/schrodingers-novichok-12-points-from-the-dawn-sturgess-inquiry-part-1/*>

[9] Aaron Maté (29.09.2020): „The Grayzone's Aaron Maté testifies at UN on OPCW Syria cover-up". The Grayzone. <*https://thegrayzone.com/2020/09/29/grayzones-aaron-mate-testifies-at-un-on-opcw-syria-cover-up/*>

[10] Christopher Sharp (29.08.2026): „'Severe' punishment facing Brits who refuse conscription as WW3 fears skyrocket". Express. <*https://www.express.co.uk/news/uk/2243376/severe-punishment-brits-conscription-WW3*>



361 The following drugs remain on the list.

362 • Cocaine and benzoylecgonine metabolite

363 • Nor quetiapine

364 • Quinine

365 • Ethanol metabolite ethyl sulphate

366 • Zopiclone and desmethyl/N Oxide metabolite

367 • Nicotine and cotinine (metabolite)

368 • Nor buprenorphine

369 • Nor diazepam

370 • Zopiclone

371 • Mirtazapine and N-desmethyl/hydroxy metabolite

Befund der forensischen Blutuntersuchung von Dawn Sturgess.

in sowie ein synthetisches Opioid, was von dem NHS (National Health Service – nationaler Gesundheitsdienst, Anm. d. Red.) an Heroinabhängige verabreicht wird, außerdem Gin Tonic, zwei verschiedene Antidepressiva und Schlaftabletten.

Was nicht nachgewiesen wurde, ist Nowitschok. Die Vorstellung, das zentrale toxikologische Labor des NHS könne keine Organophosphatvergiftung feststellen oder habe das Blut einer Person aus Salisbury nicht darauf untersucht, als bereits sämtliche Medien lautstark von Nowitschok sprachen, ist blanker Unsinn.

Nur das Labor des Verteidigungsministeriums in Porton Down behauptete, Nowitschok gefunden zu haben – und es hatte die Kontrolle über die Proben, die die OPCW (Organisation für das Verbot chemischer Waffen – eine ebenso korrupte Institution [9]) erhielt.

Dawn Sturgess war eine geschwächte Frau, von der bekannt war, dass sie seit Langem drogenabhängig war. Die Kombination in ihrem Blut hätte jeden töten können – natürlich abhängig von den Mengen. Erstaunlich ist, dass der Pathologe bei der Untersuchung erklärte, ihm seien keine Mengen- oder Konzentrationsangaben für diese Substanzen vorgelegt worden. Er war daher gar nicht in der Lage zu sagen, dass sie nicht daran gestorben war.

Das ist unglaublich. Einen toxikologischen Bericht ohne quantitative Konzentrationsangaben gibt es nicht. Andernfalls sind die Angaben klinisch bedeutungslos. Ich habe mit drei Ärzten, zwei Pflegekräften und einem leitenden NHS-Verwaltungsmitarbeiter gesprochen. Alle sagen, es sei unmöglich, dass der toxikologische Bericht ohne quantitative Angaben vorgelegen habe. Ich gehe davon aus, dass der Pathologe nicht gelogen hat; also müssen sie absichtlich entfernt worden sein. Das kann nur die Regierung tun, und das offensichtliche Motiv ist, die tatsächliche Todesursache zu vertuschen.

Sehen wir den Tatsachen ins Auge: Aus dieser Liste der Substanzen in ihrem Blut ergibt sich die tatsächliche Todesursache überaus deutlich.

Die große strukturelle Schwäche der Untersuchung bestand darin, dass niemand damit betraut war, die offizielle Geschichte skeptisch zu hinterfragen. Der einzige nichtstaatliche Vertreter war Michael Mansfield, der Dawn Sturgess' Familie vertrat; sein Auftrag war, zu argumentieren, Dawn Sturgess sei nicht drogenabhängig gewesen. Diese – wie ich leider sagen muss, völlig unwahre – Version des Geschehens passte zu der Darstellung, die sowohl die Regierung als auch Sturgess' Familie vorgetragen sehen wollten.

Es bedrückt mich wirklich, unangenehme Dinge über eine verstorbene Frau erzählen zu müssen, die in ihrem Leben ein Opfer der Umstände war, um die Wahrheit zu sagen. Doch Kokain und Buprenorphin gelangen nicht zufällig ins Blut. So erlebten wir die Farce, dass sich die Polizei bei der Untersuchung dafür entschuldigte, Dawn Sturgess als drogenabhängig bezeichnet zu haben.

Wir haben also angebliches Nowitschok in Salisbury, das niemanden getötet hat, und eine mit Sprengstoff bestückte Drohne, möglicherweise auch zwei, in Leipzig, die nicht explodierte(n). Um dieser gewaltigen Bedrohung zu begegnen, müssen wir einen ganzen Kontinent in einen Atomkrieg treiben. Als ersten Schritt müssen wir die Gesundheits- und Sozialausgaben kürzen, um den Rüstungsherstellern weitere Billionen zukommen zu lassen, und unsere Kinder auf die Einberufung vorbereiten [10], damit sie auf dem Schlachtfeld sterben.

Verzeihen Sie mir, aber ich bin nicht überzeugt.

Publiziert auf Free21 am 06.10.2026, 6:00 Uhr

Die Initiative wurde zuerst auf der Seite von Mihkail Podobrij unter der URL ‹https://dreamofeast.tilda.ws/page25571853.html› veröffentlicht. Lizenz: Mihkail Podobrij, Free21, CC-BY-NC-ND 4.0



Symbolbild: peacemedia_for_future, Pixabay-Inhaltslizenz

Volksinitiative „Friedliche Ukraine“

Autor: Mihkail Podobrij

Geboren 1954 in St. Petersburg. Er absolvierte das Naval Institute mit Spezialisierung als Hydroakustikingenieur. Er diente auf Schiffen der Ostseeflotte der UdSSR und absolvierte die Naval Academy. Er diente am Forschungsinstitut der russischen Marine, wo er sich mit der Schaffung neuer Waffen für U-Boote und Kriegsschiffe beschäftigt hat. 1994 aus dem Dienst ausgeschieden. Der militärische Rang ist Kapitän des 3. Ranges. Er absolvierte das Institut für Patentprüfung und ist Patentexperte. Er arbeitete für private Unternehmen. Von 2010 bis 2023 arbeitete er für Vermessungsunternehmen. Er nahm an Vermessungsarbeiten an großen Baustellen teil: der zweiten Nord Stream-1-Pipeline, den Gas- und Ölpipelines im Nordwesten Russlands, drei Öl- und Gasterminals an der Ostseeküste, der M-11-Trasse „Moskau-St. Petersburg“. 13 Jahre lang war er Abgeordneter des Gemeinderats von Zelenogorsk (nördlicher Vorort von St. Petersburg), als unabhängiger Abgeordneter. Dort verteidigte er die Interessen der kleinen Landnutzer. Sie können ihn unter folgender E-Mail-Adresse erreichen:

mihailpodobrij@gmail.com

Nach dem Drohnenvorfall in Leipzig scheint es so als ob die Auseinandersetzung zwischen der EU, allen voran Deutschland, und Russland weiter eskaliert. Statt auf Diplomatie zu setzen, sanktioniert man und schließt Einrichtungen der jeweiligen Gegenseite. Die USA, Nato, EU und Ukraine auf der einen und Russland auf der anderen Seite lassen nicht erkennen, dass ihre „Führer“ gewillt sind, Gespräche über Frieden in der Ukraine aufzunehmen.
Da wir uns auf unsere Politiker und Eliten auf allen Seiten nicht verlassen können, eine friedliche Lösung für den Ukraine-Krieg zu finden, wollen wir Ihnen hiermit einen Initiative einer russischen Privatperson vorstellen. Wir sollten uns nicht auf die Kriegstreiber in Führungspositionen verlassen und eine Art Bürger-Diplomatie starten.
Der hier vorgestellte Vorschlag der Volksinitiative „Friedliche Ukraine“ ist ein erster Schritt in Richtung Frieden. Wir sollten ihn ernsthaft in Erwägung ziehen, bevor die Kriegstreiber es zu weit getrieben haben. (Anm. d. Red.)

1. Gegenstand der Initiative.

Gegenstand der Initiative ist die Restaurierung des Plans von US–Präsident Donald Trump, Frieden in der Ukraine zu schaffen.

2. Die Mission der Initiative.

2.1. Die Zustimmung der meisten einfachen Bürger der Ukraine zum Abschluss eines Friedensvertrags mit Russland unter den Bedingungen des Plans von Prä-

sident D. Trump mit Ergänzungen und Änderungen gemäß der Volksinitiative „Friedliche Ukraine“ zu erhalten.

2.2. Die Zustimmung der Ukraine, Russlands, der USA und der Europäischen Union zu einem Friedensabkommen für die Ukraine unter den Bedingungen des Friedensplans von US-Präsident Donald Trump mit Ergänzungen und Änderungen gemäß der Volksinitiative „Friedliche Ukraine“ zu erhalten.

3. Das Wesen der Initiative.

Die Initiative bietet einfachen Bürgern der Ukraine an, 5 ukrainische Gebiete an Russland zu verkaufen, wobei jeder Bürger der Ukraine eine Entschädigung in Höhe von 12.000 Dollar erhält. Der Gesamtbetrag der Transaktion beträgt 350-400 Milliarden US-Dollar. Die Zustimmung der einfachen Bürger der Ukraine zu dem Deal wird die Grundlage für den Abschluss eines Friedensabkommens zwischen der Ukraine, Russland, den USA und der Europäischen Union unter den Bedingungen des Plans von US-Präsident Donald Trump sein. Für die Zahlung der Entschädigung werden die eingefrorenen Vermögenswerte Russlands verwendet. Diese Gelder befinden sich bereits bei Banken in Europa und den USA, was die Ausführung der Transaktion seitens Russlands garantiert.

4. Ein Kommentar.

4.1. **Das Gebiet.**

4.1.1. Russland erhält etwa 20% des Territoriums der Ukraine. Dieses Gebiet befindet sich in einer Kampfzone. Dieses Gebiet wurde der totalen Zerstörung und der totalen Flucht der Bevölkerung unterzogen. Das ist „tote Erde“. Als Entschädigung für die „tote Erde“, zahlt Russland den Bürgern der Ukraine eine riesige Summe: 350-400 Milliarden Dollar.

4.1.2. Die Europäische Union und die USA erhalten absolute Kontrolle über 80% des Territoriums der Ukraine. Die absolute Kontrolle ist auf die enormen Staatsschulden der Ukraine gegenüber den USA und der Europäischen Union sowie auf die große Anzahl amerikanischer und europäischer Unternehmen in der Ukraine zurückzuführen, die in der Ukraine zu sehr günstigen Konditionen tätig sind.

Territorien der Ukraine, die unter die Kontrolle der USA und der Europäischen Union gehen, haben punktuelle Zerstörung von Infrastruktur, Fabriken, Städten und Gemeinden. Die Zahl der menschlichen Opfer in diesen Gebieten ist 6-8 Mal geringer als in der Kampfzone.

4.2. **Das Geld.**

4.2.1. Persönliche Entschädigungen für die Bürger der Ukraine werden mit Zustimmung Russlands aus eingefrorenen Vermögenswerten Russlands bei Banken in Europa und den USA bezahlt. Russland hat dieses Geld bereits verloren, da die USA und Europa dieses Geld niemals an Russland zurückgeben werden. Das Abkommen legalisiert die Beschlagnahme von eingefrorenem Vermögen Russlands zugunsten einfacher Bürger der Ukraine, ohne den wirtschaftlichen und politischen Ruf der USA und der Europäischen Union zu beeinträchtigen.

Der Gesamtbetrag der Entschädigung beträgt vorläufig 350-400 Milliarden US-Dollar in 20 Jahren. Die Summe der eingefrorenen Vermögenswerte Russlands und der Zinsen beträgt für die nächsten 20 Jahre ungefähr 330-350 Milliarden Dollar. So stellen eingefrorene russische Vermögenswerte sicher, dass der Hauptteil der Entschädigung bezahlt wird. Wenn diese Mittel fehlen, zahlt Russland den erforderlichen Betrag aus seinem Budget.

Es ist vorteilhaft, dass Russland die Zustimmung gewöhnlicher Bürger der Ukraine für den Frieden auf Kosten eingefrorener Vermögenswerte erkauft, da sonst dieses Geld verwendet wird, um den Krieg in der Ukraine gegen Russland zu unterstützen.

Für die USA und die Europäische Union ist es profitabel, wenn für den Frieden in der Ukraine mit russischem Geld bezahlt wird. Dieses Geld wird hauptsächlich auf dem europäischen und amerikanischen Markt verwendet. Darüber hinaus werden die USA und die Europäische Union einen sehr großen Propagandaerfolg erzielen, da die Beschlagnahme riesiger russischer Vermögenswerte eine der wichtigsten Anforderungen von Politikern und der Öffentlichkeit in den USA, Europa und der Ukraine ist.

Referenz: *Nach dem Zweiten Weltkrieg zahlte Deutschland der UdSSR Reparationen in Höhe von 10 Milliarden US-Dollar.*

4.2.2. **Der Fonds für die Wiederherstellung und Entwicklung der Ukraine.**

Nach dem Plan von D. Trump wird ein Fonds für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Ukraine geschaffen. Gemäß dem ukrainischen Friedensplan sollte die Größe des Fonds 800 Milliarden Dollar betragen. Der Fonds ist kommerziell. Seine Mission ist es, Investitionen und Kredite zu günstigen Bedingungen für die USA und die Europäische Union in die Ukraine zu bringen.

Russland beteiligt sich nicht an diesem Fonds, da es den Bürgern der Ukraine eine riesige Entschädigung zahlt und die „tote Erde“ nur durch ihr Geld wiederherstellt.

Die Ukraine, die USA und die Europäische Union beteiligen sich aus ideologischen und wirtschaftlichen Gründen nicht an der Wiederherstellung der „toten Erde“ – es gibt keine Freiheit und Demokratie in diesem Gebiet, und es gibt auch keine amerikanischen und europäischen Unternehmen.

4.3. Sicherheit.

Nach dem Plan von Präsident D. Trump mit Ergänzungen und Änderungen (Anhang 1).

4.4. Waffenruhe.

Nach dem Plan von Präsident D. Trump (Anhang 1) .

5. Der Rest.

Die Volksinitiative „Friedliche Ukraine“ kann und sollte keine Entscheidung über alle Aspekte des Friedensvertrags treffen. Alles andere, was benötigt wird, um Frieden in der Ukraine zu schließen, ist die Kompetenz der Diplomaten der USA, Russlands, der Ukraine und der Europäischen Union.

Publiziert auf Free21 am 12.09.2026, 6:00 Uhr

6. Die Aussichten für den Frieden in der Ukraine und in Europa.

Der Plan von Präsident D. Trump gibt keine Garantien für den Frieden in der Ukraine und in Europa. Dieser Plan könnte jedoch die Grundlage für das Machtgleichgewicht zwischen dem Westen und Russland in Europa sein. Es gibt keine friedliche Alternative zum Plan von Präsident D. Trump, da alle anderen Optionen für ein Friedensabkommen in der Ukraine vollständig abgelehnt werden. Die Aussichten für eine militärische Lösung des Konflikts zwischen dem Westen und Russland werden hier nicht diskutiert.

7. Autor, Koordinatoren, Partner, Unterstützer.

Der Autor ist Mihkail Podobrij, ein russischer Staatsbürger, Privatperson.

ANHANG:
1. Volksinitiative „Friedliche Ukraine“.

Präsident Trumps Plan, November 2025

1. Die Souveränität der Ukraine wird bestätigt.
2. Ein umfassendes Nichtangriffsabkommen wird zwischen Russland, der Ukraine und Europa geschlossen. Alle Widersprüche der letzten 30 Jahre werden als beigelegt angesehen.
3. Russland wird nicht in Nachbarländer eindringen, und die NATO wird sich nicht weiter ausdehnen.
4. Zwischen Russland und der NATO wird unter Vermittlung der USA ein Dialog zur Lösung aller Sicherheitsfragen und zur Schaffung von Bedingungen für Deeskalation, zur Stärkung der Kooperationsfähigkeit und zur zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung organisiert.
5. Die Ukraine wird zuverlässige Sicherheitsgarantien erhalten.
6. Die Anzahl der Streitkräfte der Ukraine wird auf 600 Tausend Menschen beschränkt.
7. Die Ukraine wird in ihrer Verfassung festschreiben, dass sie sich der NATO nicht anschließen wird, und die NATO stimmt zu, eine Bestimmung in ihre Charta aufzunehmen, die besagt, dass die Ukraine in Zukunft nicht angenommen wird.
8. Die NATO wird ihre Truppen nicht in der Ukraine stationieren.
9. Europäische Kampfjets werden in Polen stationiert.
10. US-Garantien:
    - Die USA erhalten eine Entschädigung für die gewährten Garantien;
    - wenn die Ukraine in Russland einmarschiert, wird sie ihre Garantien verlieren;
    - wenn Russland in die Ukraine eindringt, werden außer einer entschlossenen, koordinierten militärischen Antwort alle globalen Sanktionen wiederhergestellt, die Anerken-

Volksinitiative „Friedliche Ukraine“, August 2026

1. Russland, die USA und die Europäische Union bestätigen die Souveränität der Ukraine.
2. Russland verpflichtet sich, nicht in die Ukraine und andere EU-Länder einzudringen.
3. Die NATO wird sich nicht über die bestehenden Grenzen der Allianz hinaus ausdehnen.
4. Die Ukraine wird zuverlässige Sicherheitsgarantien erhalten.
5. Die Anzahl der Streitkräfte der Ukraine wird auf 600 Tausend Menschen beschränkt.
6. Die Ukraine verpflichtet sich, die Position in ihrer Verfassung zu verankern, dass sie sich der NATO nicht anschließen wird.
7. Die NATO erklärt mit diesem Vertrag, dass die Ukraine niemals in die NATO aufgenommen wird.
8. Die NATO verpflichtet sich, ihre Truppen nicht in der Ukraine zu stationieren.
9. Europäische Kampfjets werden in Polen stationiert.
10. **US-Garantien.**
    - Die Europäische Union zahlt den USA eine Entschädigung in Höhe von 100 Milliarden Dollar für die militärische Hilfe, die die USA der Ukraine und für Sicherheitsgarantien für die Ukraine und die Europäische Union geleistet haben,
    - Wenn die Ukraine Militäraktionen gegen Russland einleitet, werden die finanziellen, politischen und militärischen Garantien im Rahmen dieses Vertrags eingestellt,
    - wenn Russland in die Ukraine eindringt, wird es eine entschlossene, koordinierte militärische Antwort erhalten, alle globalen Sanktionen werden wiederhergestellt, die Anerkennung neuer Gebiete und alle anderen Vorteile dieses Deals werden für ungültig erklärt;

Präsident Trumps Plan, November 2025

nung neuer Gebiete und alle anderen Vorteile dieses Abkommens aufgehoben;

- wenn die Ukraine grundlos eine Rakete über Moskau oder St. Petersburg abfeuert, werden die Sicherheitsgarantien für ungültig erklärt.

11. Die Ukraine hat das Recht auf eine EU-Mitgliedschaft und erhält kurzfristigen bevorzugten Zugang zum europäischen Markt.

12. Paket von Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ukraine:

- Schaffung eines Entwicklungsfonds für die Ukraine für Investitionen in schnell wachsende Branchen wie Technologie, Rechenzentren und künstliche Intelligenz;
- Die USA werden mit der Ukraine zusammenarbeiten, um die ukrainische Gasinfrastruktur, einschließlich Pipelines und Speicher, gemeinsam wiederherzustellen, zu entwickeln, zu modernisieren und zu betreiben;
- gemeinsame Anstrengungen zur Wiederherstellung der vom Krieg betroffenen Gebiete mit dem Ziel, Städte und Wohngebiete zu rekonstruieren und zu modernisieren;
- Entwicklung der Infrastruktur;
- Bergbau und natürliche Ressourcen;
- die Weltbank hat ein spezielles Finanzierungspaket entwickelt, um diese Bemühungen zu beschleunigen.

13. Russland wird in die Weltwirtschaft wiedereingliedert:

- die Aufhebung der Sanktionen wird schrittweise und individuell diskutiert und vereinbart;
- Die USA werden ein langfristiges Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit für die gegenseitige Entwicklung in den Bereichen Energie, natürliche Ressourcen, Infrastruktur, künstliche Intelligenz, Rechenzentren, Projekte zur Gewinnung seltener Metalle in der Arktis und andere für beide Seiten vorteilhafte Unternehmenschancen abschließen;
- Russland wird wieder zum G8 eingeladen.

14. Eingefrorene Mittel werden wie folgt verwendet:

- 100 Milliarden Dollar des eingefrorenen russischen Vermögens werden in die von den USA geführten Maßnahmen zur Wiederherstellung und Investition in die Ukraine investiert;
- Die USA werden 50% des Gewinns aus dieser Operation erhalten; Europa wird 100 Milliarden US-Dollar hinzufügen, um die für den Wiederaufbau der Ukraine verfügbaren Investitionen zu erhöhen. Russlands eingefrorene Gelder in Europa werden aufgetaut;
- die restlichen eingefrorenen russischen Vermögenswerte werden in ein separates amerikanisch-russisches Anlageinstrument investiert, das gemeinsame Projekte in einzel-

Volksinitiative „Friedliche Ukraine“, August 2026

11. Die Ukraine hat das Recht auf eine EU-Mitgliedschaft und erhält kurzfristigen bevorzugten Zugang zum europäischen Markt.

12. Paket von Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ukraine und Russlands:

- Russland ist nicht beteiligt und hat keine Verpflichtung zur Wiederherstellung der Ukraine,
- Die Ukraine, die USA und die Europäische Union sind nicht beteiligt und haben keine Verpflichtungen, Russland wieder aufzubauen. Diese Bestimmung gilt auch für Gebiete, die an Russland übertragen werden und total zerstört sind.
- Die USA und die Europäische Union verpflichten sich, einen Fonds für die Wiederherstellung und Entwicklung der Ukraine in Höhe von 800 Milliarden Dollar einzurichten.
- mindestens 50% der Fondsverträge werden mit US-Firmen abgeschlossen.
- Die Verwendung der Mittel des Fonds wird durch interne Abkommen der USA, der Europäischen Union und der Ukraine geregelt.

13. Verwendung von eingefrorenen russischen Vermögenswerten.

- Russland verpflichtet sich, den Bürgern der Ukraine Entschädigung für die Territorien der Krim, Donezk, Lugansk, Zaporozhye und Kherson zu zahlen,
- die Höhe der Entschädigung beträgt 12.000 Dollar pro Bürger der Ukraine, einschließlich 10.000 Dollar aus eingefrorenen Vermögenswerten und 2000 Dollar Zinsen für sie in 20 Jahren,
- die Entschädigung wird jährlich für 20 Jahre in gleichen Anteilen gezahlt,
- die Entschädigung wird an Banken in Europa oder den USA auf persönliche Konten von Bürgern der Ukraine gezahlt,
- das Recht auf Entschädigung haben Personen, die am 22.02.2024 Bürger der Ukraine waren und ständig auf dem Territorium der Ukraine leben, und ihre Kinder,
- Bürger der Ukraine, die soziale oder andere Zahlungen aus EU- oder US-Haushalten erhalten, haben kein Recht auf Entschädigung durch Russland.
- im Falle eines Mangels an Mitteln aus eingefrorenen Geldern Russlands, um persönliche Entschädigungen an die Bürger der Ukraine zu zahlen, zahlt Russland die fehlenden Mittel aus seinem Budget aus,
- falls nach vollständiger Zahlung persönlicher Entschädigungen an die Bürger der Ukraine die nicht verwendeten eingefrorenen Vermögenswerte Russlands verbleiben, werden diese Gelder an Russland zurückgegeben,

Publiziert auf Free21 am 12.09.2026, 6:00 Uhr

Präsident Trumps Plan, November 2025

nen Branchen realisiert. Dieser Fonds wird darauf abzielen, Beziehungen und gemeinsame Interessen zu stärken, um einen starken Anreiz zu schaffen, nicht zu Konflikten zurückzukehren;

15. Es wird eine gemeinsame amerikanisch-russische Sicherheitsarbeitsgruppe eingerichtet, um sicherzustellen, dass alle Bestimmungen des Abkommens eingehalten werden.

16. Russland wird seine Politik des Nichtangriffs auf Europa und die Ukraine gesetzlich verankern.

17. Die USA und Russland werden zustimmen, die Verträge über die Nichtverbreitung und Kontrolle von Kernwaffen, einschließlich des START-1-Vertrags, zu verlängern.

18. Die Ukraine stimmt zu, im Einklang mit dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ein atomfreier Staat zu sein.

19. Das Kernkraftwerk von Zaporozhye wird unter der Kontrolle der IAEO arbeiten, die Elektrizität von der Station wird 50 zu 50 zwischen Russland und der Ukraine verteilt.

20. Beide Länder verpflichten sich, in Schulen und in der Gesellschaft Bildungsprogramme einzuführen, die darauf abzielen, gegenseitiges Verständnis und Toleranz gegenüber verschiedenen Kulturen zu fördern und Rassismus und Vorurteile zu beseitigen.

Die Ukraine wird die EU-Regeln für religiöse Toleranz und den Schutz sprachlicher Minderheiten akzeptieren,

Beide Seiten werden alle diskriminierenden Maßnahmen aufheben und die Rechte der ukrainischen und russischen Medien garantieren.

Jegliche Nazi-Ideologie und damit verbundene Aktivitäten sind verboten.

21. Territorien:

- Die Gebiete Krim, Donezk und Lugansk werden de facto von den Russen, einschließlich der Vereinigten Staaten, anerkannt;
- Cherson und Zaporozhye werden entlang der Kontaktlinie eingefroren, was eine De-facto-Anerkennung entlang der Kontaktlinie bedeutet;
- Russland lehnt andere vereinbarte Gebiete ab, die es außerhalb der fünf Regionen kontrolliert;
- Die ukrainischen Kräfte werden aus dem Teil der Region Donezk abgezogen, die sie jetzt kontrollieren, sie wird als neutrale entmilitarisierte Pufferzone betrachtet, die international als Territorium der Russischen Föderation anerkannt ist. Russische Kräfte werden diese entmilitarisierte Zone nicht betreten.

Volksinitiative „Friedliche Ukraine“, August 2026

- im Falle des Beginns von Feindseligkeiten gegen Russland durch die Ukraine wird die Entschädigungszahlung für die Dauer der Feindseligkeiten eingefroren,
- im Falle des Beginns von Feindseligkeiten Russlands gegen die Ukraine wird die Entschädigungszahlung für die Dauer der Feindseligkeiten eingefroren,

14. Das Militärkomitee der NATO und das russische Verteidigungsministerium werden eine Arbeitsgruppe zur Überwachung der Einhaltung der Waffenstillstandsbedingungen und aller sonstigen Verpflichtungen der Parteien in Bezug auf die Sicherheitsbedingungen für die Ukraine und Russland einrichten.

Die Struktur und Organisation dieser Arbeitsgruppe entspricht der Struktur und Organisation der Überwachung der Umsetzung des START-2-Vertrags und der Überwachung der Umsetzung des Vertrags durch konventionelle Streitkräfte in Europa.

15. Russland wird seine Politik des Nichtangriffs auf Europa und die Ukraine gesetzlich verankern.

16. Die USA und Russland werden zustimmen, die Verträge über die Nichtverbreitung und Kontrolle von Kernwaffen, einschließlich des START-1-Vertrags, zu verlängern.

17. Die Ukraine stimmt zu, im Einklang mit dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ein atomfreier Staat zu sein.

18. Das Kernkraftwerk von Zaporozhye wird unter der Kontrolle der IAEO arbeiten, die Elektrizität von der Station wird 50 zu 50 zwischen Russland und der Ukraine verteilt.

19. Beide Länder verpflichten sich, in Schulen und in der Gesellschaft Bildungsprogramme einzuführen, die darauf abzielen, gegenseitiges Verständnis und Toleranz gegenüber verschiedenen Kulturen zu fördern und Rassismus und Vorurteile zu beseitigen.

Die Ukraine wird die EU-Regeln für religiöse Toleranz und den Schutz sprachlicher Minderheiten akzeptieren,

Beide Seiten werden alle diskriminierenden Maßnahmen aufheben und die Rechte der ukrainischen und russischen Medien garantieren.

Jegliche Nazi-Ideologie und damit verbundene Aktivitäten sind verboten.

20. Territorien:

- Die Ukraine, die USA und die Europäische Union erkennen die Krim, Donezk, Lugansk, Zaporozhye und die Gebiete von Kherson als De-facto- und de-jure-Territorium Russlands an;
- Russland gibt andere vereinbarte Gebiete ab, die es außerhalb der fünf Regionen kontrolliert;

Präsident Trumps Plan, November 2025

22. Die Parteien sind verpflichtet, diese territoriale Einrichtung nicht mit Gewalt zu ändern, und im Falle eines Verstoßes gegen diese Verpflichtung gelten keine Sicherheitsgarantien.

23. Russland wird die Ukraine nicht davon abhalten, den Fluss Dnjepr für kommerzielle Aktivitäten zu nutzen, es werden Vereinbarungen über den freien Transport von Getreide durch das Schwarze Meer getroffen.

24. Ein humanitäres Komitee wird eingerichtet, um die ungelösten Fragen zu lösen:

- alle Gefangenen und Körper der Toten werden nach dem Prinzip „alle gegen alle“ ausgetauscht;
- alle zivilen Geiseln und Gefangenen werden zurückgebracht, einschließlich der Kinder;
- das Familienzusammenführungsprogramm wird umgesetzt;
- es werden Maßnahmen ergriffen, um das Leid der Opfer des Konflikts zu lindern.

25. In der Ukraine werden 100 Tage nach Unterzeichnung des Abkommens Wahlen stattfinden.

26. Alle an diesem Konflikt beteiligten Parteien erhalten eine vollständige Amnestie für ihre Handlungen und verpflichten sich, keine Ansprüche geltend zu machen oder in Zukunft keine Beschwerden zu behandeln.

27. Die Vereinbarung ist rechtlich bindend. Seine Umsetzung wird vom „Friedensrat“ unter der Leitung von US-Präsident Donald Trump überwacht und garantiert. Für die Verletzung des Friedensvertrags werden Sanktionen verhängt.

28. Die Waffenruhe tritt in Kraft, nachdem beide Seiten sich hinter die vereinbarten Linien zurückgezogen haben, um mit der Umsetzung des Abkommens zu beginnen.

Volksinitiative „Friedliche Ukraine“, August 2026

- Die ukrainischen Kräfte werden aus den Gebieten Donezk, Zaporozhye und Kherson abgezogen.

21. Die Parteien sind verpflichtet, diese territoriale Einrichtung nicht mit Gewalt zu ändern, und im Falle eines Verstoßes gegen diese Verpflichtung gelten keine Sicherheitsgarantien.

22. Russland wird die Ukraine nicht davon abhalten, den Fluss Dnjepr für kommerzielle Aktivitäten zu nutzen, es werden Vereinbarungen über den freien Transport von Getreide durch das Schwarze Meer getroffen.

23. Ein humanitäres Komitee wird eingerichtet, um die ungelösten Fragen zu klären.:

- alle Gefangenen und Körper der Toten werden nach dem Prinzip „alle gegen alle“ ausgetauscht;
- alle zivilen Geiseln und Gefangenen werden zurückgebracht, einschließlich der Kinder;
- das Familienzusammenführungsprogramm wird umgesetzt;
- es werden Maßnahmen ergriffen, um das Leid der Opfer des Konflikts zu lindern.

24. Der Friedensvertrag zwischen Russland, der Ukraine, den USA und der Europäischen Union wird nach seiner Unterzeichnung durch die Präsidenten der Ukraine, Russlands, der USA und des Rates der Europäischen Union in Kraft treten.

25. Alle an diesem Konflikt beteiligten Parteien erhalten eine vollständige Amnestie für ihre Handlungen und verpflichten sich, keine Ansprüche geltend zu machen oder in Zukunft keine Beschwerden zu behandeln.

26. Die Vereinbarung ist rechtlich bindend.

27. Die Waffenruhe tritt in Kraft, nachdem beide Seiten sich hinter die vereinbarten Linien zurückgezogen haben, um mit der Umsetzung des Abkommens zu beginnen.

28. Ein Dankeschön an US-Präsident Donald Trump.

Russland, die Ukraine und die Europäische Union erkennen an, dass dieser Vertrag durch die Weisheit, Ausdauer und Geduld von US-Präsident Donald Trump ermöglicht wurde.

Russland, die Ukraine und die Europäische Union danken US-Präsident Donald Trump für seine friedenserhaltende Leistung.

Publiziert auf Free21 am 12.09.2026, 6:00 Uhr



Sie sind unser Vertrieb!

Info an die Abonnenten

Überweisungen bitte in Zukunft auf folgendes Konto entrichten:

Tobias Augenbraun
DE27513500250205102263
SKGIDE5FXXX
Sparkasse Gießen

Verwendungszweck: Free21Abo #Abo-Nr.

Zur Info: Die im Verwendungszweck anzugebende Abonummer ist eine Zahl höher, als Ihre ursprüngliche Bestellnummer, wie sie in unserer Bestellbestätigungsemail steht.

Das Free21-Aktiv-Abo

- ✓ **10er Pack** Free21-Magazine
- ✓ Das Magazin **erscheint 6 Mal** im Jahr
- ✓ **Bequeme Lieferung** nach Hause



Erhalten Sie das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Aktiv-Abonnement. Die Bezugsgebühren innerhalb Deutschlands (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen pro Ausgabe 10,– EUR, innerhalb der EU-Länder 15,– EUR. Sie erhalten 10 Exemplare pro Ausgabe zum Selberlesen und Weiterverteilen.

Abo Free21

free21abo.de

Zum Abo: Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare gelten im Voraus und werden zum Erscheinungstermin fällig. Beim Abschluss des Abonnements mittels SEPA-Lastschriftverfahren wird der Betrag Anfang jedes geraden Monats (ca. 25 Tage vor Erscheinungstermin) eingezogen. Der neue Turnus beginnt nach dem Versand der neuesten Ausgabe. Beim Abschluss mittels PayPal wird der Betrag direkt bezahlt. Die Abbuchungen für die weiteren Ausgaben erfolgen dann alle 2 Monate. Beim Abschluss mittels Vorab-Banküberweisung/Dauerauftrag erhalten Sie nach der Bestellung eine E-Mail mit den Kontodaten, auf das Sie den Betrag überweisen müssen. Bitte nutzen Sie die Bestellnummer als Verwendungszweck. Das Abonnement gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der nächsten Ausgabe, ab dem Zeitpunkt der Bestellung online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post).
Kündigung: Das Aktiv-Abonnement ist jederzeit zum Monatsende kündbar. Die Kündigung kann per E-Mail an info@free21abo.de, online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) erfolgen.
Einzugsermächtigung/Zahlung per SEPA-Lastschrift: Free21Abo, Tobias Augenbraun, Gießener Straße 66, 35415 Pohlheim (Gläubiger-ID: DE19ZZZ00002868596) wird ermächtigt, Zahlungen vom Konto des Abonnenten mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut des Abonnenten angewiesen, die Lastschriften einzulösen. Es gelten die Bedingungen des jeweiligen Kreditinstituts. Innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, kann die Erstattung des belasteten Betrages seitens des Abonnenten gefordert werden.
Widerrufsbelehrung: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag, an dem Sie das Abonnement online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) rechtsverbindlich abschließen. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie online auf www.free-21abo.de oder schriftlich (per Post) Ihren Widerruf eindeutig erklären. Die Widerrufsfrist ist gewahrt, wenn die Widerrufserklärung vor Ablauf der Widerrufsfrist abgesendet wird. (Es gilt das Datum des Poststempels.)

Abonnement-Bestellschein

Jeder Abonnent erhält alle 2 Monate je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare. Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen (solange der Vorrat reicht).



Amerikas geheimes Establishment

Dieses Buch beendete die erfolgreiche akademische Karriere des Wirtschaftshistorikers Antony Sutton (1925–2002). Nicht weil es voller Fehler war. Im Gegenteil. Sutton war gewarnt worden, dass er eine Veröffentlichung „nicht überleben würde."

Anonym wurden ihm die Mitgliederlisten des einflussreichen Geheimbundes „Skull and Bones" an der Yale Universität zugespielt. Damit sprang ihm das Bild einer Organisation ins Auge, die über mehrere Generationen hinweg die wichtigsten Entscheidungen der USA gesteuert oder zumindest mitgesteuert hat und dabei das Prinzip „Teile und Herrsche" perfektionierte.



Free21 veröffentlicht seine umfassende Recherche inkl. Kopien historischer Dokumente des Ordens in einer neu überarbeiteten Übersetzung von Axel B.C. Krauss.

Buch + ePUB-Version: 19,90€
ePUB zum Download: 14,99€

Hier bestellen: free21abo.de

Jetzt NEU: 2. Auflage

argumento·



Ab November 2026 auch in deutscher Sprache erhältlich!

KEES VAN DER PIJL

Israel und 9/11

Der Aufstieg des atlantischen Zionismus

Wer 9/11 verstehen will, muss früher ansetzen. Kees van der Pijl verfolgt die politischen und strategischen Entwicklungen über Jahrzehnte hinweg: vom Aufstieg des Zionismus und den Kriegen Israels im Nahen Osten über die Entstehung des „Kriegs gegen den Terror" bis zur Rolle amerikanischer Neokonservativer, israelischer Strategen und Nachrichtendienste. Dabei untersucht er die lange Vorgeschichte, die Ereignisse des 11. September und ihre weitreichenden Folgen für Krieg, Ausnahmezustand und die politischen Machtverhältnisse im Westen.

Kees van der Pijl ist ein renommierter niederländischer Politikwissenschaftler und Autor und war bis 2019 Professor für Internationale Beziehungen an der University of Sussex.

360 Seiten, Softcover, 14 x 21 cm
ISBN 978-3-911834-13-1

www.argumento-verlag.de

KRASSER GURU TICKETING

Einfache Online-Buchung unter
www.krasser.guru

Dein Ticket zu Information & Bildung!

Wissensvermittlung zu gesellschaftlich relevanten Themen

Ob Vorträge, Seminare, Workshops, Kongresse, Lesungen, Online-Events – KRASSER GURU bringt dir Veranstaltungen, die zum Nachdenken anregen und neue Perspektiven eröffnen.



Mit renommierten Sprechern, u.a.: Dirk Pohlmann, Daniele Ganser, Gabriele Krone-Schmalz, Kayvan Soufi-Siavash, und vielen weiteren.